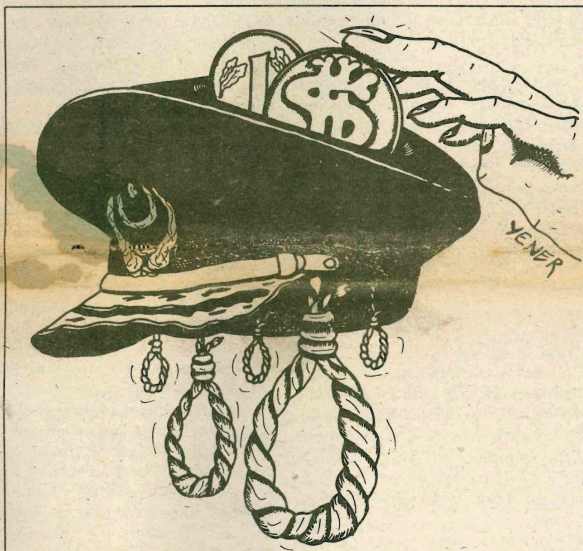




GESUCHT: Sündenböcke für die deutsche Wirtschaftskrise

- Heute die Rechte einer Minderheit – morgen die Rechte der lohnabhängigen deutschen Bevölkerung
- 4,5 Millionen Ausländer ohne politische Rechte
- Die Beschränkung der Rechte der Ausländer liefert Argumente für Ausländerhetze

Seite 10



Die Militärdiktatur in der Türkei und das Interesse der Imperialisten

Seite 2

AUS DEM INHALT:

- Nicht Tauben oder Falken alles Geier..... Seite 4
- Interview mit Mohfssen Massarrat..... Seite 5
- Folterungen werden nicht mehr verheimlicht...Seite 7
- Fabrik besetzung bei Rockwell in Frankfurt.....Seite 12
- Das tägliche BROT.....Seite 13
- Diktatur des Krurrenden Megens.....Seite 14
- Folterungen an Mitgliedern von demokratischen Vereinen Seite 15

KRIMINALISIERUNGSKAMPAGNE

- Deutsche Sicherheitsbehörden Hand in Hand mit der faschistischen Junta

Am 4. April 1982 veröffentlichte die 'Welt am Sonntag' unter Berufung auf deutsche Sicherheitsbehörden einen kriminalisierenden Bericht unter dem Titel: 'Türkische KP-Führer planen Aktions-Front in Deutschland'.

In diesem Bericht heißt es weiter: "Ziel dieses Bündnisses sei eine 'bewaffnete revolutionäre Front'. Im Rahmen dieser Front wollten die Türken mit deutschen Organisationen gemeinsam nicht nur die Militärjunta in Ankara, sondern darüber hinaus auch den 'amerikanischen und deutschen Imperialismus' bekämpfen."

Als Organisationskern des angestrebten Aktionsbündnisses haben deutsche Staatsschutzbehörden eine Gruppe ausgemacht, die unter dem Namen 'Devrimci Yol' (Straße der Revolution) operiert. Das erste praktische Ziel der 'revolutionären Front': Junge Leute sollen in der Bundesrepublik für Terroranschläge gegen Mitglieder und Einrichtungen der türkischen Militärjunta ausgebildet werden. Die deutschen Sicherheitsbehörden gehen davon aus, daß die Türken dabei Unterstützung linksextremer deutscher Terroristengruppen, wie etwa der Roten Armee Fraktion, finden werden.

Die 'Devrimci Yol' hat inzwischen unter den linken türkischen Gastarbeitern, aber auch unter sympathisierenden deutschen Gruppen ein vierseitiges Flugblatt mit einem Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die Militärregierung in Ankara verteilt. Darin heißt es: 'Unter den ökonomisch-politischen Bedingungen nach dem Putsch, unter denen die Bedeutung des bewaffneten Kampfes klar wurde, ist der bewaffnete Kampf die einzig verbleibende Möglichkeit, eine Alternative des Volkes zur Junta zu schaffen. Devrimci Yol ist auch heute entschlossen, den bewaffneten Kampf weiterzuführen.' (Welt am Sonntag, 4. April 1982)

Die erwähnten Organisationen stellen sehr unterschiedliche politische Richtungen dar. Das allein zeigt schon, daß die Behauptungen in diesem Bericht total aus der Luft gegriffen sind und nur den einen Zweck, nämlich die Kriminalisierung der türkischen Linken, hat.

Dieser Bericht, der angeblich auf Angaben der deutschen Staatsschutzbehörden fußt, belegt die völlige Übereinstimmung dieser Organe mit der menschenverachtenden Politik der Junta. Auch die faschistischen Generäle behaupten, in der Türkei gebe es nur Terroristen. Mit dieser Demagogie hat die Junta bis zum April 1982 200.000 "Terroristen" festgenommen, 668 "Terroristen" erschossen, für 3934 "Terroristen" die Todesstrafe beantragt, darunter auch 115 "terroristische" Gewerkschafter der DISK und 2 "terroristische" Abgeordnete der Ecevit-Partei, 108 "Terroristen" wurden durch Folter ermordet. Weitere 68.000 "Terroristen" werden immer noch gesucht. Zur Beseitigung des "Terrorismus" schaffte man auch sicherheitshalber sämtliche demokratischen Rechte ab. Parteien, Berufsverbände, Gewerkschaften und ähnliche Keimzellen des "Terrorismus" wurden kurzerhand verboten, und jegliche Meinungsäußerung über die Politik der Generäle untersagt.

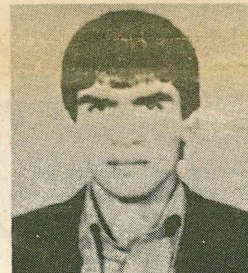
In Zusammenarbeit mit den Staatssicherheitsbehörden der Bundesrepublik und der Springer-Presse soll nun also auch die Solidaritätsbewegung mit den unterdrückten Völkern der Türkei kriminalisiert werden, damit der Junta auch aus dem Ausland keinerlei Widerstand mehr entgegensteht, und sie ihre Vernichtungssaktion unbehelligt fortführen kann.

Nichtsdestotrotz sind wir entschlossen, auch in der Bundesrepublik den Kampf gegen die faschistischen Mördergeneräle in unserer Heimat fortzusetzen. Wir fordern alle Demokraten auf, sich der Solidaritätsbewegung mit der Opposition in der Türkei anzuschließen und solchen Kriminalisierungsversuchen entschlossen entgegenzutreten!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !!!

Massaker, Hinrichtungen, Folter und Unterdrückung, Lügen und Demagogie:
DAS IST DIE TÜRKISCHE JUNTA

Massaker im Militärgefängnis Diyarbakir



MAZLUM DOGAN

- Führende Mitglieder der PKK ermordet

Seit Mitte März führten die politischen Gefangenen im Militärgefängnis Diyarbakir einen Hungerstreik durch, um gegen die Repressionen, die menschenverachtende Behandlung, die militärische Indoktrination zu protestieren. Schon vor dem Hungerstreik wurde die einminütige Besuchszeit für Angehörige und Anwälte ganz verboten.

Am 21. März 1982, dem Tag des Neujahrsfestes des kurdischen Volkes (NEW-ROZ) wurden 13 Revolutionäre ermordet.

Die Durchführung dieses Massakers gerade an diesem Tag und die Tatsache, daß es sich bei den Ermordeten um führende Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK (Mazlum DOGAN, Mitglied des ZK, Önder DEMIRKOL) handelt, zeigt das planvolle Vorgehen der Junta. Die Gewalt der faschistischen Generäle zielt auf die physische Vernichtung der Führer der Opposition und insbesondere auf die Ausschaltung des Widerstandes des kurdischen Volkes.

Weiteren Meldungen zufolge sind in der Zeit zwischen Jahresbeginn und Ende März 1982 in Diyarbakir mindestens 37 Menschen ermordet worden. Die Junta wird versuchen durch ähnliche Massaker oder durch "Erschießen auf der Flucht aus dem Militärgefängnis" auch weitere Führer politischer Organisationen zu vernichten.

**PROTESTIERT GEGEN DIE MASSAKER IN DIYARBAKIR !
VERHINDERT DIE VERNICHTUNG WEITERER MENSCHENLEBEN !**

DREI NEUE HINRICHTUNGEN



Seite 9

Die Lügen der Junta und ihrer gleichgeschalteten Presse und die Wahrheit

FOLTER IM MILITÄRGEFANGNIS MAMAK

Seite 8



Die Militärdiktatur

in der Türkei und

das Interesse der Imperialisten

Widersprüchliche Reaktionen der USA und Europa

Nicht nur im Falle der Türkei, sondern auch im Verhältnis zu anderen Militärdiktaturen in der Welt zeigen die USA und Europa häufig widersprüchliche Reaktionsweisen. Sind es in Lateinamerika, Afrika oder aber auch Westeuropa (Spanien, Griechenland, Portugal) die USA, die eine bedingungslose Unterstützung der totalitären Regime propagieren, so scheint es im Falle von Polen eher umgekehrt zu sein. Die USA fordern ein schärferes Vorgehen gegen die Militärs in Polen und ihre 'geistigen Väter' in Moskau, während Europa in seiner Kritik sehr vorsichtig ist und auf Sanktionen verzichten möchte.

Diese zunächst einmal vordergründige Beobachtung läßt sich im Falle der Türkei anhand von vielen Beispielen belegen. Der Artikel will sich aber nicht auf eine reine Aufzählung der Militärdiktatur im NATO-Land Türkei beschränken, sondern gleichzeitig nach den Hintergründen fragen. Ein möglicher Erklärungsversuch für die unterschiedlichen Vorgehensweisen wurde z.B. von Nocos Poulantzas in seinem Buch 'Die Krise der Diktaturen' vorgenommen.

"Der im aktuellen Internationalisierungsprozeß des Kapitals eingebaute Widerspruch zwischen den USA und Europa hat sich unmittelbar ausgewirkt in Fraktionierungen und strategischen Zersplitterungen des einheimischen Kapitals dieser Länder, entlang der auseinanderstrebenden Dependenzlinien, die es teils auf das amerikanische, teils auf das europäische hin polarisieren." (77, S.27)

Poulantzas sieht in diesem Zusammenhang eine Zusammenarbeit der Monopolbourgeoisie mit den USA und eine Verbindung zwischen innerer Bourgeoisie und Europa. Derzeit lassen sich in der Türkei noch nicht genügend Belege für eine solche These finden. Das Problem des Beitritts in die EG wird sicherlich widersprüchlich in den Unternehmenkreise der Türkei kritisiert, aber derzeit verläuft die Auseinandersetzung der Kapitalisten in der Türkei eher an den Interessen von exportierten Industriellen zu den Produzenten für den Binnenmarkt.

Die Außenpolitik der Türkei zeigt aber eine starke Tendenz in Richtung auf die USA, obwohl der 'Zypern-Schock' (Waffenembargo) noch nicht vergessen ist und auch in der Bevölkerung ein starker Antiamerikanismus vorhanden ist. Da sich die Türkei gleichzeitig aber auch sehr gerne allgemein westlich darstellt, wird die Gemeinschaft in Europa zur Identifizierung herangezogen. Immer

wenn jedoch kritische Stimmen aus Europa sich zur Militärdiktatur äußerten, dann erfolgte gleich eine Mitteilung, daß man jederzeit auf eine Beziehung zu Europa und die Hilfen dieser Länder verzichten können. Diese Drohung enthielt natürlich immer den Hinweis, daß man in den USA einen treuen Verbündeten hat, der dann helfend eingreifen würde.

Europa hat sich denn auch bis heute einer eindeutigen Verurteilung der Militärdiktatur in der Türkei mit ihrem Terror und Mißachtung der Menschenrechte, mit Folter und Hinrichtungen enthalten, um den Kontakt nicht abbrechen zu lassen, bzw. die Türkei nicht allein den Interessen der USA zu überlassen. Der Gegensatz dieser zwei imperialistischen Mächte USA-EG ist in all den Ereignissen offensichtlich. Neben den konkreten Ereignissen will der Artikel auch eine Antwort auf die Frage nach den Ursprüngen suchen.

Obwohl wir nicht soweit gegangen sind, nach der möglichen Kriegsgefahr durch die innerimperialistischen Konflikte, sowie den Ost-West Gegensatz zu fragen, haben wir uns mit einem der Theoretiker zu diesem Punkt unterhalten. Während hier zunächst mehr anhand konkreter Fakten das Problem behandelt wird, bekommt im Interview mit Mommsen Massarat mehr die theoretische Seite der Frage Bedeutung.

1. Die Türkei gibt sich gerne europäisch

Obwohl geografisch gesehen nur ein kleiner Teil der Türkei zu Europa gehört, hat mit der Orientierung an den Westen durch Mustafa Kemal Atatürk auch eine starke Anlehnung an Europa stattgefunden. Die Türkei ist mit dem Westen nicht nur durch die NATO sondern auch durch den Europarat verbunden, in dem sie immer noch Mitglied ist.

Diese Mitgliedschaft brachte es auch mit sich, daß von Anfang an die Junta ihre Verbundenheit mit demokratischen Prinzipien betonte und beteuerte, daß es ihr nur um eine Neuordnung der demokratischen Institutionen gehe. Mit Rücksicht auf die Kritik der europäischen Verbündeten fühlten sich die Genräle auch verpflichtet, sich gegen Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen zur Wehr zu setzen und immer wieder ihre Treue zu rechtsstaatlichen Prinzipien in den Vordergrund zu stellen. Erst kürzlich erschien eine wochen-

lange Kampagne in der türkischen Presse, mit der man die Foltervorwürfe von amnesty international entkräften wollte.

Dies war zwar in dem gewünschten Maße gelungen, denn die Tatsachen der Foltermorde (fast 100 in 18 Monaten) und die Zahl der hingegerichteten Menschen sprechen für sich. Europa war auf der anderen Seite aber nicht in der Lage, eine kosequente Haltung gegen die Junta einzunehmen. Hierfür durfte neben der Tatsache, daß Europa Angst hat, seinen Einfluß in der Türkei zu verlieren, auch eindeutig militärische Interessen mitverantwortlich sein. Denn auch für Europa schützt die Türkei die Südostflanke der NATO und wird deshalb auch reichlich mit Militärhilfe bedacht. Mit diesem Geld werden zwar auch Waffen auf dem europäischen Markt gekauft, aber den Löwenanteil bei der Ausrüstung trägt wiederum die USA.

2. Die Türkei als Partner in der EG-eine schwere Geburt

Neben der Mitgliedschaft im Europarat hat sich die Türkei auch um eine Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft bemüht. Dadurch würde sie endgültig zu einem Teil von Westeuropa werden. Mehr noch als die Mitgliedschaft von schwach entwickelten Ländern wie Italien oder Griechenland ist aber die Aufnahme der Türkei mit vielen Punkten versehen.

Dabei geht es nur vordergründig um die Frage der Freizügigkeit, d.h. die freie Ein- und Ausreise von Arbeitskräften aus oder in die Türkei. Obwohl in der Öffentlichkeit dieses Problem immer wieder betont wird, ist es vielmehr der Beitrag der Türkei der den Verantwortlichen in Brüssel Kopfzerbrechen bereitet. Es gibt sicherlich viele landwirtschaftliche Produkte, die ohne weiteres auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig wären (Tabak, Baumwolle etc.). Gleichzeitig ist die Türkei auch ein guter Absatzmarkt für industrielle Produkte aus den anderen Ländern. Hierzu ist aber ein Beitritt der Türkei nicht unbedingt erforderlich, denn diese Geschäfte werden auch jetzt schon ohne Mitgliedschaft in der EG realisiert.

Schwierig wird es, wenn die Türkei auf bestimmten Sektoren in Konkurrenz zu den anderen europäischen Ländern tritt (so z.B. in der Textilbranche mit Großbritannien). In der Türkei selber sind eher die mittelständischen Betriebe an einer

Mitgliedschaft in der EG interessiert. So sagte der Vorsitzende der Kamern in der Türkei, Mehmet Yazar: "Die Vollmitgliedschaft in der EWG ist ein nationaler Beschluß, hinter dem man nicht zurückfallen kann." (Rapor, 31.10.81) Der Vorsitzende des wirtschaftlichen Entwicklungsfonds Basri Öztekin äußerte sich folgendermaßen: "Unsere Interessen in den Beziehungen zur EWG können wir besser durch einen Verbleib in der Gemeinschaft als durch einen Austritt wahren." (Tercüman, 17.12.81)

Die Haltung der Regierung ist demgegenüber eher abwartend. Dabei ist zu bedenken, daß der Putsch hauptsächlich im Interesse der monopolorientierten Kreise erfolgte, die sich durch die Beschlüsse vom 24. Januar 1980 auch gänzlich auf eine Exportwirtschaft verlegt haben. In diesem Zusammenhang gewinnen die Worte des Außenministers Ilter Türkmen in einem Interview mit der Tageszeitung Cumhuriyet besondere Beachtung.

"Die Türkei hat sich prinzipiell für eine Vollmitgliedschaft in der EG entschieden. Allerdings muß dazu, wie Sie wissen, die parlamentarische Demokratie funktionieren. Wir haben der EWG mitgeteilt, daß wir unter diesen Bedingungen Vollmitglied werden. Derzeit versuchen wir lediglich die aufgeschobenen Verpflichtungen der Türkei gegenüber der EWG zu erfüllen. Auf diesem Sektor werden im Jahre 1982 die gemeinsamen Zolltarife in der erforderlichen Weise gesenkt." (Cumhuriyet, 14.07.81)

In der gleichen Form gibt es auch denken von Europa, die ihre Kritik nicht so sehr an der undemokratischen Herrschaftsform als vielmehr an dem ungenügenden Entwicklungsstand der Wirtschaft festmachen. So verlautete aus Brüssel von einem führenden Experten des Direktorats für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten in der EWG-Kommission: "Die Gesundung der türkischen Wirtschaft hängt vollständig vom Export ab. Die Türkei hat diesbezüglich im letzten Jahr eine Reihe von Beschlüssen gefaßt. Aber nach unseren Berechnungen wäre ein Optimismus für den Export fehl am Platz. Denn für die Türkei gibt es keinen Markt. Zum Beispiel müßten wir im Textilbereich wegen Großbritannien an die Tore der EWG schließen. Auf den internationalen Märkten muß man, insbesondere nachdem jetzt die neue Reagan-Administration im Amt ist, die Entwicklung zu neuen Arbeits-

teilen als selbstverständlich hinzunehmen, d.h. bezüglich des Exports ist die Lage der Türkei besonders schwierig." (Cumhuriyet, 25.02.81)

In dieser Äußerung wird auch die neue Arbeitsteilung thematisiert, die nichts anderes heißt als Neuaufteilung der Einflusssphären. Klar ist, daß die Türkei im Chor der Imperialisten keine Rolle spielt, d.h. sich nicht in Konkurrenz zur USA oder EG auf dem Weltmarkt bewegen kann. Ihr bleibt eine Möglichkeit, nämlich für die imperialistischen Hauptmächte Investitionsmöglichkeiten offen halten, damit diese dann innerhalb der türkischen Wirtschaft in die umliegenden arabischen Staaten (unter ihnen die finanzkräftigen Ölförderländer) exportieren können.

Die Türkei hat ihre Außenhandelsbeziehungen denn auch gleich nach dem Putsch verstärkt auf den Nahen Osten ausgerichtet. Beteiligung an der islamischen Konkurrenz, Verurteilung von Israel bei der Besetzung der Golan-Höhen und andere positive Äußerungen über die arabischen Nachbarn zeigen denn auch das Bemühen aber nicht so sehr der Unabhängigkeit der türkischen Wirtschaft, sondern müssen als Hilfestellung für die imperialistische Wirtschaft generell gesehen werden. Die Türkei besitzt für den Westen eben nicht nur geostrategische Bedeutung, sondern ist gleichzeitig die Filiale für den Markt im Nahen Osten (bzw. soll als solche ausgebaut werden). Der Präsident der Industriekammer von Istanbul brachte dieses Verhältnis auf einen Nenner:

"Die EG und der Nahe Osten sind für die Türkei keine alternativen Gebiete. Im Verhältnis zur Stärke der Türkei im Nahen Osten wird die wirtschaftliche Bedeutung und das Ansehen innerhalb der EWG zunehmen." (Rapor, 25.12.1981)

3. Der Europarat - das 'demokratische' Gewissen von Europa

Die Beseitigung aller demokratischer Strukturen in der Türkei (angeblich für die Befriedung des Landes und Stabilisierung der Verhältnisse), wurde ein weiterer Verbleib der Türkei im Europarat unmittelbar in Frage gestellt. Denn nach den Statuten dürfen nur Staaten mit parlamentarischer Demokratie Mitglied im Europarat sein. Aber bis heute war dieses Gremium nicht in der Lage, seine eigene Satzung zur Anwendung zu bringen und die Türkei auszuschließen. In den 18 Monaten nach Machtergreifung der

Militärs in der Türkei hat der Europarat schon fünf Krisensitzungen zur Türkei in denen das Problem ständig vertagt wurde (zuletzt auf September 1982). Hier ein kurzer Abriß der Ereignisse im Europarat.

a) Vom 05.-08.01.81 fanden Beratungen statt, an deren Ende der Entwurf des österreichischen Abgeordneten Steiner angenommen wurde. In diesem Text wurde die Verletzung der Menschenrechte zwar erwähnt, auch gesagt, daß die gewerkschaftlichen und politischen Rechte außer Kraft seien, es zu Pressezensur, Folter und Hinrichtungen komme, aber das Resultat war, daß man mit einem endgültigen Beschluß noch bis zum Mai des Jahres warten wollte.

b) Im Februar fuhr dann eine Delegation des Europarates in die Türkei und kehrte nach Kontakten mit den Staatsrepräsentanten mit positiven Eindrücken zurück. Damit waren die Weichen für die Beratungen im Mai erneut auf 'grün' gestellt. Beim Besuch des Präsidenten des Europarates, Hans de Coster, konnte der Außenminister Türken schon selbstsicher berichten: "Ich denke nicht, daß im Europarat ein Beschluß gefällt wird, der die Türkei beunruhigt." (Cumhuriyet, 16.4.81)

Trotzdem läßt sich rückblickend sagen, daß die Debatten, die in den Ausschüssen am 11.05.81 begannen, im Vergleich zu späteren Verhandlungen doch kontrovers geführt wurden. Denn es gelang nicht sofort im ersten Anlauf eine Einigung zu erzielen. Der Kompromiß, der dann gefunden wurde, überraschte nicht wenige.

Die Türkei verbleibt im Europarat, aber die Delegierten werden ausgeschlossen.

Damit hatte man die Elemente aus dem Europarat, die noch nach demokratischen Prinzipien gewählt worden waren, während sich die Junta rühmen konnte, von den Europäern bestätigt worden zu sein. Die Entscheidung verlief dennoch mit knapper Mehrheit. Von den 167 Delegierten aus 21 Ländern stimmten 61 Abgeordnete für den Steiner-Entwurf und einen weiteren Verbleib der Türkei, während 15 dagegen stimmten und sich 40 der Stimme enthielten. Die Stimmenverteilung war dabei keineswegs so, daß Fraktionen wie die Sozialdemokraten einheitlich abstimmten, sondern die Länderzugehörigkeit war entscheidend.

Griechische Abgeordnete, Spanier, Portugiesen und italienische Kommunisten erwiesen sich als Kritiker, während bundesdeutsche, österreichische und schweizer Abgeordnete positiv stimmten. Aufschlußreich ist auch, daß zwischen den Konservativen und Sozialisten ein Abkommen geschlossen wurde. Hierin hieß es, daß man den Steiner-Entwurf akzeptieren werde, dafür aber die Mitgliedschaft der Delegierten nicht verlängern werde. Verantwortlich für diese Abmachung waren der dänische Sozialist Lasse Budtz und der englische Konservative Sir Frederic Bennet. Nachdem aber Budtz doch für Veränderungen im Steiner-Entwurf gestimmt hatte, teilte Bennet mit, daß er nun für einen Verbleib der türkischen Delegierten stimmen werde.

Diese Abstimmungen verliefen dann aber doch negativ für die Delegierten. Mit 51 gegen 48 Stimmen bei 10 Enthaltungen wurde ein Ausschluß der Abgeordneten aus der Türkei beschlossen. Gegen einen Verbleib sprachen sich im wesentlichen die skandinavischen, spanischen und portugiesischen Parlamentarier aus, während wiederum die Bundesrepublik, Österreich und ein Teil der französischen Parlamentarier für einen Verbleib stimmten.

Bei den Abstimmungen gab es zwar auch einzelne Abgeordnete, die sich nach ihrer Grundüberzeugung entschieden (so der belgische Sozialist Dejardin, der energisch für einen Ausschluß eintrat), aber im wesentlichen waren Vorerfahrungen mit totalitären Regimes (Spanien, Portugal, Griechenland) für eine negative Haltung verantwortlich. Auf keinen Fall kann von einer einheitlichen Haltung der Sozialdemokraten

in der Kritik der Militärjunta gesprochen werden.

c) Anfang Oktober '81 stand dann die Türkei wieder auf der Tagesordnung. In Abwesenheit der Griechen und des belgischen Sozialisten Dejardin war die Abstimmung eine reine Formsache. Die Entscheidung wurde auf den Januar 1982 vertagt.

d) Erneut wurde die Entscheidung einer Delegation in die Türkei beschlossen. Dieses Mal sollten aber mehr Parlamentarier teilnehmen. Waren es im Februar noch 10 Abgeordnete gewesen, die die Türkei besucht hatten, so sprach man nun von 24 Mitgliedern, die im November der Türkei bereisen sollten. In der Zwischenzeit aber verschärfte sich der Kurs der Militärs in der Türkei. Mit der Eröffnung der beratenden Ver-

sammlung lösten sie alle Parteien auf und beschlagnahmten ihren Besitz. Darüber hinaus bestrafte sie sogar den Führer der Sozialdemokraten, der bis dahin auch in Europa für Verständnis der Militärjunta geworben hatte. Aber außer einigen Protesten wegen der Inhaftierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit hatte auch dies keine Konsequenzen. Der Europarat ließ es sich sogar bieten, daß man zweimal den Termin für die Delegation verschob, so daß man schließlich erst am 7.1.82 eine 18-köpfige Delegation entsenden konnte (in dieser Delegation waren auch die Kommunisten vertreten). Resultat auch dieses Besuches waren im wesentlichen positive Stimmen, obwohl die Delegation erfuhr, daß während ihres Aufenthaltes in Istanbul drei politische Gefangene im Militärgefängnis Alemdag durch Gas-

bomben umgebracht worden waren. Laut einer Meldung in der Zeitung Tercüman verstieg der italienische Abgeordnete Amadei sich sogar zu der Behauptung, daß man auch in Italien einen Nationalen Sicherheitsrat brauche (Tercüman, 15.1.82). Die einzigen leicht kritischen Stimmen kamen dieses Mal mehr aus dem skandinavischen Raum. Der 'Bussenfreund' von Ecevit, der Däne Lasse Budtz forderte, daß die Türkei vor die Menschenrechtskommission zitiert werde.

Dies mag einige Abgeordnete bei der Abstimmung beeinflusst haben, denn auch dieses Mal wurde eine endgültige Entscheidung verschoben. Man forderte die Türkei lediglich auf, folgende Punkte zu beachten:

- neue Gesetze müssen mit den Grundsätzen des Europarates übereinstimmen
- öffentliche Diskussion über die neue Verfassung
- Achtung der Menschenrechtsscharta
- Untersuchung durch d. Rote Kreuz
- humane Behandlung von Gefangenen
- Wahlen in absehbarer Zeit

Trotzdem reagierte die Junta dieses Mal empfindlicher als jemals zuvor. Sie verordneten gleich eine Nachrichtensperre für alle Berichte im Ausland und verboten es Nicht-Regierungskreisen, Kontakt zu ausländischen Delegationen ohne vorherige Erlaubnis aufzunehmen. Im Hintergrund dabei stand sicherlich die Angst, irgendeine europäische Regierung könnte doch den Mut aufbringen, die Türkei vor die Menschenrechtskommission zu zitieren. Im Falle der griechischen Oberstenjunta hatte das seinerzeit zum freiwilligen Austritt aus dem Europarat geführt.

Aber auch an diesem Punkt kam es nicht zu einer entschiedenen Haltung gegen die Militärdiktatur. Wenn man der türkischen Presse glauben darf, trafen sich Anfang Februar Vertreter aus Dänemark, Norwegen, Schweden, Frankreich und den Niederlanden in Kopenhagen, um über eine Formulierung für die Verurteilung der Diktatur zu beraten. Obwohl diese Gespräche aber mehr als eine Woche dauerten, konnte man sich schließlich doch nicht auf eine offizielle Beschwerde einigen (sie hätte von mindestens einer nationalen Regierung bei der Menschenrechtskommission eingereicht werden müssen).

Eine zumindestens verbalradikale Haltung haben die Sozialisten (Sozialdemokraten) im Europaparlament eingenommen. Im April 1981 setzten sie einen Beschluß durch, daß die EG-Mitgliedschaft der Türkei auf Eis gelegt wird, wenn nicht binnen zwei Monaten wieder demokratische Verhältnisse eingekehrt sind. Die Sozialisten zogen sich aus allen gemeinsamen Kommissionen zurück und nahmen auch an einer Türkei-reise nicht teil.

Weiterhin setzten die Sozialisten im Januar 1982 noch einen Beschluß durch, daß die Türkeihilfe in Höhe von 600 Millionen Dollar gestoppt wird. Jedesmal waren bei diesen Abstimmungen nur jeweils ein Viertel der Abgeordneten anwesend, so daß es für den Ministerrat keine Schwierigkeit gab, diese Beschlüsse als ungültig zu erklären. Die Junta hat sich deshalb auch sehr wenig um die Entscheidungen der Parlamentarier gekümmert, weil sie erst nach der Bestätigung durch den Ministerrat rechtskräftig geworden wären.

4. OECD - ein Großteil der Hilfe kommt aus Europa.

Die Türkei ist ein chronisch verschuldetes Land, das nur durch die Aufnahme neuer Kredite alte Schulden und Zinsen abzahlen kann. Insbesondere der Zusammenschluß für wirtschaftliche Koordination und Entwicklung (OECD) hat mit Krediten in Milliardenhöhe versucht, die Wirtschaft der Türkei auf die Beine zu stellen. Den Löwenanteil nach einzelnen Ländern betrachtet, übernahm jedesmal die USA, aber die europäischen Länder haben zusammen ge-



nommen doch den größten Teil der Hilfe gestellt.

Eine besondere Rolle spielt dabei die Bundesrepublik. Nicht nur die Tatsache, daß ihr Beitrag im Jahre 1980 mit dem der USA identisch war, sondern auch das Faktum, daß bundesdeutsche Politiker die Koordination der Hilfe (d.h. Betteltouren für eine Anhebung der Türkeihilfe) übernahmen, zeigt die besondere Bedeutung der BRD für die Türkei. Finanzminister Matthöfer brachte im Jahre 1980 immerhin 1,2 Milliarden Dollar zusammen. Die zunehmende Kritik an den Menschenrechtsverletzungen führte dann aber dazu, daß 1981 die Hilfe vom Sekretär der OECD, van Lennep, koordiniert wurde (und sich gleich um einiges verringerte).

Einige Länder der OECD strichen die ohnehin geringen Hilfen ganz (unter Hinweis auf eigene Finanzsorgen), während die BRD einmal den Betrag senkte (unter Hinweis auf den Verfall des Dollar) und dann auch noch einige 'Forderungen' mit der Hilfe verband. Diese frommen Wünsche sind natürlich nie überprüft worden und es war auch nie vorgesehen, die Hilfe wirklich von der Rückkehr zur Demokratie oder der Achtung der Menschenrechte abhängig zu machen. Der überfraktionelle Beschluß des Bundestages diente auch mehr der moralischen Rechtfertigung vor der bundesdeutschen Öffentlichkeit.

Trotzdem wird an der Forderung der Ausreisegenehmigung für Ex-Politiker deutlich, daß man aus dem europäischen Ausland doch noch andere Bündnispartner in der Türkei sucht, als es für die USA der Fall ist. Sei es Ecevit oder Demirel, in diesen Personen symbolisieren sich zwar unterschiedliche Kapitalfraktionen, aber beide vertreten eine Linie, die noch am ehesten mit den Vorstellungen des Westens von einer parlamentarischen Demokratie zu verbinden sind. Deshalb werden auch Repressalien gegen diese 'ausrangierten' Politiker mit besonderem Argwohn beobachtet.

Während innerhalb der OECD die Hilfen der europäischen Länder zurückgingen, war es die USA, die ihre Hilfen anbot. Als kurz nach dem Besuch des bundesdeutschen Außenministers Genscher der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger die Türkei besuchte, erklärte er, daß die Militärhilfe der USA von 250 Millionen Dollar auf 400 Millionen Dollar heraufgesetzt worden sei. Dazu machten die USA noch 300 Mill. Dollar als Wirtschaftshilfe locker (im Vergleich dazu die BRD 460 Mill. DM als Wirtschafts- und 130 Mill. DM als Militärhilfe).

Noch eindeutiger scheint der Alleingang der USA im Jahre 1982 auszufallen. Nach Meldungen in der Tageszeitung Hürriyet plant die USA einen Beitrag von 500 Mill. Dollar Wirtschafts- und 600 Mill. Dollar an Militärhilfe, also insgesamt 1,1 Milliarden Dollar der Türkei an Krediten zu gewähren (Hürriyet, 11.1.82). Das wäre dann fast soviel wie die OECD zusammen im Jahre 1980 gewährte.

Schon an diesen Beispielen zeigt sich, daß die OECD selber keine große Bedeutung hat, sondern die Einzelländer entscheidend sind. Neben den wirtschaftlichen und politischen Überlegungen bei der Vergabe der Hilfe, sind aber auch militärische Aspekte ausschlaggebend, wenn es um die Stützung der Türkei geht.

5. NATO - das gemeinsame Interesse der USA und Europa



Nicht Tauben oder Falken alles Geier

In letzter Zeit häuften sich die Nachrichten, daß es innerhalb der Junta heftige Auseinandersetzungen um den weiteren Kurs gibt. In etlichen Meldungen war sogar zu lesen, daß die Rechte innerhalb der Armee zu einem neuen Schlag gegen die Linke ausholt. Die Festnahmen von rechts- und linksgerichteten Offizieren wurde als Hinweis auf andauernde Schwierigkeiten in der Führung gedeutet.

Zunächst muß man aber bemerken, daß diese Neuigkeiten nie über das Niveau von Gerüchten hinausgingen, sodaß nicht einmal die Zahl der verhafteten Offiziere genau angegeben werden konnte. Die Zahlen für die Verhaftungen auf der rechten Seite schwanken zwischen 22 und 200, während es auf der linken Seite an die 1 500 Offiziere gewesen sein sollen, die man entweder inhaftiert, entlassen oder versetzt haben soll. Es ist aber ziemlich klar, daß es sich bei diesen Verhaftungen, falls sie überhaupt in dem angegebenen Ausmaß stattgefunden haben, nur um untere Ränge gehandelt hat. Klar ist auch, daß es seit längerem Säuberungen in der Armee gibt. Betroffen sind nicht die Sympathisanten der MHP in der Armee, sondern solche jungen Offiziere, denen man eine Zusammenarbeit mit der extremen Linken unterstellt.

So wurden u.a. 40 Offiziere verhaftet, die mit der theoretischen Linie der periodisch erscheinenden Publikation 'Birikim' in Zusammenhang stehen sollen. Des weiteren gibt es kleinere Prozesse gegen Armeeingehörige, die entweder mit der Organisation 'Kurtulus' oder mit der 'Devrimci Yol' zusammengearbeitet haben sollen. Wenn es hier um eine Links-Rechts-Auseinandersetzung gegangen sein soll, so hätten mindestens drei- oder viermal so viele MHP-treue Offiziere angeklagt werden müssen, denn die Infiltrierung der Armee durch Türk-Sympathisanten ist eine allgemein bekannte Tatsache, die auch in der Anklageschrift gegen diese Partei erwähnt ist. Die Staatsanwälte machten hier sogar durch Punkte Andeutungen, daß es die Staatsicherheit gefährden könnte, wenn man diese Tatsache vor dem Gericht öffentlich ausbreiten würde.

An den Gerüchten könnte jedoch stimmen, daß einige hohe Militärs, z.B. der Kommandant der 3. Armee zu einem energischeren Kurs gegen die Linke im Lande aufgefordert hat. Die Hinrichtung von drei linken Jugendlichen in Izmir und die Verhaftung der Mitglieder der Friedensvereinigung, sowie das Verfahren gegen Angehörige der Republikanischen Volkspartei (CHP) und ihren Führer

Bülent Ecevit scheinen auf eine solche Verschärfung hinzudeuten. Man sollte das jedoch nicht in der Weise interpretieren, daß es in der Spitze der Armee noch irgendwelche Auseinandersetzungen um die allgemeine Linie nach links oder rechts geht. Wenn überhaupt ein Konflikt besteht, so geht es nur um das Ausmaß von Repression, das sich die Generäle für die Aufrechterhaltung ihrer faschistischen Ordnung vorstellen.

Erhebliche Kopfschmerzen bereitet der Junta die angebliche 'Rückkehr zur Demokratie'. Hier gibt es wirklich erhebliche Meinungsunterschiede über den Grad von Kontrolle, den man in Zukunft brauchen wird. Insbesondere sind sie enttäuscht darüber, daß die zivilen Kräfte bisher nicht auf den Kurs eingeschwenkt sind, d.h. daß sich außerhalb der bestehenden Parteien keine Alternative für eine neue 'zivile' Form der Unterdrückung herausgebildet hat. In dieser Notlage gelang es insbesondere der konservativen Formation der Gerechtigkeitspartei um den Ex-Premier Demirel wieder auf dunklen Wegen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen.

Ernst zu nehmende Gerüchte sprechen z.B. davon, daß die Gerechtigkeitspartei ihre komplette Struktur

bis heute aufrechterhalten hat und nicht nur regelmäßig lokale Versammlungen abhält, sondern auch ihr Schattenkabinett jede Woche in Ankara zusammenholt. Der Poker um die Macht verläuft natürlich hinter den Kulissen, aber die Tatsache, daß man nun offiziell auch vom Präsidialsystem Abstand genommen hat, dürfte auf die Einflußnahme der AP zurückzuführen sein. Wenn man dann noch dazu die Reden von General Kenan Evren am 03.04.82 in Bursa und am 17.04.82 in Balikesir richtig interpretiert, so erkennt man, daß die Junta Angst bekommt, ihr könnte die Initiative aus der Hand gleiten.

Zum wiederholten Male griff Evren die ehemaligen Politiker an und beschuldigte sie des Karrierismus und der unlauteren Arbeit für die Zukunft. Ziel dieses Angriffs ist zwar auch der Ex-Premier Ecevit, dem es gelang durch milde Kritik und darauf folgende Bestrafung wieder eine gewisse Berühmtheit zu erlangen, selbst wenn das Volk in ihm noch nicht den Retter aus der Krise erblickt. Die eigentliche Kritik an den ehemaligen Politikern zielt aber auf Süleyman Demirel ab, der seine Aktivitäten momentan nach innen richtet, aber unter der Hand auch in Opposition zur Junta macht. Dies ist aber

lediglich ein taktischer Schachzug, um für spätere Verhandlungen eine bessere Ausgangsbasis zu haben. Niemand zweifelt daran, daß Demirel die Vorschläge der Junta im Endeffekt akzeptieren wird, und daß seine Kreise die Kerntruppe für eine neue Art von Parlamentarismus bilden werden.

Der Junta wird auch kaum eine andere Wahl bleiben, denn das Experiment mit der Beratenden Versammlung, der Gründung verschiedener Stiftungen und anderen Neueinrichtungen mit politischen Ambitionen ist ziemlich eindeutig mißlungen. Ohne eine eigene Mannschaft wird aber auch die Junta auf Dauer nichts ausrichten können. Anderthalb Jahre Machtausübung mit ständig wachsender Armut und ungewisser politischer Zukunft haben die Bevölkerung von anfänglicher Begeisterung zu leisem Unmut gebracht, sodaß es langsam Zeit wird, daß die Verantwortung für die Staatsgeschäfte in zivile Hände gelegt wird.

Die Militärs sind dieses Mal aber mit noch größeren Versprechungen als 1971 angetreten und können sich nicht so einfach aus dem Staube machen, weil sie die Prognose gestellt haben, daß sie die Geschäfte in einer solchen Weise neu

Fortsetzung Seite 15

Die strategische Bedeutung der Türkei für den Westen ist unumstritten. Nach dem Ausfall des Iran und der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion hat sich diese Position eher noch verstärkt. Außerdem wird am Persischen Golf und insgesamt im Nahen Osten ein Verbündeter gebraucht, der neben Israel und Ägypten fest zu den Interessen der USA und des übrigen Westens zählt. Aus diesem Grunde ist man an stabilen Verhältnissen (Niederschlagung von Befreiungsbewegungen) und an der militärischen Schlagkraft der türkischen Armee interessiert.

Sicherlich fließen die meisten Dollar der Militärhilfe wieder für Waffeneinkäufe in die USA, aber auch die Bundesregierung und andere Länder sind an der Aufrüstung der türkischen Armee durch Panzer und andere Geräte beteiligt. So war es auch für die Bundesregierung nie fraglich, daß die Militärhilfe in jedem Fall weiter geleistet wird. Wenn von allen 'Experten' die 'Modernisierung der türkischen Armee' propagiert wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß die meisten Waffenlieferungen sich im Rahmen von ausrangierten Modellen bewegt, die man in den Industriestaaten nicht mehr verwenden will (M-48 etc.).

Da die USA in der NATO den Ton angibt, ist es auch nicht verwunderlich, daß aus NATO-Kreisen eine unumschränkte Unterstützung des Putsches erfolgt ist, ja man kann sogar soweit gehen, den Putsch auf die unmittelbare Unterstützung durch die NATO zurückzuführen (gleichzeitiges NATO-Manöver in der Türkei, Berichterstattung im Ausland schon vor dem Putsch). Alle Besucher der Türkei im Rahmen militärischer Zusammenarbeit haben denn auch immer ihre Sympathie für die Generäle zum Ausdruck gebracht. So sagte der Präsident des NATO-Rates anlässlich eines Besuches im Lande:

"In der Türkei war der Eingriff notwendig". Auf die Menschenrechte angesprochen meinte er: "Bezüglich der Menschenrechte (muß man fragen), von wessen Menschenrechten Sie sprechen. Denen der Verbrecher oder denen der Menschen?"

Wessen Rechte sind für sie wichtig? Die der Schuldigen oder die der Unschuldigen?"

(Cumhuriyet, 10.3.81)
Ein halbes Jahr später äußerte sich der Generalsekretär der NATO, Josef Luns, in ähnlicher Weise, als er sich auf Luxusjachten der Großindustriellen einen 'politischen' Urlaub in der Türkei gönnte: "Die Stabilität und Entwicklung der türkischen Wirtschaft ist zufriedenstellend. Die Stärke der türkischen Armee bringt viele Vorteile. Die NATO ist auf der Seite einer solchen starken Türkei".

(Hürriyet, 6.9.81)
In gleicher Form war auch der Besuch der Generalstabschefs von 13 Ländern der NATO am 20.9.81 eine Bestätigung für die Junta. Auf der 27. NATO-Konferenz stand zwar auch das Thema der Mitgliedschaft der Türkei auf der Tagesordnung, aber das Ergebnis war schon vorher klar. Der türkischen Delegation wurden vorübergehend ein Beobachterstatus erteilt, da sie gleichzeitig Vertreter der eigenen Parlamente sein müssen, aber die Türkei wurde als mustergültiges Mitglied der NATO gepriesen (Tercüman, 14.10.81).

Leichte Kritik an den Verletzungen der Menschenrechte wurde aus europäischen Kreisen auch in der NATO laut (so der niederländische Außenminister van der Stoep), aber eine Verurteilung der Militärherrschaft stand nie zur Debatte. Einen brisanten Konfliktpunkt innerhalb der NATO bietet aber das Verhältnis zum Nachbarn Griechenland, der nach der Wahl von Papandreu einen scharfen Kurs gegen die Türkei steuert. Das einzige Verdienst von Papandreu war es jedoch, eine gemeinsame Erklärung der NATO zu verhindern, während der Türkei unverhohlen mitgeteilt wurde, daß sie der wichtigere Partner für die NATO ist. Damit ist das Problem aber noch nicht beseitigt. Die USA hat ein Interesse daran, daß die NATO-Verbündeten keine Konflikte miteinander haben und möchte deshalb auch die Auseinandersetzungen um Zypern geregelt wissen. Hier wird es aber keine Lösung geben, wenn die Türkei nicht irgendwelche Zugeständnisse bezüglich des besetzten Bodens macht. Die Frage, die sich dort für die Junta stellt, heißt, Gesichtsvor-

lust vor der Bevölkerung oder aber Trübung des Verhältnisses zu den USA.

Die USA waren es auch, die eine Modernisierung der Stützpunkte in der Türkei rasch vorantrieben. Nach dem Besuch von Weinberger verlautete aus englischen Geheimdienstkreisen, daß zunächst 10-15 Flughäfen (teilweise zivile) umgebaut und modernisiert werden sollen (natürlich durch US-Firmen). Auch hier wird deutlich, daß die USA innerhalb der NATO um ein absolutes Monopol verfügen und die meisten Vorteile aus engen militärischen Verbindungen ziehen. Die USA beschränken sich aber keineswegs nur auf Aktivitäten im Rahmen der NATO, sondern ziehen es vor, Sonderabkommen mit den einzelnen Ländern zu schließen.

6. Freundschaft mit den USA als Trumpf gegen Europa

Die Invasion der türkischen Armee auf Zypern im Jahre 1974 führte zu einem förmlichen Waffenembargo durch die USA, das aber nie eingehalten wurde. Es gab zwar keine offizielle Militärhilfe und Waffenlieferungen mehr, aber die NATO-Stützpunkte, die von der Demirel-Regierung angeblich geschlossen worden waren, standen nach wie vor unter amerikanischem Oberkommando.

Nachdem Ende 1979 Demirel wieder an die Macht gekommen war, ging dann auch offiziell die Periode des Embargos zu Ende. Begleitet von einer Kampagne in den Medien, daß die Armee mit überalterten Waffen ausgerüstet sei, schloß man am 29.03.1980 ein Sonderabkommen mit den USA, in dem die Art der Zusammenarbeit in der Verteidigung geregelt wird. Von dem 100-seitigen Text wurde der Öffentlichkeit nur ein Auszug von 6 Seiten präsentiert. Die brisanten Passagen über Verfügungsrecht der Amerikaner wurden ganz einfach verschwiegen.

Erst nach der Machtübernahme durch das Militär wurden diese

Paragrafen als Zusatzabkommen deklariert und am 01.02.81 durch Veröffentlichung im Amtsblatt rechtskräftig. Hier sind nun die 12 Stützpunkte aufgeführt, die unter dem Kommando von je einem US-Offizier stehen (Cumhuriyet, 02.02.81).

Sofort danach begannen auch wieder die offiziellen Waffenlieferungen. Im April lieferten die USA 15 Phantomjäger aus einem Gesamtprogramm von mehr als 60 Flugzeugen (Cumhuriyet, 15.04.81). In der Zwischenzeit erschienen auch mehrere Berichte, daß nun die Türkei daran gehe, selber Flugzeuge herzustellen. In der Diskussion waren die Kampfflugzeuge F-16 oder F-14, die man dann mit Teilen aus den USA in der Türkei montieren würde.

Die USA hegen aber noch weitergehende Absichten mit dem Verbündeten. Im Mittelpunkt vieler bilateraler Gespräche stand die 'Blitzzeinsatztruppe' (rapid deployment force), die von den USA für den Einsatz außerhalb der NATO-Gebiete (z.B. am Persischen Golf) gedacht ist. Diese Truppe umfaßt nach offiziellen Angaben zwischen 30 000 und 50 000 Soldaten, die innerhalb kürzester Zeit in alle Regionen der Welt geschafft werden können und für den Einsatz unter allen klimatischen und geographischen Bedingungen ausgebildet sind. Die Pläne der aggressiven Herren im Weißen Haus sehen vor, daß Teile dieser Truppe auf der ganzen Welt verteilt stationiert werden, um so schneller an den 'Krisenherden' sein zu können.

Dazu brauchen sie die Unterstützung befreundeter Länder. Selbst wenn es im Augenblick so aussieht, als suchten die USA nur nach Lagerungsmöglichkeiten für ihre Waffen, so ist aber auch eine Unterstützung in personeller Hinsicht angestrebt. Die Türkei zeigt sich in offiziellen Stellungnahmen eher zurückhaltend, wenn ihr Anteil an diesen Bestrebungen angesprochen wird. Nichts täuscht aber darüber hinweg, daß sie die Favoritenrolle für den Vertragspartner im Nahen Osten haben.



Türkische Militärs sprechen derzeit davon, daß nur eine gemeinsame Aktion der Golfstaaten notwendig ist, aber schon ist ein neues Abkommen in Planung, wie es in einem 'Memorandum of Understanding' heißt. Hiernach sollen nicht nur die Flughäfen modernisiert, sondern auch die Lagermöglichkeiten erweitert werden. (Cumhuriyet,

15.12.81) Dieses Abkommen soll im Jahre 1982 unterzeichnet werden. In einer anderen Meldung hieß es dann, daß für eine Deponierung von Material der 'Blitzzeinsatztruppe' im Nahen Osten insgesamt nur 7 Plätze zur Verfügung stünden. Diese Orte sollen in den Ländern Ägypten, Sudan, Somali und Umman liegen. Sicherlich gehört aber auch die Türkei dazu, denn in ihrem Land sind schon die militärischen 'Berater', von denen der Chef der 'Blitzzeinsatztruppe', General Robert Kingston, insgesamt 150-200 ständig in der Region stationieren möchte. (Cumhuriyet, 20.12.81)

Als einziges Land hat die Türkei bisher die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsrates beschlossen. Dies ist einmalig in der Geschichte, denn bislang reichten die Kontakte innerhalb der NATO. In dem Verteidigungsrat sollen 4 Spitzenpolitiker (2 auf jeder Seite) sitzen. Auf der Seite der Türkei sind es der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats (Junta), Necdet Urug, und der Generalsekretär im Auswärtigen Amt, Kamuram Günün. Dieses Gremium soll alle Verteidigungsaktivitäten (spricht: Aufrüstung etc.) planen und auch für die Durchsetzung einer entsprechenden Politik sorgen. (Tercüman, 06.12.81)

Da hast unterschiedliche Positionen bei den imperialistischen Mächten USA, EG und Japan gegenüber der OPEC ausgemacht. Lassen sich unterschiedliche Positionen auch in der Politik dieser Mächte bezüglich der Länder der gemeinsamen Einflußsphäre feststellen?

Ja, es gibt auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Interessen der imperialistischen Hauptzentren; auf militärischer, auf politischer und auf ökonomischer Ebene gibt es diese Unterschiede. Rein ökonomisch haben die USA einmal ein Interesse, über multinationale Konzerne ihre ökonomischen Einflußsphären, überall wo diese multinationalen Konzerne in den Ländern der 3. Welt existieren, aufrechtzuerhalten und diese möglichst auszubauen. Dies gilt insbesondere für lateinamerikanische Länder, für Brasilien, für Argentinien, für Mexiko und andere wichtige lateinamerikanische Länder, wo sie traditionell größeren Einfluß hatten, als in den europäischen Ländern. Dies gilt aber auch für asiatische Länder; ich nehme an, auch für die Türkei, oder für den Nahen Osten insgesamt.

Weiterhin könnte man sagen, daß die USA über die Interessen im Zusammenhang mit den multinationalen Industrieunternehmen hinaus auch auf die Aufrechterhaltung ihres Einflusses auf die Rohstoffproduktion durch die US-Rohstoffkonzerne nach wie vor großen Wert legen. Dies aus mehreren Gründen. Einmal geht es darum, die profitablen Möglichkeiten der US-Rohstoffkonzerne in den Ländern der 3. Welt, wo die US-Konzerne die Konzession haben, abzusichern (und das über Öl hinaus). Darüber hinaus ist die Rohstoffversorgung einschließlich Energie- und Ölversorgung ein Mittel, die Rohstoffversorgung der anderen Industrieländer, der rohstoffärmeren Industrieländer, z.B. Japan oder auch die EG-Staaten zu bestimmen. Einfluß auf Rohstoffversorgung bedeutet auch Einfluß auf die Politik dieser Staaten, bedeutet z.B. auch Disziplinierung dieser Staaten, Einspannung dieser Staaten in die eigene Globalstrategie. Also damit geht das Interesse der USA über das rein ökonomische hinaus, wenn es darum geht, Einflußsphären aufrechtzuerhalten. Es geht hier auch um Politik, um eine Möglichkeit, auch Weltpolitik zu betreiben. Hier stoßen in beiden Bereichen, sowohl im Bereich der verarbeitenden Industrie, als auch im Bereich des Rohstoffsektors multinationale US-Konzerne mit europäischen und japanischen Konzernen aufeinander. Die Konkurrenz geht sowohl um Absatzmärkte, um sogenannte Gemeinschaftsunternehmungen ('mixed ventures') als auch um die Absicherung der eigenen Rohstoffversorgung durch die nationalen Rohstoffkonzerne und dergleichen. Dies ist nur globale Tendenz der Konkurrenz. Man könnte eine Reihe von Beispielen erwähnen, die diese Konkurrenz auch deutlich machen. So ist z.B. das Atomgeschäft der Bundesrepublik-Brasilien auf großen Widerstand und Protest der US-Regierung gestoßen. Unter

dem Deckmantel des Atomvertrages versuchte die US-Regierung den Verkauf von Atomkraftwerken an Brasilien zu verhindern. Dahinter steckt aber genau die Konkurrenz der AKW-Hersteller in Europa (insbesondere in der BRD) und den AKW-Herstellern in den USA: was natürlich ein neues Problem, eine neue Erscheinung ist, zumal bis Anfang der 70er Jahre US-AKW-Hersteller in der Welt fast das Monopol besaßen, aber nun konfrontiert sind mit den europäischen Industrieunternehmen, die auch bei Spitzentechnologien, wie z.B. Atomkraftwerken in einem Raum der USA Konkurrenz machen, also geographisch der US-Einflußsphäre näher ist. Daran kann man also diese Konkurrenz, die auch an anderen Beispielen deutlich wird, demonstrieren.

Interview mit Mohfssen Massarrat

(iranischer Angehöriger des Lehrkörpers der Universität Osnabrück)

● 'Das Interesse der USA an der Erhaltung der Militärregimes und an der Aufrüstung der Regimes der 3. Welt hat auch mit ihrer eigenen Ökonomie zu tun'.

Du sprachst davon, daß durch die multinationalen Konzerne im Rohstoffsektor auch eine gewisse Disziplinierung der EG oder Japan stattfindet. Kannst du das einmal an einem Beispiel verdeutlichen?

Ja. Das aktuelle Beispiel ist das Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, richtiger gesagt, zwischen einigen europäischen Staaten und der SU, bei denen die unterschiedlichen Interessen ökonomischer und politischer Art, auch zwischen den westeuropäischen Staaten und den USA deutlich werden. Die Bundesrepublik und Frankreich als wichtigste Partner dieses Geschäftes haben ein existenzielles Interesse an einer Diversifizierung der Energieversorgung. Sie streben eine nationale Energieversorgung an, die erstens direkte Verträge mit den einzelnen OPEC-Staaten einschließt, so daß diese Staaten nicht

mehr wie früher auf die Lieferverträge mit den multinationalen Ölkonzernen angewiesen sind und energiepolitisch eher eine größere Sicherheit durch Verträge mit den Produzentländern haben. Darüber hinaus streben es diese Staaten an, ihre gegenwärtig noch starke Abhängigkeit von den OPEC-Staaten durch Öl und Erdgas aus der Sowjetunion zu verringern, um eine sogenannte Risikosteuerung der Energieversorgung zu erreichen. Dies würde also auf jeden Fall eine stärkere Souveränität der Energieversorgung der europäischen Staaten, auf jeden Fall weniger Abhängigkeit von OPEC-Staaten und insbesondere weniger Abhängigkeit von US-Ölkonzernen bedeuten. Damit wird der US-Politik eine Möglichkeit aus der Hand genommen, mit Drohungen in Richtung auf Sicherheit der Energieversorgung für Europa, Druck auf die EG-Politik sowohl in Wahrnehmung der unterschiedlichen Interessen in der 3. Welt,

als aber auch bezüglich Beziehung EG-'realsozialistische' Länder versus Beziehung USA-'realsozialistische' Staaten auszuüben. Die US-Regierung versucht, dieses Geschäft zu verhindern. Angeblich tut sie dies mit militärpolitischen Überlegungen. Sie behauptet, eine energiepolitische Abhängigkeit der europäischen Staaten von der SU würde zu einer Erpressung seitens der SU führen. In Wirklichkeit trauert die US-Regierung nur darum, daß sie selbst nicht mehr in der Lage ist, diese Staaten wie früher über die Ölkonzerne disziplinieren zu können.

Wie definierst Du den Begriff 'Konkurrenz' in diesem Zusammenhang? Sind das Gegensätze, die absolut aufeinander treffen, oder ist das eher eine Entwicklung, in der japanische und europäische Industrie aufholen; gleichzeitig auch versuchen, in die

Sphären der USA bezüglich Absatzmärkte einzudringen; insgesamt gesehen, es sich bei diesem Prozeß aber lediglich um eine Neuaufteilung der Einflußsphären unter der Vorherrschaft der USA handelt?

Wenn wir erst einmal bei der rein ökonomischen Konkurrenz bleiben. Denn bei Einbeziehung der politischen und militärischen Fragen sieht das Verhältnis etwas komplizierter aus. Auf rein ökonomischer Ebene hat der Kampf um Absatzmärkte, der Konkurrenzkampf um Rohstoffversorgung noch nicht ein Stadium erreicht, das unabdingbar zu antagonistischen Konflikten zwischen den imperialistischen Staaten führen muß. Aber die Tendenzen für einen solchen Konflikt sind erkennbar in Auseinandersetzungen um Aufteilung von noch nicht eroberten Teilen der Welt, nämlich der Weltmeere. Dort haben die imperialistischen Hauptzentren ganz unterschiedliche Zugangsbedingungen zu diesen Räumen, zu diesen Rohstoff- und Ressourcenquellen neuer Art, so daß möglicherweise ein Konflikt um die Aufteilung dieser neuen Rohstoffressourcen durchaus denkbar wäre, wenn man vom Ost/West-Gegensatz, wenn man von den internationalen Konflikten zwischen imperialistischen und 'realsozialistischen' Staaten einmal absieht, weil dieser Konflikt wiederum die innerimperialistischen Gegensätze überlagert.

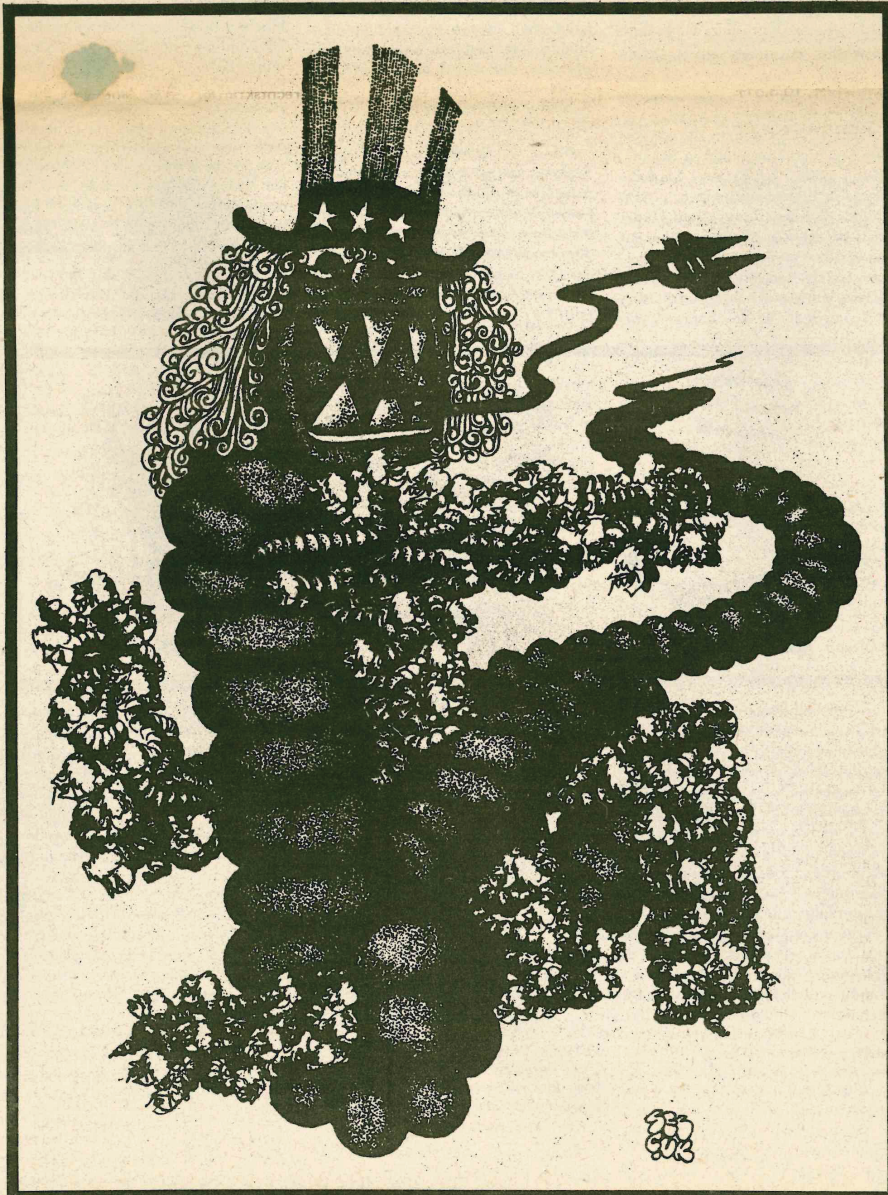
Ich kann mir vorstellen, daß also um die Aufteilung der Rohstoffquellen, wenn die Technologie des Meeresbergbaues viel weiter fortgeschritten ist und wenn die Preise für Rohstoffe auf dem Kontinent und die Kosten, noch weiter ansteigen und somit die Profite der Rohstoffkonzerne sinken:

Diese Frage der Einflußnahme, der kreditpolitischen Einflußnahme hat weniger mit innerimperialistischen

die Nachfrage nach Rohstoffen aber steigt wie bisher, dann kann ich mir vorstellen, daß die Auseinandersetzung, der Kampf um diese neuen Rohstoffquellen der Welt in aggressivere oder auch konfliktreichere Kämpfe ausartet. Wie gesagt, wird ein solcher Konflikt aber momentan überlagert durch den Ost/West-Gegensatz, was man natürlich mit einbeziehen muß, wenn es darum geht, die Frage der Kriegsgefahr zu beurteilen.

Kannst Du etwas dazu sagen, wie die imperialistischen Mächte ihre wirtschaftlichen Interessen in den Ländern der 3. Welt durchzusetzen versuchen. Nach Chile versucht man nun auch in der Türkei das sogenannte Friedman-Modell, den Monetarismus, durchzusetzen und die Wirtschaft stärker auf den Export zu konzentrieren.

Gegensätzen zu tun. Da ziehen sie an einem Strang. Über den IWF (Internationaler Währungsfond) haben alle diese Staaten großes Interesse daran, daß die unproduktiven kapitalistischen Produktionsbedingungen in den Ländern der 3. Welt zugunsten von Großbetrieben, zugunsten von Gemeinschaftsunternehmungen ('mixed ventures') zugrunde gehen. Sie haben Interesse daran, daß die traditionelle Ökonomie nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Sie haben Interesse daran, daß die Märkte der Länder der 3. Welt ausgeweitet werden. Sie haben Interesse daran, daß im Zuge der neuen Weltarbeitsteilung und Ausdehnung der neuen internationalen Arbeitsteilung auch in den Ländern der 3. Welt neue Produktionszweige unter kapitalistischen Bedingungen entstehen. Dies alles ist leichter möglich, wenn die traditionelle Ökonomie vernichtet wird und diese Politik wird punktuell über den IWF, also über Kreditvergabe durchzusetzen versucht. Die Staaten werden gezwungen, Subventionen, die ja für die Aurrechterhaltung der weniger produktiven Betriebe aus



politischen Überlegungen in manchen Staaten der 3. Welt, z.B. in Peru, aber vielleicht auch in der Türkei, geleistet werden, aufzugeben. Sie werden gezwungen, die Sozialausgaben zu verringern; die Kosten sozusagen, die für das Kapital entstehen, die Lohnkosten, die Gesamtlohnkosten herabzusetzen; die Bedingungen der multinationalen Konzerne oder auch dieser 'mixed ventures' über Kreditpolitik zu verbessern.

Das ist eine Politik, die von allen getragene, zumindest von allen geduldet wird. Wenn aber die unterschiedlichen ökonomischen Interessen, die mit unterschiedlichen politischen Interessen einhergehen, seitens der imperialistischen Hauptmächte im Vordergrund stehen, dann könnte man sagen, daß die USA, die US-Regierungen im Wesentlichen versuchen, den Rüstungsbereich in den Ländern der 3. Welt nach wie vor in ihrem Monopol zu halten. Sie versuchen, ihre Kapitalbeziehungen im Bereich der Rüstungsproduktion, des Rüstungshandels nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auszudehnen; nach wie vor dafür zu sorgen, daß die US-Dienstleistungsunternehmen

Großprojekte für die Infrastruktur, militärische Infrastrukturanlagen, aber auch Zivilinfrastrukturanlagen als Auftrag zu bekommen. Nach wie vor sind sie vor allem in den OPEC-Staaten, in der Ölproduktion, vor allem im Bereich der Ölverarbeitung darauf aus, Investitionen auszudehnen und aufrechtzuerhalten, die Konkurrenz der Europäer zu verhindern, was im Bereich der Petrochemie zumindest nicht mehr gelingt, weil hier Japan, japanische Petrochemieunternehmen schon längst in den OPEC-Staaten mit den USA konkurrieren und die meisten Anlagen im Bereich der petrochemischen Produktion (Verarbeitung von Öl) in den Nahoststaaten bauen (in Kuwait, im Irak, im Iran usw.). Auf der anderen Seite streben die EG-Staaten in den Ländern der 3. Welt, insbesondere in den kaufkräftigen Ländern dieses Teils der Welt, nämlich in den OPEC-Staaten, es an, über den normalen Ausbau der Handelsbeziehungen hinaus im Bereich der langlebigen Produkte mit den Regierungen der jeweiligen Länder und den internationalen Unternehmen Gemeinschaftsunternehmen, Montageindustrie aufzubauen, in denen Haushaltsgüter vom Kühlschrank bis zu den kleineren elektrischen Haushaltsgeräten produziert werden, Autos, Ersatzteile produziert werden und Lastwagen, Busse im Wesentlichen montiert werden. Also versuchen die europäischen Staaten in diesem Bereich ihre Position auszubauen und mit gewissem Erfolg gegen eine ursprünglich von den USA ausgegangenen Tendenz das Gleiche zu tun. Rein ökonomisch gibt es also eine starke Konkurrenz der USA mit den europäischen Staaten, mit Japan. Politisch schlägt sich dieser Interessensgegensatz nieder in unterschiedlichen Bündnisstrukturen, die jeweils von der US-Regierung und von den europäischen Staaten, vor allem von der sozialistischen Internationalen, die ja im Wesentlichen in Europa angesiedelt ist, ausgeht.

Die USA haben traditionell mit den Oligarchien, mit den Kompradourbourgeoisien in den Ländern der 3. Welt Bündnisse geschlossen. Sie haben faktische Bündnisse geschlossen, haben die Regierungen unterstützt, die eher aus Großgrundbesitzern, aus Militärs, aus Händlern, bzw. deren Repräsentanten zusammengesetzt waren. Diese Regierungen sind durchweg autoritäre, bis halbfaschistische Regierungen mit entsprechendem Machtapparat. Der Einfluß der USA auf diese Regierungen ist in der Regel durch den Militärapparat, der im Wesentlichen von den USA abhängig ist, gesichert. Auf der anderen Seite streben die europäischen Länder, insbesondere jene, die sozialdemokratisch regiert sind, eine andere, längerfristige konzipierte Strategie an, die darauf aus ist, den Bedingungen der Markterweiterung, der Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, der Steigerung der Kaufkraft in diesen Ländern längerfristige Rechnung zu tragen. Dies geht, wenn größere soziale Schichten nicht nur in den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Produktion eingezogen werden, sondern auch in die Politik, die in das System eingebettet ist. Einbeziehung dieser sozialen Klassen (Arbeiter, Kleinunternehmer) in die Politik bedeutet Liberalisierung, bedeutet Demokratisierung im bürgerlichen Sinne des Systems, bedeutet also Gegnerschaft zu Militärdiktaturen. Und es bedeutet, daß dann konsequenterweise die europäischen Regierungen, die sozialdemokratisch regiert sind, sozialdemokratische Kräfte, oder sozialdemokratisch orientierte Kräfte, die ähnliche Funktion ausüben, in diesen Staaten unterstützen, weil sie die einzige bedeutende soziale Kraft darstellen, die längerfristig auf diese Strategien eine positive Antwort gibt. Herstellung der gewerkschaftlichen Rechte, z.B. des Streikrechtes bringt zwar kurzfristige Probleme für das Kapital, trägt auf der anderen Seite aber dazu bei, daß sie die parasitären und eigentlich der kapitalistischen Form nicht entsprechenden Herrschaftsstrukturen längerfristig verhindern. Es hat also - wenn man so will - die Funktion der allgemeinen Produktivitätssteigerung in der Gesellschaft, hat die Funktion, die Konkurrenz in diesen Ländern zu verschärfen, weil auf Erhöhung des Lohnniveaus als Folge des gewerkschaftlichen Kampfes die Kapitalisten mit Erhöhung der Produktivität reagieren müssen, was längerfristig nicht zu einer Krise, sondern zu einer Ausdehnung des Kapitalismus in diesen Ländern führen kann und - wie gesagt - die Märkte erweitern, die Kaufkraft der Massen steigern und die Voraussetzung für die Ausdehnung des Kapitalismus verbessern kann.

In diesen zwei Strategien, die von den USA bzw. den europäischen Staaten verfolgt werden, müßte man auch die unterschiedlichen politischen, außenpolitischen Konzeptionen und Handlungsstrategien gegenüber den Ländern der 3. Welt beurteilen. Das Interesse der USA an der Erhaltung der Militärregimes und an der Aufrüstung der Regimes der 3. Welt hat auch mit

versucht, die NATO-Partner zu höheren Militärausgaben zu zwingen, zu Lasten der Sozialausgaben, weil die Folge dann sein wird, daß die europäischen Staaten selber mehr Geld auf einen Markt werfen, auf dem die USA selbst den absoluten Vorsprung hat, nämlich auf den Markt der Rüstungsindustrie.

Wenn man den Ost/West-Gegensatz einbezieht, so scheinen doch relativ wenig Widersprüche im westlichen Lager zu sein, da man einen gemeinsamen Feind hat. Führt das nicht dazu, daß man dann doch wieder einheitlich den Bündnispartner, wie z.B. die Türkei unterstützt, obwohl dort eine Militärdiktatur herrscht?

Die Einbeziehung der militärischen Komponente ändert natürlich das Verhalten der jeweiligen Staaten, das erst einmal ausschließlich ökonomisch bestimmt ist, entscheidend. Die Einbeziehung der militärischen Komponente hat in der Tat dazu geführt, daß auch im Falle der Türkei die sozialdemokratisch geprägte Bundesregierung den Militärputsch gutgeheißen hat, obwohl sie von längerfristigen ökonomischen und politischen Interessen aus eigentlich gegen die Militärdiktatur, gegen den Militärputsch hätte Position beziehen müssen. Dies vor allem, nachdem das Schah-Regime als Teil des westlichen Machtblocks nicht unbedingt als Teil der NATO - an der sowjetischen Grenze nach dem Sturz faktisch ausgefallen ist, und nachdem die Türkei eine größere Bedeutung annahm als zuvor. Nach diesen Veränderungen und unter Einbeziehung der militärischen Komponente haben sich auch die deutschen Sozialdemokraten bereit gefunden, im Militärputsch einen Fortschritt zu erkennen, der angeblich die tagtäglichen politischen Morde nun endlich verhindert hat. Insofern kann man zustimmen, daß durch die militärische Komponente die Gegensätze überlagert oder modifiziert werden.

Daran anschließend zwei Fragen. Erstens, kannst Du kurz zusammenfassen, woher die unterschiedlichen Positionen der USA und der EG-Länder kommen? Wo liegt der Ursprung? Kann man z.B. von einer Schwächung der USA insgesamt in der Welt reden und machen sie deswegen eine solche Politik?

Zweitens, und das ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, geht es um die Politik gegenüber dem Ostblock. Also Stichwort: Friedenspolitik, Detante, Jalta, die Rolle von Frankreich, etc...

Du sprichst die neue und deutlich aggressive Außenpolitik und Sprache der US-Regierung hinsichtlich aller Ereignisse in der Welt, in den Ländern der 3. Welt aber auch in den Ländern des 'realen Sozialismus' an. Festzustellen ist, daß die USA als Folge des 2. Weltkrieges fast in allen Bereichen der Ökonomie die absolute Vorherrschaft besaßen, auch hinsichtlich ihrer Interessen in den Ländern der 3. Welt. Nach der Gründung der EG und Überwindung einiger Handelsbarrieren, Erweiterung des Marktes in Europa für die nationalen europäischen Unternehmen ist wiederum festzustellen, daß die Produktivitätsbedingungen, die Wettbewerbsbedingungen der

europäischen Unternehmen sich entscheidend verbessert haben gegenüber den bis dahin vorherrschenden US-Unternehmen. Mit dem Erfolg, daß die europäischen Staaten erheblich an ökonomischer Bedeutung in Relation zur USA gewonnen haben und die USA relativ an Bedeutung zugunsten der europäischen und japanischen Unternehmen verloren haben. Dies nicht nur innerhalb der kapitalistischen Länder, sondern auch in der 3. Welt und ihren Außenhandelsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten. Diese Verschiebung der ökonomischen Positionen der hauptimperialistischen Zentren zu Lasten der USA und zugunsten der anderen mag ein Hintergrund darstellen für die neue und im Wesentlichen militärisch orientierte Außenpolitik der US-Regierung. Die USA glaubt mit massiver Aufrüstung in den USA und anderen Ländern des kapitalistischen Lagers (aber auch in der 3. Welt) auf der einen Seite das Rad der Geschichte gegenüber ihren eigenen Konkurrenten wieder zurückdrehen zu können, aber auch gegenüber den Befreiungsbewegungen in den Ländern der 3. Welt, die sowohl in Lateinamerika als auch im Nahen Osten dazu beitragen, daß die USA wichtige ökonomische, politische aber auch militärische Basen verloren haben.

Vor diesem Hintergrund wäre die zweite Frage auch mit einzubeziehen, weil die Wahrnehmung der Supermachtinteressen in den Ländern der 3. Welt nur dann direkt möglich bzw. einfacher ist, wenn auch die Supermacht USA in der Lage ist, militärisch Widerstand jener Völker zu brechen, die gerade ihre Position, ihre Interessen gefährden. Dies ist wiederum nur dann möglich, wenn keine andere Macht, kein anderer Machtblock direkt oder indirekt gewährleistet, daß ein militärischer Eingriff, daß ein Krieg gegen Befreiungsbewegungen erschwert oder verhindert wird. Das Beispiel Vietnam zeigt ja eindeutig, daß selbst ein solch brutaler Krieg, eine solche Barbarei der US-Militärs, ein Volk, das gewillt war, den Imperialismus aus dem eigenen Lager hinauszutreiben, gerade auch wegen der Hilfe der SU - hat nicht besiegen können. Diese Frage der indirekten Schutzmacht für die Befreiungsbewegungen mag erklären, warum die US-

Die SU und Warschauer Paktstaaten oder besser gesagt die SU hat von ihrer nach wie vor schwächeren ökonomischen Ausgangslage her ein großes Interesse daran, die bestehenden politischen und militärischen Einflußsphären aufrechtzuerhalten.

Kann man das heute immer noch sagen?

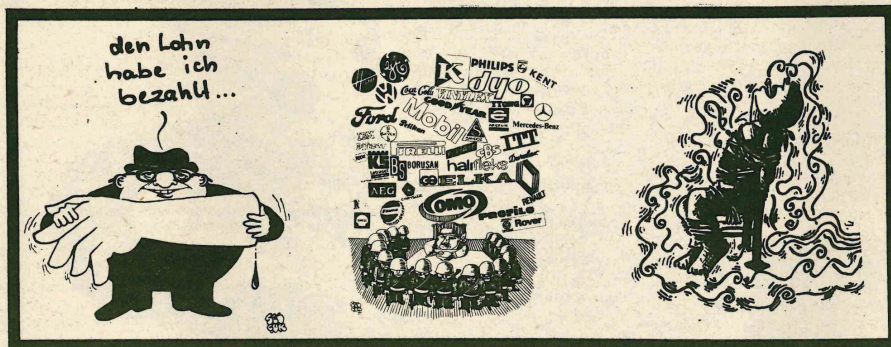
Ja, nach wie vor. Gerade wegen ihrer besonderen Schwäche ist sie nicht expansiv, trotz Afghanistan, ist sie nicht darauf aus, sozusagen neues Terrain zu gewinnen, sondern sie ist damit zufrieden, ist bestrebt, den eigenen Bereich, die eigene Einflußsphäre aufrechtzuerhalten. Damit würde sie zu vielen Zugeständnissen bereit sein, damit würde sie möglicherweise - wenn sie in die Lage versetzt würde - auf Unterstützung der Befreiungsbewegungen außerhalb der beiden Blöcke aber auch auf Unterstützung einer linken Befreiungsbewegung z.B. in der Türkei verzichten, oder aber dagegen vorgehen. Soweit würde ich die Lage der SU für die Aufrechterhaltung des eigenen Einflußbereiches einschätzen. Auf der anderen Seite verfolgt die USA eine Politik zur Überwindung der Blöcke durch 'roll-back', durch - wenn es ihr gelingt - Veränderung des politischen Systems in den Ländern der Warschauer Paktstaaten, einschließlich der SU und dabei riskiert sie einiges, notfalls auch einen begrenzten Atomkrieg in Europa. Daran können natürlich die westeuropäischen Staaten nicht interessiert sein, aus politischen und Überlebensgründen, obwohl sie rein ökonomisch auch ein Interesse an der Überwindung des 'realen Sozialismus' hätten. Eine kapitalistische SU sichert auch den europäischen Konzernen enorme Möglichkeiten der Kapitalverwertung,

Markterweiterung u.ä. Aber aus existenziellen und politischen Gründen hat natürlich die EG kein Interesse daran, die Blocküberwindung im Sinne der USA anzustreben.

Ist die 'Entspannungspolitik' selbst nicht in Gefahr für die westeuropäischen Länder hinsichtlich ihrer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, denn sie haben ja auch wirtschaftliche Beziehungen mit den Ostblockländern.

Ja, mit Sicherheit wird eine auf Bedrohung, auf Konfrontation gerichtete Politik auch Sanktionen zur Folge haben, Sanktionen, die ökonomischer Natur sind, die auch die ökonomischen Handelsbeziehungen zwischen Warschauer Pakt- und EG-Staaten stören. Insofern belastet natürlich eine Konfrontationspolitik der USA auch EG-Handelsbeziehungen mit den Warschauer Paktstaaten.

Ich wollte noch einmal - unabhängig von den unterschiedlichen Interessen innerhalb der NATO in ihrem Verhältnis zu den Warschauer Paktstaaten - auf die für uns, für die 3. Welt wichtige Frage zurück kommen, daß also die Befreiungsbewegungen in den Ländern der 3. Welt zwar den Widerspruch der beiden Blöcke nutzen müssen, ja überhaupt auf der Grundlage dieses Widerspruches in der Lage sind, ihre relative Souveränität zu erreichen, aber eine dauerhafte Entwicklung, die dauerhaft Souveränität der Länder der 3. Welt, die sich vom Joch des Imperialismus befreit haben, dürfte meines Erachtens nur möglich sein, wenn gleichzeitig beide Blöcke als Weltsystem von innen, damit meine ich aus den Blöcken selber heraus, ins Wanken gebracht werden, und damit möglicherweise stufenweise abgebaut werden. Nur dann ist eine Chance auch für die Länder der 3. Welt da, ihre politische Unabhängigkeit, wenn sie sie erlangt haben, zu erhalten und einen eigenen Entwicklungsgang anzustreben. Unter der Bedingung des Bestehens der beiden Blöcke sind die Länder der 3. Welt, selbst wenn sie eine soziale Revolution durchgemacht haben, immer in Gefahr, in Abhängigkeit einer der beiden Blöcke zu geraten. ●



ihrer eigenen Ökonomie zu tun. Im Verhältnis zu der Ökonomie der anderen imperialistischen Staaten verfügt die USA im militärischen, im Rüstungsbereich nach wie vor über den absoluten Produktionsvorsprung gegenüber den anderen Konkurrenten (von Japan müßte man sowieso einmal absehen, weil Japan keine Rüstungsmacht ist). Vor allem im Bereich der Luftwaffenindustrie kann die USA die europäischen Konkurrenten allemal aus dem Markt werfen, weil solche Industrien in Europa entweder garnicht entwickelt, nicht existent oder kaum konkurrenzfähig sind; höchstens Frankreich und England und das marginal. Das heißt also, diese Bündnisstruktur, die militärisch orientierte Strategie der USA in der 3. Welt hat auch eine ökologische Komponente, ist nicht militärisch und geopolitisch bedingt. Dies ist übrigens - nur nebenbei erwähnt - ein Grund, weshalb die USA über die NATO

HINRICHTUNGEN: Die beratende Versammlung hat sich nun auch die Hände mit Blut beschmiert

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als wollte es die Junta mit insgesamt 10 Hinrichtungen bewenden lassen. Schließlich hatte man die Opposition ja auch dermaßen eingeschüchtert, daß weitere Hinrichtungen wohl kaum noch einen abschreckenden Charakter haben würden. Als dann Anfang des Jahres in der Beratenden Versammlung Stimmen laut wurden, daß man doch die Todesstrafe gleich ganz abschaffen sollte, da glaubten nicht wenige an eine Milderung des bis dahin eher drastischen Kurses.

Für die Militärs stand aber ein anderes Prestige auf dem Spiel. Auf der einen Seite wollte sie an die gesuchten Leute, die ins Ausland geflüchtet waren, heran. Darunter waren sowohl faschistische Massenmörder als auch linke Widerstandskämpfer. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland verlangte aber Garantien, daß diesen Personen nichts geschah, d.h. wenn sie zum Tode verurteilt werden sollten, so sollte die Junta die Garantie geben, daß diese Urteile nicht vollstreckt werden würden.

Also machte man sich in der Beratenden Versammlung, dem Quasi-Parlament, daran, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der eine Sonderbehandlung für solche Fälle vorsah. In diesem Zusammenhang wurde dann auch der Vorschlag eingebracht, man könne doch gleich die Todesstrafe grundsätzlich abschaffen.

Hieran war aber nie gedacht. Dennoch ließ sich die demokratische Öffentlichkeit im In- und Ausland von dem Manöver täuschen und verringerte die Proteste gegen die Menschenrechtsverletzungen. Schließlich hatte es seit August 1981 keine Hinrichtungen mehr gegeben. Ohne große Aufregung wurde beobachtet, wie ein Vollstreckungstext nach dem anderen der Rechtskommission übergeben wurde. Auch nachdem 6 dieser Entwürfe vor der Beratenden Versammlung landeten, wollte so recht niemand an eine Vollstreckung glauben. Aber am 1982 war es dann wieder soweit. Drei junge Linke wurden in Izmir gehängt. Die Arbeiter im Alter von 21-23 Jahren waren für den Mord an einem MHP-Sekretär verantwortlich gemacht worden.

Neben diesen 3 Hinrichtungen hatte der Nationale Sicherheitsrat auch die Todesstrafen gegen den Papst-attentäter Mehmet Ali Agca und zwei unpolitische Täter bestätigt. Das Urteil gegen Agca konnte nicht vollstreckt werden, da er in Italien in Haft sitzt, und über das Schicksal der zwei Unpolitischen wurde nichts weiter bekannt. Der Mord an den drei Arbeitern wird denn auch als Zugeständnis an die extreme Rechte in der Armee gewertet, die gleichzeitig noch als Geschenk eine neu angestiegene Verhaftungswelle geliefert bekam.

Was aber noch wichtiger war, ist die Tatsache, daß sich das Scheinparlament nun die Hände schmutzig gemacht hat und sich auch in Zukunft nicht scheuen wird, wieder Todesurteile zu bestätigen. Der Fall von Ahmet Erhan wirft auf diese Praxis ein bezeichnendes Licht. In mehreren Verhandlungen war das Todesurteil gegen Ahmet Erhan schließlich auch durch das Oberste Militärische Revisionsgericht bestätigt worden, obwohl es nur einen mehr als zweifelhaften Augenzeugen gab. Aysel Alus, die

Schwester des am 01.09.1979 ermordeten Mehmet Alus, meldete sich erst eine Woche nach dem Vorfall als Augenzeugin und behauptete nun, daß sie nicht nur gehört habe, wie ihr Bruder noch den Namen Ahmet geflüstert habe, bevor er starb, sondern daß sie auch den Täter genau erkannt habe.

Die einzige Begleiterin in der Nacht war die Mutter des Opfers gewesen, die aber von den zwei Tätern niemanden erkannt hatte. Ahmet Erhan war jedoch der Schwester des Ermordeten als Linker aus dem gleichen Stadtteil bekannt, und sie glaubte nun eine Gelegenheit gefunden zu haben, sich für den Tod ihres Bruders zu rächen. Also erfand sie diese Geschichte. Das Urteil gegen Ahmet Erhan, der bis zum Schluß seine Unschuld beteuerte, war schlichtweg ein juristischer Skandal. Aber das kümmerte die Rechtskommission der Beratenden Versammlung herzlich wenig. Mit 7 gegen 5 Stimmen stimmten sie für die Hinrichtung. Allerdings erreichte die Beratende Versammlung dann noch ein Brief, in dem die Augenzeugin Aysel Alus zugab, daß sie vor Gericht eine Falschaussage gemacht habe. Als sie jedoch merkte, daß sie nun selber in Schwierigkeiten geraten könne, wandte sie sich gleich wieder an die Presse und behauptete, daß dieser Brief eine Fälschung sei.

Die Frage ist nur, wer als Nächster dran glauben muß. Im April 1982 hat die Rechtskommission die Todesurteile gegen Cengiz Baktemur und Ali Bülenk Orkan (beide faschistische Massenmörder) sowie die Sympathisanten der Organisation 3.Weg, Erdogan Yazgan, Ahmet Kambur, Ömer Yazgan und Ramazan Yukarigöz, bestätigt. Die Junta kann sich nun aussuchen, ob sie zunächst noch einmal zwei Rechte aufknüpft, oder aber ob sie wieder eine Gruppenhinführung an Linken vornimmt. Es kann aber auch so gut sein, daß sie noch eine Weile auf die Bestätigung der 6 Todesurteile gegen Anhänger der Organisation Devrimci Sol wartet. Ohne auch nur einen einzigen Beweis in der Hand zu haben, wurden diese sechs jungen Leute als Verantwortliche des Mordes an dem Ex-Premier Nihat Erim und dem Polizeipräsidenten von Istanbul, Mahmut Dikler verurteilt.

Daß Proteste aus dem Ausland nicht ganz aussichtslos sind, zeigen die Reaktionen des Juntachefs Kenan Evren, der wiederholt in seinen Reden auf das Problem der Todesstrafe eingegangen ist. In seiner ihm eigenen Logik stellt er die für ihn rhetorische Frage: 'Wir kritisieren niemanden, der die Todesstrafe abgeschafft hat, also hat uns auch niemand dafür zu kritisieren, daß wir die Todesstrafe praktizieren.' Selbst wenn in dieser Äußerung der Wille zur Weiterführung des scharfen Kurses zum Ausdruck kommt, so zeigt sie doch, daß auch ein blutrünstiger General wie Evren durch Proteste aus dem Ausland berührt wird. Aus diesem Grunde sollte der Protest gegen die Todesstrafe allgemein und insbesondere gegen die Vollstreckung in den aktuellen Fällen auf der Tagesordnung stehen.

ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER HINRICHTUNGEN!

VERHINDERN WIR DIE VERNICHTUNG VON WEITEREN JUNGEN LEBEN IN DER TÜRKEI!!!

Folterungen werden nicht mehr verheimlicht

Trotz aller anderslautenden Beteuerungen mußten die Generäle in Ankara zugestehen, daß in der Türkei nach dem Putsch vom 12. September 1980 durchgeführt worden ist. Das gestiegene Ausmaß der Folterungen und der internationale Druck führten sogar dazu, daß der Tod von 15 jungen Menschen unter der Folter offiziell vom Innenminister İlhan Öztürk zugegeben wurde. Selbstverständlich ist die wahre Zahl der Opfer um mindestens ein Zehnfaches höher. Die Kampagne in der türkischen Presse Ende Februar 1982 förderte denn auch interessante Tatsachen zutage. Es gelang der Propagandamaschinerie der Junta nicht, die Folterwürfe zu entkräften. Im Gegenteil, die Kampagne machte auch der Bevölkerung in der Türkei klar, daß eine solche Lügenkampagne notwendig war, weil die Folterungen einfach nicht mehr verheimlicht werden konnten.

Inzwischen haben die Folterknechte längst gemerkt, daß zumindest für interessierte Kreise in Europa die Mißhandlungen in den Gefängnissen und Polizeistationen der Türkei kein Geheimnis mehr sind. Aufgrund der inneren Schwierigkeiten sind sie aber nicht in der Lage, diese Art der Verhöre aufzugeben. Im Gegenteil wird nun die Richtung eingeschlagen, daß man eher auf Europa (d.h. eine Mitgliedschaft in der EG oder dem Europarat) glaubt verzichten zu können und deshalb die Folterungen ruhig offen zugeht.

Die wohl am besten ausgebildete Einheit bei den Folterungen stellt die Gruppe DAL in Ankara dar. Sie besteht aus mehreren Teams, die sowohl Verhaftungen als auch Verhöre durchführen. Dabei werden natürlich Verhaftungen und Verhöre von unterschiedlichen Teams durchgeführt, um eine spätere Identifizierung der Folterer zu erschweren. Die Folterer bei der DAL (die Abkürzung wird verschieden interpretiert, so u.a. 'Staatsuntersuchungslabor' oder 'der Mensch braucht Prügel') sind alle speziell ausgebildet. Als Ausbildungsorte werden lateinamerikanische Staaten, wie Brasilien oder Uruguay genannt. Aber auch die Bekämpfung der IRA soll für die Folterer ein Vorbild gewesen sein. Die Spezialisten in Ankara sind inzwischen soweit geschult, daß sie selber in anderen Orten der

Türkei weitere Folterer ausbilden können.

Der Folterort in Ankara ist auch längst weltweit bekannt. Es ist die Polizeischule hinter dem Polizeipräsidium von Ankara. Im Gegensatz zu dem 10-stöckigen Polizeipräsidium handelt es sich hier lediglich um ein 2-stöckiges Gebäude, das von der Straße aus nicht zu erblicken ist. Die Schilderungen von Gefolterten über diesen Ort liegen inzwischen in sich in Einzelheiten übereinstimmenden Tatsachen vor, sodaß an der Richtigkeit der Angaben nicht mehr gezweifelt werden kann. Es wurde auch schon eine genaue Skizze der Örtlichkeiten veröffentlicht. Nachdem im Jahre 1981 mehrere Delegationen die Türkei bereisten, wurde gemunkelt, daß man diesen Folterort verändern würde und nun an unbekannte Orte umziehen wolle. Diese Pläne sind aber inzwischen in der Schublade verschwunden. Denn man hat keine Skrupel, die Folter vor den Augen der Weltöffentlichkeit durchzuführen. Europäische Politiker kann man sowieso mit einigen beschwichtigenden Worten überreden. Außerdem ist die endgültige Zerschlagung der Widerstandsorganisationen durch die grausamsten Methoden der Folter für die faschistische Herrschaft

wichtiger als die wohlwollende Meinung der europäischen Gremien über die 'zivilisierte' Türkei.

Vor der einheimischen Bevölkerung läßt sich sowieso nichts mehr verbergen. So passierte es dem Vater eines Verhafteten, daß er nach mehreren vergeblichen Versuchen, seinen Sohn im Bullenpräsidium oder bei der Kriegsrachtkommandantur zu finden, schließlich auf dem 1. Kommissariat (politische Polizei) in Ankara die Auskunft erhielt, daß sein Sohn bei der DAL-Gruppe in Behandlung sei. Er bekam ihn zwar nicht zu Gesicht, durfte aber Kleidung für ihn dalassen, da bei den meisten Gefangenen schon nach wenigen Tagen die Kleidung derart zerrissen ist, daß sie ihr Dasein in völliger Nacktheit fristen müssen.

FOLTERER WISSEN WAS SIE ERWARTET

Auf der anderen Seite sind sich die Folterer aber längst darüber im

Klaren, was sie in Zukunft erwartet. Sowohl der Gefängnisdirektor

von MAMAK, Recai Tetik, als auch der Polizeichef von Ankara, Nazmi Derin, übernachten längst nicht mehr in ihren Wohnungen, weil sie täglich einen Anschlag erwarten. Die Junta selbst tat ein Übriges dazu, um die Folterknechte zu entlarven, indem sie eine Liste von Polizeibeamten veröffentlichte, die für ihre Dienste (spricht: Folterungen) belohnt wurden. Es ist bekannt, daß in der Türkei ein Kopfgeld für jeden Gefangenen gezahlt wird. Darüber hinaus werden aber auch gute 'Befragungsergebnisse' belohnt.

Die Gefolterten selber haben aber den größten Verdienst an der Identifizierung ihrer Peiniger. Es sind bisher mehr als hundert Namen bekannt. Aber auch die namentlich nicht identifizierten werden leicht herausgefunden werden können, da Gesichtsausdrücke oder aber auch nur die Stimme dieser Menschen nie wieder aus dem Gedächtnis der Mißhandelten zu löschen sein werden. Die Aussage eines Folterbeamten ist dabei besonders aufschlußreich. Er sagte: 'Wenn ich doch endlich einen Sohn bekommen könnte, sodaß ich wenigstens jemanden habe, der mich rächen kann.' Mit anderen Worten denkt er schon gar nicht mehr an die Rache der Gefolterten, die ihm sowieso gewiß ist. Er macht schon Überlegungen, wie man denn ihn dann wiederum rächen könne.

Hieran wird deutlich, daß die Militärjunta nicht die bürgerkriegsähnliche Situation in der Türkei beendet hat, sondern nur dafür sorgt, daß diese Auseinandersetzungen in Zukunft mit noch größerem Gewalt wieder weitergehen werden. Zumindest in den Gesprächen mit den Gefolterten oder den Angehörigen von Gefangenen wird 'deutlich, daß nun die gesellschaftlichen Widersprüche noch stärker geworden sind. Wenn vor dem Putsch fast nur junge Leute im Alter bis 25 Jahre auf den Straßen gekämpft haben, so haben die Praktiken in den Polizeistationen und Gefängnissen nun das Alter der Widersacher um einiges nach oben geschraubt. Auch 60-jährige werden für ihre Kinder in der Zukunft kämpfen. Das sollten die unerbittlichen Folterer wissen!

Zumindest dieser Fall ist nun erst einmal aufgehoben worden. Das wird aber die Mitglieder der Beratenden Versammlung nicht davon abhalten, weitere Todesurteile zu bestätigen. Quasi als ausgleichende Gerechtigkeit haben sie denn auch die Hinrichtung eines Rechten angeordnet, dessen Kumpane aber wiederum nicht greifbar war, weil er geflohen war. Fikri Arıkan war das Hinrichtungsoffer Nr.14, und dabei der dritte Rechte unter den Hingerichteten. Die Nachricht über die Vollstreckung des Todesurteils wurde weder über Fernsehen noch über Rundfunk bekannt gegeben, und auch die Nachrichten in den Zeitungen waren eher unscheinbar gehalten. Hinrichtungen sind in der Türkei anscheinend etwas Selbstverständliches geworden.

Der Angriff den Junta auf die Sozialdemokratie

Daß es der Junta um die Ausrottung der gesamten demokratischen Opposition geht, wird auch deutlich an den Untersuchungen und Prozessen, die gegenwärtig gegen verschiedene Abgeordnete der verbotenen CHP (republikanische Volkspartei) durchgeführt werden. Die Untersuchungen und Prozesse waren alle unter dem Vorwurf eröffnet, daß diese Abgeordneten Beziehungen zu verschiedenen Berufsorganisationen (DISK, KÖY-KOOP (Dorf-Kooperativen), Friedenskomitee) und politischen Gruppen (Devrimci Yol) unterhalten hätten. Die Berufsverbände waren bis zum 12. September 1980 legale Institutionen. Die Generäle erklärten sie jedoch nach dem Putsch für illegal, womit sowohl Mitglieder dieser Organisationen, als auch Leute, die irgendwelche Beziehungen zu ihnen hatten, als Krimieße abgestempelt und in Prozessen angeklagt werden können. Unter den verhafteten Mitgliedern des Friedenskomitees befinden sich folgende CHP'ler: Kemal Anadol, Nedim Tarhan, Mustafa Galci, İsmail Hakkı Öztürün. Nedim Tarhan wird gleichzeitig als Vorsitzender der KÖY-KOOP unter dem Vorwurf, die DISK durch Teilnahme an 1. Mai-Demonstrationen und durch Solidaritätsschreiben unterstützt zu haben laufen Untersuchungen gegen Nedim Tarhan, İsmail Hakkı Öztürün, Kemal Anadol, Ertugrul Günay, Hikmet Cetin, Ferhat Aslantas, Metin Tüzün, Prof. Haluk Ülman, Rahmi Kumas u.a.

Der Unterstützung der Organisation Devrimci Yol werden die Abgeordneten Ertugrul Günay und Temel Ates beschuldigt, die unter dem gleichen Vorwurf schon vor 12.9.80 in Haft waren, den auf freien Fuß der laufenden Verfahren gesetzt wurden und am 13.4.82 erneut verhaftet wurden.

Im Prozeß wird für sie eine Strafe mindestens 5 Jahren gefordert. Zusätzlich werden gegen beide Abgeordneten Untersuchungen eingeleitet, wonach für beide nach § 146/1 des StGB die Todesstrafe beantragt wird. Im Hauptprozeß gegen DISK wurde der ehemalige Bürgermeister von Istanbul, Ahmet İsvan als 53. Angeklagter festgenommen. Ihm wird die Unterstützung der DISK vorgeworfen.

Schließlich wurde Ecevit zum 3. Mal verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, mit Veröffentlichungen im Spiegel und im Norwegischen Fernsehen gegen Erlaß 52, der die Junta verstoßen zu haben. Dieser Erlaß verbietet den ehemaligen Politikern jeglich Meinungsäußerung über die Regierungsgeschäfte.

FOLTER IM MILITÄRGEFÄNGNIS

Milliyet vom 25.2.1982

Die männlichen Gefangenen, von denen amnesty international behauptet, sie seien gefoltert worden, trafen sich mit Journalisten.

Der Gefangene Mitap: „Ich habe keine Beobachtungen zum Thema Folter im Gefängnis gemacht.“

Die Dev Yol - Angeklagten sagten, sie seien traurig darüber, daß sie von der Presse als Terroristen bezeichnet werden. Ein anderer Angeklagter der Dev Yol, Pekdemir, sagte: „Bezüglich der Disziplin wird im Gefängnis kein Unterschied zwischen rechts und links gemacht, alle werden gleich behandelt.“

Die Gefangenen Oguzhan Müftüoğlu, Nasuh Mitap, Melih Pekdemir, Ali Baspınar und Ulvi Oguz, von denen amnesty international behauptet hat, daß sie gefoltert wurden, haben sich gestern im Militärgefängnis Mamak, in dem sie sich befinden, mit Vertretern der Presse getroffen. Der Angeklagte Nasuh Mitap sagte in Beantwortung der Fragen der Journalisten: „Zum Thema Folter im Gefängnis habe ich keine Beobachtungen gemacht.“

Die Gefangenen des Gefängnisses wurden den Journalisten zunächst im Hof beim Marschieren gezeigt, danach beantworteten sie im Kasino des Gefängnisses die Fragen der Journalisten.

Der Angeklagte der Organisation Dev Yol, Oguzhan Müftüoğlu, der zuerst mit den Pressevertretern sprach, sagte: „Jede Regierung, jede Führung behandelt die Gefangenen entsprechend ihrer eigenen Ansichten. Weiter habe ich nichts zu sagen.“ Später sagte der Angeklagte der Organisation Dev Yol, Nasuh Mitap, „sie seien traurig darüber, daß sie in der Presse als Terroristen dargestellt wurden.“

Der Angeklagte der Organisation Dev Yol, Melih Pekdemir, der sagte er sei ein politischer Gefangener, machte in dem Gespräch mit den Journalisten die Aussage: „die Leitung des Gefängnisses übt keinen Druck aus. Pekdemir, der sagte es gebe keine Beschränkungen bezüglich des Lesens von Zeitungen und Zeitschriften, erklärte, „die Leitung des Gefängnisses habe das Lesen von Schulbüchern zum Lernen erlaubt.“

Die Leiter des Gefängnisses erklärten, daß gegen Gefangene, die sich der Ordnung fügen, nichts unternommen werde, und daß gegen Gefangene, die sich nicht anpassen, entsprechend der Art der Disziplinlosigkeit Strafen nach Entscheidungen der Leitung oder eines Gerichts verhängt werden; die Strafen, die durch ein Gericht verhängt wurden, seien „Besuchverbot“ und „Einzellager“, die, die von der Leitung verhängt wurden, Verbot von Zeitungen, Tee und Zigaretten.

Ein Angeklagter, der im Militärgefängnis Mamak eingesperrt hatte und nach der Bestätigung seines Urteils in ein ziviles Gefängnis verlegt worden war, erklärte in einem Brief, den er von dort schrieb, daß „im zivilen Gefängnis alles erlaubt sei, daß es dort nur keine Ruhe gäbe.“ und sagte, daß er die Ruhe des Gefängnisses Mamak vermisse.

Interview mit dem Direktor des Militärgefängnisses von Mamak, Major Raci Tetik:

Frage: Sie sagten 15 Minuten Gymnastik. Leibesübungen, eine halbe Stunde Hofgang. Aber die Gefangenen sagen, daß sie täglich zwischen 12 bis 14 Uhr gedrillt werden und keine Gelegenheit und Zeit haben, ihre Verteidigung vorzubereiten.

Antwort: Nun, das ist so, mein Herr. Sie wissen, es gibt einen Tagesplan, der nach den Richtlinien erarbeitet wurde. Innerhalb dieses Tagesplanes erteilen wir in den Zellen theoretischen Unterricht über Atatürk, unsere Revolutionsgeschichte. Wir stellen Fragen und geben Erklärungen. Außerdem werden einige Märsche, die es im Gefängnis gilt zu lernen,

und bestimmte Worte auswendig gelernt und aufgesagt. So vervollständigt sich das Tagesprogramm. In diesem Tagesprogramm gibt es wie in einer normalen Kaserne sehr viel Freizeit, also nicht 14 - 15 Stunden, so wie er sagte, sondern sehr viel Freizeit. Aus diesem Grunde finden sie immer Gelegenheit, ihre Verteidigung vorzubereiten.

Frage: Was sind die Prinzipien des Gefängnisses?

Antwort: Die Prinzipien des Gefängnisses, also hier ist zunächst einmal ein Militärgefängnis. Da es ein Militärgefängnis ist, habe ich mich auch mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt, da es doch zivile Gefangene sind, selbst wenn dies ein besonderes Militärgefängnis ist, was ist der Status der Gefangenen? Da man mir mitteilte, daß sie wie Soldaten angesehen werden sollen, möchte ich das hier als Kasernenleben betrachten.

Außerdem gibt es zwischen den Fraktionen und Ansichten überhaupt keinen Unterschied, jeder wird gleich behandelt... Wir möchten die Hausordnung des Gefängnisses komplett anwenden ohne irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Unsere Ansicht ist es, daß alle Ansichten hier unter der Autorität des Staates, in ruhiger Weise, den Anordnungen, d.h. den Prinzipien des Gefängnisses sprechend ein ruhiges Leben führen. Das wenden alle Leute in dieser Form an. Natürlich können sie niemals initiativ werden, das ist ein militärisches Prinzip. Die Initiative liegt immer bei der Verwaltung. Trotzdem versuchen sie, die Initiative in die Hand zu bekommen und einige düstere Geschäfte zu machen. Da wir das verhindern, kommen sehr viele Beschwerden deswegen.

Frage: Was sind das für düstere Geschäfte?

Antwort: Nun ja, sie versuchen sich im Rahmen ihrer eigenen Organisation wieder zu organisieren. Nachrichten von drinnen nach draußen zu bringen, eine Aktion durchzuführen, so etwas... Dagegen gehen wir folgendermaßen vor. Es werden sofort Protokolle angefertigt, es erfolgt eine Anzeige und das Gericht erteilt die notwendige Disziplinarstrafe. Fast alle unsere Maßnahmen sind bei Vorfällen in der Art von Angriffen so.

Frage: Haben Sie bezüglich der Praktiken im Gefängnis amnesty international irgend etwas mitzuteilen?

Antwort: Natürlich. Jedes Land hat seine eigenen Gesetze und ich bin der Überzeugung, daß die Türkei niemals ein Staat ist, der wie bei den Nachbarn mit Diktatur oder Repressionsregimes regiert wurde. Der türkische Staat wird heute durch unabhängige Gerichte und Gesetze geleitet. Selbst das geringste Fliegensummen wird auf gesetzlichen Wegen nach oben gemeldet. Wir verhalten uns nicht wie einige Länder außerhalb nach eigenem Gutdünken, willkürlich, da auch nur die kleinste schlechte Handlung durch die Anwälte, durch die Besucher, und erst recht von den unabhängigen Gerichten, wie wir alle wissen, in verschiedenen Formen nach außen dringt, aber nicht, indem man solch eine Show macht.

Stimme: Die fünf Gefangenen, die den Journalisten vorgezeigt werden sollten, hatten im Hof des Gefängnisses Mamak sich im Schneidersitz vor der Mauer niedergelassen. Ankara sah seit Monaten zum ersten Mal einen sonnigen Tag. Aber die fünf Gefangenen machten nicht den Eindruck, als würden sie das genießen. Zu diesem Zeitpunkt wurden von einem Obergefreiten an die 60 Gefangenen kommandiert und san-

Hürriyet vom 25.2.1982

5 weitere Angeklagte, von denen amnesty international behauptete, sie seien gefoltert worden, wurden der Presse vorgeführt

Von den Angeklagten regte sich Ulvi Oguz, als er die Fragen der Journalisten beantwortete, auf und wurde krank. Der Militärarzt sagte, daß der Angeklagte eine Nervenkrise durchmache...

Die Mitglieder der illegalen Organisation Dev Yol, Oguzhan Müftüoğlu, Nasuh Mitap, Ali Baspınar, Melih Pekdemir und Ulvi Oguz, von denen amnesty international behauptet hat, sie seien gefoltert worden, wurden gestern in dem Militärgefängnis, in dem sie gefangen sind, Vertretern der Presse vorgeführt.

Zunächst bewegten sich die Angeklagten im Garten des Gefängnisses, um zu zeigen, daß ihr Gesundheitszustand in Ordnung ist, danach unterhielten sie sich mit den Pressevertretern.

Der Angeklagte Oguzhan Müftüoğlu sagte zu einer Frage bezüglich der Leitung des Gefängnisses: „Jede Regierung, jede Führung behandelt die Gefangenen gemäß ihrer eigenen Anschauungen.“

Nasuh Mitap antwortete auf die Frage: „Was für ein Gefängnis wollen sie?“ folgendermaßen: „Aus den verschiedensten Gründen habe ich noch keinen Gefangenen gesehen, der gewollt hätte, daß man gegen ihn Maßnahmen ergreift, die außerhalb der Gesetze liegen. Zur Frage, ob im Gefängnis gefoltert wird, habe ich keine Beobachtungen gemacht.“

Der Angeklagte Ali Baspınar beantwortete die Fragen der Journalisten nicht und behauptete, daß seine Worte falsch wiedergegeben werden würden. Der Angeklagte Melih Pekdemir sagte, daß die Gefangenen nicht unterschiedlich behandelt wurden, daß es erlaubt sei, Unterrichtsbücher zu lesen, und daß jede Art von Zeitschriften ins Gefängnis gelangen könnte.

Der Angeklagte Ulvi Oguz war eine ganze Zeit lang mit den Pressevertretern im Garten des Militärgefängnisses Mamak zusammen, er wurde fotografiert. Bei der Beantwortung der Fragen der Journalisten regte sich Ulvi Oguz auf und wurde krank. Oguz wurde deshalb in ärztliche Behandlung gegeben. Der Arzt des Militärgefängnisses Mamak, Militärarzt Mehmet Yıldız, sagte, der Angeklagte mache eine Nervenkrise durch, die man 'konversiyon' nennt.

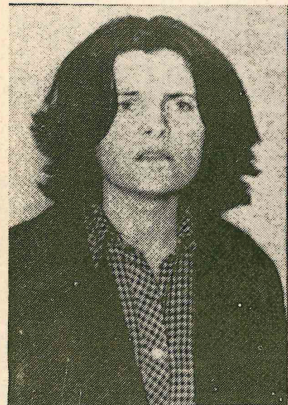
Der Vertreter, der erklärte, daß man im Gefängnis Befehle ausführen wolle, sprach folgendermaßen: „Einige Gefangene wollen die Initiative in die eigene Hand nehmen. Das lassen wir nicht zu. Es gibt auch welche, die die Initiative ergreifen und einige dunkle Geschäfte machen wollen. Zum Beispiel hier wieder Organisationsaktivitäten durchführen oder ähnliches.“

Einige unter den Gefangenen, die ihre Taten bereuen, teilen uns solche mit. Wir ergreifen dann die notwendigen Maßnahmen. Es gibt auch solche, die die diensthabenden Soldaten oder Unteroffiziere angreifen. Solche Fälle übergeben wir, zusammen mit einem Bericht, dem Gericht.

Wir sind ein Staat, der mit unabhängigen Gerichten und Gesetzen regiert wird. Dieses hier ist zudem ein Gefängnis, das unter dem Schutz der Armee Atatürks steht. Wir führen keine anderen Maßnahmen durch, als die Gesetze, die vom Staat angeordnet werden. Hier wird nichts getan, das den Menschenrechten widerspricht.“

... und noch eine weitere Wahrheit

Ja sie lebt noch, aber im Irrenhaus



Aus einem Brief aus der Türkei geht hervor, wie solche Vorfürhungen organisiert wurden:

Auch die Lehrerin Güner Akkus wurde als von ai Totgesagte der Presse vorgeführt. Allerdings ließ man sie nicht selber sprechen.

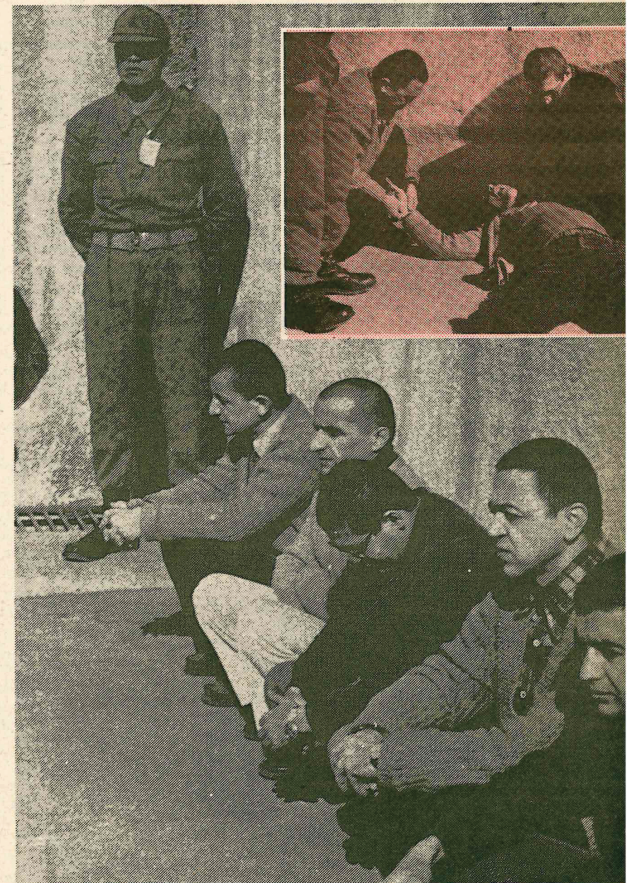
Am 18.10.80 war Güner Akkus mit der Diagnose "schizophrene Reaktion paranoiden Typs" in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Am 19.1.81 wurde sie als haftfähig wieder dem Gefängnis überstellt. Aus den Krankenberichten geht hervor, daß ihr Gesundheitszustand sehr schlecht war, an Fingern und Zehen sowie auf dem Rücken befanden sich viele Hämatome. Auf beiden Handgelenken, an den Dau-

men und den kleinen Fingern befanden sich verbrannte Stellen, durch Elektrizität verursacht. Auch ihr Allgemeinzustand war sehr schlecht. Sie zerbrach die Fensterscheiben ihres Zimmers, schrie bei den Verhören und hatte ständig Angst, gefoltert zu werden. Sie schrie immer: "Sie kommen! Sie werden mich umbringen! Sie haben mich umgebracht!" Aus den Krankenberichten geht auch hervor, daß die Verletzungen durch Fremdeinwirkung hervorgerufen wurden, daß ihre Krankheit erst nach Einlieferung in das Gefängnis aufgetreten ist. Am 20.3.81 wird sie zum zweiten Mal ins Krankenhaus gebracht. Man unterzieht sie einer psychiatrischen Untersuchung und kommt wieder zu der Diagnose "schizophrene Reaktion paranoiden Typs". Außerdem erklärten die Ärzte die Gefangene müsse freigelassen werden, da sie haftunfähig sei. Man entließ sie daraufhin aus der Haft. Am 5.6.81 wurde sie von ihrem Vater erneut ins Krankenhaus gebracht. Wieder wird die gleiche Diagnose gestellt und außerdem festgestellt, daß sie ihren Beruf nie wieder ausführen kann, sie wird als Invalidin vorzeitig pen-

sioniert. Bei der Vorführung im Fernsehen hieß es dann: "Güner Akkus lebt! Sie ist nicht tot, ja, sie lebt sogar in Freiheit!"

Wie fand nun die Vorführung statt?

Einige Leute wurden, ohne daß etwas erklärt wurde, aus ihren Häusern geholt. Auch Güner Akkus holte man so. Man behandelte sie sehr freundlich, sie wurde in einem sehr guten Hotel in Izmir untergebracht. Am nächsten Tag setzte man sie in den Salon eines Hauses. Man gab keinerlei Erklärungen ab für dieses Vorgehen. Plötzlich ging die Tür auf, und die Blitzlichter der Fotografen flammten auf, der Raum füllte sich mit Kameraleuten und Journalisten. Dann war die Vorstellung auch schon zuende. Güner Akkus, der man nicht nur die Freiheit geraubt hatte, sondern deren ganze Persönlichkeit durch die Folterungen zerstört wurde, wurde nach diesem Statistenauftritt ohne weitere Erklärung freigelassen. Man ließ sie selbst kein einziges Wort mit den Zeitungsleuten reden. Die Bilder aber wurden als Beweis für die Unglaublichkeit von amnesty international benutzt.



Vorführung im Gefängnishof. Einer der Gefangenen, Ulvi Oguz, erlitt einen Nervenzusammenbruch (kleines Bild)

IS MAMAK

gen einmal einen Marsch, schrien dann 'wie glücklich bin ich, ein Türke zu sein' und liefen nach militärischer Disziplin. Die fünf Gefangenen ... waren nicht bei der Ausbildung. Der Zweck des Besuches, zu dem ausländische Journalisten nicht eingeladen worden waren, war die Abweisung der Anschuldigungen durch amnesty international. Wie bekannt, hatte amnesty international behauptet, daß die Folter in den Gefängnissen der Türkei weit verbreitet sei, und daß die Zahl der Toten, die während der Gefangenschaft unter Folter starben, mehr als 70 betrage. Soweit es die türkischen Journalisten beurteilen konnten, hatte man die fünf Gefangenen ausgesucht, in der Erwartung, daß sie etwas gegen die Behauptungen von amnesty international sagen würden. Aber diese Vermutung erwies sich nicht als richtig. Zum Beispiel sagte der ausgesuchte Gefangene Nasuh Mitap, daß er im Gefängnis schwer gefoltert worden sei. Das sagte Nasuh Mitap:

Nasuh Mitap: Ich fühle mich nicht so stark, alles zu sagen. Aus diesem Grunde werden meine Aussagen sehr beschränkt sein. Was das Problem der Folter betrifft, es wird gefoltert, stark gefoltert und ich bin durch die Folter zum Krüppel geworden. Das sage ich nicht nur so, ich habe Atteste. Ich sage es wegen der Behauptungen von amnesty international. Es gibt Folter in der Türkei, sogar sehr viel. Wegen Folter bin ich zum Krüppel geworden. Ich habe einen Lendenbruch. Ich konnte lange Zeit nicht gehen. Ich habe viele Freunde unter der Folter gesehen. Darüber gibt es Atteste. Viele Presseleute und Journalisten nehmen eine solche Haltung gegenüber der Folter und den Behauptungen von amnesty international ein: 'Nein, so wie es behauptet wird, gibt es keine Folter in der Türkei.' Dadurch bringen sie uns in Schwierigkeiten. Sie bringen dadurch die Türkei in Schwierigkeiten.

Stimme: Nasuh Mitap wird als Mitglied der Organisation Dev-Yol beschuldigt. Ein anderer Gefangener, der als Dev-Yol Mitglied beschuldigt wird, Melih Pekdemir, sagte, daß man ihn sehr schlecht behandelt habe. Wörtlich:

Melih Pekdemir: Wir möchten wie Menschen leben und Gelegenheit bekommen, uns auf die Verhandlung vorzubereiten. Folter ist etwas Relatives. Es ist richtig, daß es Unterdrückung im Gefängnis gibt. Aus diesem Grunde haben einige Freunde und ich einen 10-tägigen Hungerstreik gemacht, damit wir unser Anliegen an die Öffentlichkeit bringen. Ich weiß nicht, ob es uns gelungen ist oder nicht. Im Gefängnis gibt es Druck. Jeden Tag gibt es 12-14 Stunden Drill. Unter diesen Bedingungen bin ich ein

politischer Gefangener und werde eine politische Verteidigung machen kann man nicht davon reden, daß ich mich auf die Verhandlung vorbereiten kann. Aber wie ich schon sagte, möchte ich das vor Gericht aussagen. Als ein Teil meines Rechtes auf Verteidigung finde ich die Aussage vor Gericht angebracht.

Stimme: Auf die Frage, ob er amnesty international etwas mitzuteilen haben, sagte Melih Pekdemir:

'Ja, derzeit gibt es physischen und psychischen Druck.' Oguzhan Müftüoğlu und Ali Baspinar, denen Mitgliedschaft bei Dev-Yol vorgeworfen wird, lehnten es ab, über Folterungen zu reden. Der ausgewählte fünfte Gefangene, Ulvi Oguz, wurde vor der Gegenüberstellung ohnmächtig und wurde abtransportiert. Ulvi Oguz wird beschuldigt, ein Mitglied der Kommunistischen Partei der Türkei zu sein. Der Gefängnisdirektor, Major Raci Tetik, der die Journalisten begleitete, kommentierte die Ohnmacht von Ulvi Oguz mit den Worten: 'Er macht Schau.' Als ein Journalist erwähnte, daß er die Ansicht eines Arztes vorziehen würde, holte der Direktor den Gefängnisarzt. Der Arzt sagte, daß Ulvi Oguz einen Nerven-zusammenbruch erlitten haben. Er sagte weiter, da dies im Gefängnis von Mamiak sehr verbreitet sei.

Vergangenen Montag wurde in Ankara mitgeteilt, da einige der Personen, von denen amnesty international behauptet, sie seien unter der Folter gestorben, noch leben. Der wegen Beteiligung am Mord an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Hihat Erim zum Tode verurteilte Saadetin Güven, wurde von amnesty als tot gemeldet. Dabei wurde Güven am Montag den Journalisten gegenübergestellt. Die Verantwortlichen von amnesty international, die mit der BBC in Kontakt traten, teilten daraufhin mit, daß sie am 7. September 1981 eine Liste mit 62 Namen den türkischen Behörden zugesandt haben und auf dieser Liste die Namen derjenigen seien, von denen man annehme, daß sie nach dem 12.09.80 unter der Folter umgekommen sind. Zusammen mit der Übersendung der Liste hatte amnesty auch um Mitteilung über die Untersuchung- und Ermittlungsergebnisse gebeten. Saadetin Güven war ebenfalls auf dieser Liste. Als amnesty erfuhr, daß Güven lebte, schrieb man am 1.10.81 an den Botschafter in London und entschuldigte sich mit dem Vorschlag, den Namen von Güven aus der Liste zu streichen.

Übersetzung einer Radiosendung des BBC (Türkischer Dienst) am 23.2.82 (Wdh. am 24.2.82)

DREI NEUE HINRICHTUNGEN

Nach den letzten Hinrichtungen im August 1981 hatte die faschistische Junta mit weiteren Todesurteilen taktiert. Die Ernennung der Beratenden Versammlung und die angebliche Abstimmung über die Verfassung im Herbst 1982 waren Punkte, die in Europa als vielversprechende Schritte auf dem Weg zur 'Demokratisierung' gedeutet wurden. Obwohl neben dem Verbot der bürgerlichen Parteien auch andere Verschärfungen deutlich wurden, hatte der Europarat im Herbst 1981 nicht den Ausschluß der Junta verabschiedet; 'Türkeihilfen' im Rahmen der OECD flossen weiter. Durch diese zustimmende Haltung Europas konnten sich die faschistischen Generäle bestärkt fühlen und ließen am 13.3.1982 drei weitere Linke hinhinrichten: Seyit Konuk, Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Bireslik Maden Is, Necati Vardar, Arbeiter, und Ethem Coskun, ebenfalls Arbeiter.

PROTESTAKTIONEN GEGEN HINRICHTUNGEN

Aus Protest gegen die Hinrichtungen fanden in ganz Europa Protestaktionen statt. In der Bundesrepu-



Weitere Folteropfer

Am 5. März 1982 starb, während der Operationen im Kreis Ünye, ein Mann mit Vornamen Isa.

Während einer Operation des Militärs in Ünye starb ein Devrimci Yol Sympathisant unter schweren Folterungen. Sein Vorname lautete ISA, der Nachname konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die offizielle Todesursache wurde im Bericht des Staatlichen Krankenhauses Ünye mit "Lungenentzündung" angegeben. Wie weiterhin mitgeteilt wurde, wurde eine Person, die wahre Todesursache erfahren hatte und dieses auch den Bewohnern in der Umgebung erzählt hatte, verhaftet und ebenfalls schweren Folterungen unterzogen. Diese Personen soll sich noch immer in Polizeihaft befinden.

Ende Februar wurde während einer Operation des Militärs in Bozova der 40-jährige Süleyman Seker festgenommen unter dem Vorwand, er habe in seinem Haus Revolutionäre versteckt. Er wurde schweren Folterungen unterzogen, an deren Folgen er schließlich starb.

Am 7. März 1982 fand man am Weg von Araban nach Gaziantep die Leiche des 50-jährigen Vakkas Dogru. Vakkas Dogru war einige Zeit vorher von Sicherheitskräften festgenommen worden, um "den Aufenthalt seines Sohnes in Erfahrung zu bringen". Auch er starb an den Folgen von schweren Folterungen.

Bei einer Operation im Dorf Arik bei Sivas Ende Februar wurde ein altes Ehepaar durch Folter schwer verletzt. Bei der Operation, die aufgrund einer Denunziation durchgeführt wurde, verhafteten die Soldaten den 55-jährigen Idris DEGERLI und seine Frau unter dem Vorwand, sie hätten Revolutionäre in ihrem Haus versteckt. Idris Degerli mußte durch die Folterungen schwer verletzt, schließlich in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Aber die Verhöre werden trotz seines schlechten Gesundheitszustandes fortgesetzt.

blik hielten jeweils ca. 200 deutsche türkische und kurdische Kollegen Kundgebungen vor den türkischen Konsulaten in Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Stuttgart und München ab. In Berlin wollten die Alternative Liste, die GEW und amnesty international während der Kundgebung eine Protestnote übergeben, deren Annahme der Konsul jedoch verweigerte. In Essen wurde am 27.3.82 vor dem Konsulat protestiert. Konsulatsangehörige versuchten, die Besucher dazu zu bringen, "Tod den Kommunisten" zu rufen, aber nur zwei Konsulats-

beamte folgten dieser Aufforderung. In Holland wurden in Amsterdam, Rotterdam und Den Haag Kirchen, sowie in Arnheim das Haus des Gewerkschaftsverbandes besetzt. Auch in Paris und Kopenhagen fanden Kundgebungen vor den Konsulaten statt. Die Aktionen gewannen sowohl von seiten der Presse als auch seitens der Bevölkerung große Aufmerksamkeit und Unterstützung. Organisiert wurden die Kundgebungen von BIRKOM und verschiedenen anderen Organisationen.

"Wenn es ein Vergehen ist, die Wahrheit zu sagen..."

Der Dozent und Schriftsteller Ismail Besicki wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Re wird damit bestraft für seine wissenschaftlichen Untersuchungen und seine Meinung über die Kurdenfrage. Ihm wird vorgeworfen, in einem Brief an die Schweizer Schriftsteller-Gewerkschaft, den Kemalismus schwer beleidigt zu haben, in fanatischer und ungerechtfertigter Weise legale Institutionen des türkischen Staates wie Justizeinrichtungen, politische Parteien, Massenmedien und Gewerkschaften kritisiert zu haben und behauptet zu haben, daß der türkische Staat die Menschenrechte nicht achtet. Damit habe er das Ansehen des türkischen Staates schwer geschädigt und sei "Im Namen des Volkes" zu 10 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Verbannung zu verurteilen.

Ismail Besicki, selbst Türke, hat sich in Untersuchungen und Veröffentlichungen mit der Lage des kurdischen Volkes beschäftigt, und hat die Behauptung es gebe kein kurdisches Volk, zurückgewiesen. Er war Dozent an Universitäten in Ankara und Erzurum und beschäftigte sich auch wissenschaftlich mit der Situation der Kurden. Er war schon 1978 wegen separatistischer Propaganda zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die er im Istanbul Gefängnis Toptasi absaß. Aus der Haft heraus schrieb er am 14. August 1980 den besagten Brief, der zufällig bei einer Durchsuchung seiner Zelle gefunden wurde. Der Hauptvorwurf, nämlich Beleidigung des Kemalismus, bezieht sich auf eine Stelle in diesem Brief, die lautet: "Die herrschende Ideologie in der Türkei verleugnet die Existenz einer kurdischen Nation und der kurdischen Sprache. Eine der Grundlagen dieser Ideologie, die man kurz als Kemalismus bezeichnen kann, daß sie scharf anti-kurdisch ist. Daß sie rassistisch und kolonialistisch ist. Und diese herrschende Ideologie wird akzeptiert von den türkischen Universitäten, den türkischen Justizorganen, den türkischen politischen Parteien, den Massenmedien..."

In seiner Verteidigung sagte Ismail Besicki: "In dem Brief habe ich die Kurdenfrage erklärt. Ich habe Tatsachen ausgedrückt; die Wissenschaft kann man nicht verleugnen, deshalb kann man keine Person verurteilen. ... Das Ansehen des türkischen Staates im Ausland wird viel mehr dadurch geschädigt, wenn es ein Vergehen ist, die Wahrheit zu sagen..."

STOPPT DIE HINRICHTUNGEN, FOLTER MASSAKER!

TÜRKEI



- Einstellung der Türkeihilfe
- Gegen Abschaltung des Asylrechts
- Gegen Ausländerfeindliche Märsche
- Solidarität mit türkischen und kurdischen Volk

Terror der Junta :

- 11 Hinrichtungen
- 4000 Anträge auf Todesstrafe
- 664 Erschossene
- 108 Folteropfer
- 170.000 Festnahmen

KURDISTAN



ZENTRALE DEMONSTRATION

Gegen die Faschistische Junta!

Samstag, 8 Mai 1982, 11 Uhr Duisburg, König-Heinrich Platz



amnesty international
Sektion der Bundesrepublik Deutschland
Türkei-Koordination
Postfach 600 104
2 Hamburg 60

Folgende Liste wurde von dem Internationalen Sekretariat von amnesty international in London veröffentlicht:

Following are names of 77 prisoners reported to have died in custody in Turkey. These are the prisoners referred to in the 22/1/82 news release which said more than 70 prisoners were reported to have died since the military coup 16 months earlier.

- ZEKI YUMURTACI
- MUSTAFA CEVCI
- ANNEL ARIDIN CEVLAN

- MEHMET ALI KILIC
- HULUSI TALAK
- OSMAN KARADUMAN

GESUCHT: Sündenböcke für die deutsche Wirtschaftskrise

Entwicklung in der Ausländerpolitik der BRD, zunehmende Ausländerfeindlichkeit seit den Beschlüssen vom 4.12.81 und was dagegen getan wird.

Ausländische Arbeitnehmer in der BRD dürfen sich zur Zeit glücklich schätzen, Tagesthema auf der Titelseite einer jeden Zeitung zu sein. Ein sehr zweifelhafter Ruhm zwar, denn die Berichterstattung ist nicht gerade positiv, - aber immerhin, nachdem 25 Jahre lang kaum jemand glaubte, sich mit dem Thema beschäftigen zu müssen, zerbricht sich nun ein jeder den Kopf über das "Ausländerproblem". Das geschieht zwar in der Regel mit Überlegungen zur Ausländerabschreckung bzw. -beseitigung, - aber immerhin, durch tägliche genaueste Berichterstattung wird der Bevölkerung eingeredet, daß die Ausländer an der aktuellen Wirtschaftskrise schuld sind. Hurral: Die Nation hat (mal wieder!) ihre Sündenböcke.

Daß die Ausländerpolitik in der BRD schon immer an die Erfordernisse der bundesdeutschen Wirtschaft gekoppelt war, ist nicht neu. Das zeigt ein kurzer Abstecher in die Geschichte der Ausländerpolitik:

1956-1972 wurden die sog. "Gastarbeiter" aus Italien, Griechenland, Spanien, Türkei, Portugal und Jugoslawien angeworben. Ursprünglich hatte man an die Verwirklichung des Rotationsprinzips gedacht, d.h. die ausländischen Arbeitnehmer werden nur auf Zeit angeworben und müssen nach einem gewissen Zeitraum wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Dies ließ sich jedoch nicht verwirklichen denn die Industrie hatte kein Interesse daran, gerade angelernte Kräfte wieder freizugeben und nachfolgende Arbeiter wieder neu einzustellen. Dieses Prinzip hätte der Industrie weitere Kosten "zusätzlich" verursacht, was vermieden werden sollte. Da aber weiterhin ein Bedarf an ungelehrten und angelernten Arbeitskräften bestand, folgte

1964 der Beschluß der Innenministerkonferenz zur Familienzusammenführung. Diese, seinerzeit als humanitäre Maßnahme verkaufte Entscheidung hatte den Vorteil, daß verstärkt billige Arbeitskräfte ins Land kamen, die zudem relativ niedrige "Folgekosten" verursachten. Denn natürlich waren an die Familienzusammenführung bestimmte Bedingungen geknüpft, so z.B. das Arbeitsverhältnis des bereits in der BRD lebenden Teils der Familie mußte fortbestehen und es mußte ausreichender Wohnraum vorhanden sein, bevor weitere Familienmitglieder nachziehen konnten.

1973 brachte den "Ölschock" und damit verbunden eine erste Flaute in der deutschen Konjunktur. Zunehmende Arbeitslosigkeit führte in diesem Jahr zum Anwerbestop für Angehörige aus Nicht-EG-Ländern.

1974-1973 wurde die Stichtagsregelung gehandhabt. Ausländer, die nach einem bestimmten (je nach Arbeitsmarktlage immer wieder verschobenem) Datum in die BRD einreisten, durften nicht arbeiten. Da sich zu diesem Zeitpunkt doch einige Stimmen zu Wort meldeten, die den un-

sicheren Rechtsstatus der ausländischen Arbeitnehmer beklagten, wurden diese

1978 mit der Verfestigung des Aufenthaltsstatus für Ausländer, die bereits länger als 5 bzw. 8 Jahre in der BRD arbeiteten, befriedet. Die unzureichende Ausländer- und Sozialpolitik der Bundesregierung führte im Laufe der Jahre zu immer größeren Problemen im schulischen oder wohnungspolitischen Bereich und zwang den damaligen Beauftragten für Ausländerfragen (ein Posten für anderweitig nicht mehr verwertbare Politiker).

1979 sich intensiv mit der Frage nach der Zukunft der ausländischen Arbeitnehmer zu befassen. Es folgte das Kühn-Memorandum, aus dem klar hervorging, daß "Integrationsbemühungen" nur für die sog. 2. und 3. Generation in Frage kommen, da sie durch entsprechende Ausbildung bereits für den deutschen Arbeitsmarkt präpariert war. Die erste Generation - so Kühn - müsse sich darüber klar werden, ob sie in der BRD bleiben wolle - sich also integrieren - oder in die Heimat zurückkehren wolle.

Der aufkeimenden Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Jugendarbeitslosigkeit versuchte man im Bereich der Ausländerpolitik 1980 mit der Wartezeitregelung zu begegnen. Nachziehende Familienangehörige durften 3 Jahre nach dem Datum ihrer Einreise in die BRD nicht arbeiten. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich die Entwicklung der Ausländerpolitik zu dem, was sie heute ist, ab. In diesem Jahr wurden die Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Integration der 2. Ausländergeneration gefaßt, die bereits andeuteten, daß künftig keine "Seiteneinsteiger" mehr integriert werden sollten. Parallel dazu lief die Einführung des Visumszwangs für Einreisende aus der Türkei.

Mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise gipfelte diese Ausländerpolitik in die im Dezember 1981 gefaßten Beschlüsse des Bundeskabinetts zur "sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs". Über diese Beschlüsse berichteten wir bereits im Türkei-Info Nr.12 ausführlich.)

Sie werden sicherlich noch nicht den absoluten Höhepunkt der Ausländerabschreckungspolitik darstellen, denn bereits bei der Konferenz der Innenminister am 29.4.82 in München soll wieder über das Thema Familienzusammenführung geredet und beschlossen werden. Zur Diskussion steht u.a. auch die Reduzierung des Einreisalters von 16 auf 12 bzw. 6 Jahre. Damit bewahrheitet sich die Aussage des Ministerialdirektors Dr. Schiffer, der anläßlich der 18. Cappenberger Gespräche der Frhr.-vom-Stein-Gesellschaft am 26.1.82 frank und frei gestand: "Die Bundesregierung hat - wie ich bereits dargestellt habe - ihre ausländerpolitischen Entscheidungen jeweils auf die Umstände, die sich veränderten, abgestellt. Wir stehen also nicht erst am Anfang einer Ausländerpolitik. Künftig werden die

bisherigen Maßnahmen fortgesetzt werden müssen."

Neu- und besonders gefährlich - ist an der Ausländerpolitik der Jahre 1981/82, daß die Ausländer die Schuld für die Krise tragen sollen. Das geschieht so glaubhaft und durchgängig, daß die Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung innerhalb des vergangenen Jahres erschreckende Ausmaße angenommen hat. Wenn heute bereits in Witzen eine Verbindung zwischen Juden und Türken hergestellt wird, geschieht dies nicht von ungefähr, und zeigt eine gefährliche Tendenz innerhalb der Bevölkerung an, die den Regierenden eine Warnung sein sollte. Die momentan verfolgte Ausländerpolitik unterscheidet sich in manchen Punkten nur in der Terminologie von Forderungen, die die NPD zum Thema Ausländerpolitik stellt und ist dazu geeignet, große Teile der Bevölkerung in die Arme der Faschisten zu treiben.

Wir wollen versuchen, im folgenden die ausländerpolitischen Grundannahmen der Bundesregierung aufzuzeigen und einen Teil der Reaktionen, die in der Bevölkerung - oft von der NPD gesteuert - entstehen, darzustellen.

1. Das wohl am häufigsten gebrauchte Argument, die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft seien erreicht bzw. überschritten, wird auch in den Medien als das gängigste gehandelt. Indikator für die Grenze der Aufnahmefähigkeit sollen dabei u.a. die schul- und wohnungspolitischen Probleme der BRD sein: weil Ausländer in der BRD sind, finden Deutsche keine Wohnungen mehr, die Schulmisere liegt einzig und allein an der Anwesenheit ausländischer Kinder an deutschen Schulen. Ein ideales Argument, um jahrelange Fehler in der Wohnungsbau- und Schulpolitik diskret zu kaschieren. Denn "Es sind die städtebaulichen Fehlentwicklungen, die zu der unwürdigen Wohnsituation der Ausländer wie auch der Deutschen und zu Ausländerkonzentration geführt haben. Die soziale Infrastruktur in Arbeitervierteln (Kindergärten, medizinische Versorgungseinrichtungen, Freizeitangebote) war und ist mangelhaft, und nicht erst durch die Ausländer verursacht...." (Jan Vink in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, 1/82)

Genau mit diesem Argument arbeiten aber zahlreiche Initiativen, die von der NPD durchgesetzt sind, wie z.B. die Initiative Ausländerstopp, die Unterzeichner des "Heidelberger Manifestes" und die "Listen zur Ausländerbegrenzung", die in einzelnen Bundesländern bei den Kommunalwahlen bereits erste Erfolge erzielen konnte (Kiel: 8 % der Stimmen für diese Liste). Mit diesem Argument fängt man aber auch Leute, die nicht potentielle Rassisten oder Faschisten sind, indem man vorhandene Ängste schürt. So bilden sich immer mehr Initiativen von deutschen Eltern, die ihre Kinder nicht mehr in Schulen mit hohem Ausländeranteil schicken wollen, oder eine Initiative "deutscher Gastronomen", die sich gegen die Überfremdung des

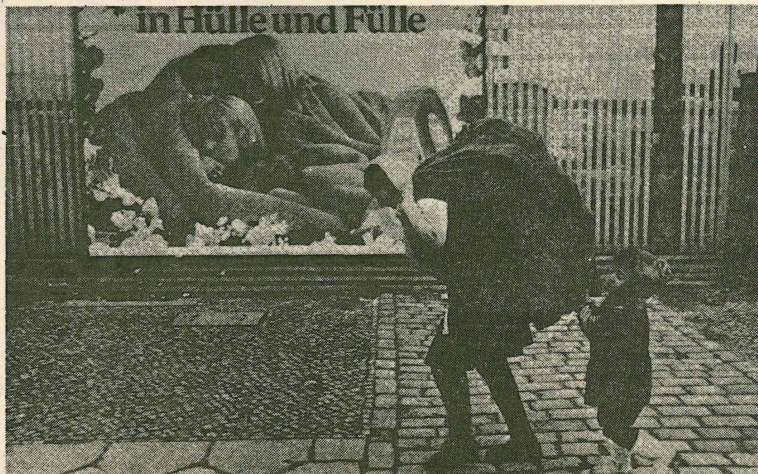
deutschen Gaststättengewerbes durch ausländische Lokale richtet. Mit Entsetzen ziehen wir hier Parallelen zu Deutschlands brauner Vergangenheit:

z.B. in Frankfurt wandten sich 1933 die Elternbeiräte der Brüder-Grimm-Schule an den Direktor mit der Forderung, den jüdischen Lehrer zu entlassen, da er eine Gefahr für die Kinder darstelle. In der "Reichskristallnacht" wurden die Schaufenster jüdischer Geschäfte zertrümmert, 1982 werfen jugendliche Faschisten die Schaufenster türkischer Geschäfte in Bochum und Umgebung ein.

Ausländerfeindliche Aussagen auch von dem Durchschnittsbürger, der die Meinungsmache blind akzeptiert und ihre Argumente übernimmt: nach einer Fernsehdiskussion zwischen Ausländern und deutschen Politikern am 7.4.82 erhält der Hessische Rundfunk 80 zum Teil anonyme Anrufe, die sich alle gegen die ausländischen Arbeiter richten.

2. Das zweite, von NPD und CDU/CSU gleichermaßen verwendete Argument lautet: Die Zuwanderung bzw. Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer in der BRD belastet die deutsche Kultur und verhindert die Wiedervereinigung. Die BRD als "Vielvölkerstaat" wird als Schreckgespenst hingestellt, und spukt auch in den Köpfen derjenigen CDU-Abgeordneten, die in einem Entschließungsantrag vom 25.11.81 an den deutschen Bundestag feststellten, daß die BRD ein "nationaler Einheitsstaat" sei und "Teil einer gespaltenen Nation". Die Initiative "Ausländerstopp" spricht offen von der "Erhaltung des deutschen Volkes und seiner Identität" und von dem "Naturrecht des Volkes auf Erhaltung seiner Eigenart" und ruft damit auch unpolitische Leute in ihre diversen Initiativen. Die großen Chancen einer multikulturellen Gesellschaft aufzuzeigen, wird eine der Hauptaufgaben der Zukunft sein. 3. Das dritte Argument, die Zuwanderung von Ausländern fördere ausländerfeindliche Tendenzen in der bundesdeutschen Bevölkerung, ist besonders zynisch: eine Regierung, die selbst vor den menschenverachtendsten Maßnahmen in der Ausländerpolitik nicht zurückschreckt, die Ausländer auch rechtlich als Menschen zweiter Klasse einstuft, die Ausländer zu Sündenböcken degradiert und nach Belieben repressiv behandelt, kann sich nur scheinheilig über die Ausländerfeindlichkeit wundern, die sie selbst toleriert und produziert!

Würden ausländerpolitische Themen von der Regierung positiv angegangen, wie dies z. B. im Fall der Aufnahme von vietnamesischen Flüchtlingen in der BRD war, wäre die Bevölkerung auch eher bereit, Ausländer als Mitbürger zu akzeptieren. Eine rechtliche Gleichstellung von Deutschen und Ausländern wäre dazu unerlässlich. Dies liegt aber keineswegs im Interesse dieser Regierung, die damit ihre billigen Sündenböcke verlore. Ebenfalls liegt es nicht in ihrem Interesse, ausländerfeindliche Tendenzen durch eine verschärfte Gesetzgebung entgegen-



genzutreten. Aussagen wie die folgende der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 24.11.80 auf eine Anzeige wegen des Tatbestandes der Volksverhetzung zur Wahlpropaganda der NPD sprechen für sich und bedürfen keiner weiteren Kommentierung: "Weder mit diesem Begehren (Ausländer Raus!) selbst, noch mit den gewählten Formulierungen auf dem Wahlplakaten wird erkennbar zum Haß gegen die in der BRD lebenden Ausländer aufgestachelt oder zu Gewalt und Willkürmaßnahmen gegen sie aufgefordert.... Letztlich hält sich diese Wahlpropaganda im Rahmen des durch Art. 5 GG verfassungsmäßig geschützten Rechts auf freie Meinungsäußerung."

4. Als viertes Argument zur Begründung repressiver Maßnahmen verwendet die Bundesregierung verbürgte Rechte der Ausländer, die zu Mißbräuchen erklärt werden - tatsächliche Mißbräuche werden hochgespielt. So werden z.B. kurzerhand in den Medien alle Ehen zwischen Deutschen und Ausländern generell als "Scheinehen" hingestellt, die aus ausländerrechtlichen Gründen geschlossen werden. Parallel dazu wird die Eheschließung erheblich erschwert bzw. von einigen Standesämtern unmöglich gemacht. Parallel zu dieser Argumentation läuft die ständige Verquickung von Ausländern- und Asylpolitik, die die Diskussion erschwert. Angeblich mißbräuchlich gestellte Asylanträge werden einerseits von der Presse und den Parteien hochgepuscht, während auf der anderen Seite nichts getan wird, um illegalen Geschäftemachern, die Asylbewerber für einen Hungerlohn "schwarz" beschäftigen, das Handwerk zu legen.

Diese Argumente, gekoppelt mit der Behauptung, man habe bei allen Beschlüssen nur das Wohl der Ausländer im Auge, werden hierzulande eifrig verbreitet, denn sie lenken von Misseren ab, die es auch in anderen Bereichen gibt. Solange es die Ausländer als Sündenböcke gibt, auf die man Krisen und Misere abschieben kann, verhindert man auch eine Solidarisierung deutscher und ausländischer Arbeiter. Mehr noch, man spaltet Deutsche und Ausländer, indem man ihnen vorgaukelt, ihre Interessen seien unterschiedlich. Und man spaltet die Ausländer untereinander, indem man Ausländer und EG-Ausländer säuberlich trennt, ungleich behandelnd und diese Ungleichheit gegeneinander ausspielen läßt. Dabei hat in der BRD der Abbau demokratischer Rechte auch für Deutsche bereits seit langem begonnen. Berufsverbote, Entlassungen und Sozialabbau treffen Deutsche und Ausländer in gleichem Maße und können auch nur gemeinsam bekämpft werden.

Fortsetzung letzte Seite

Wie sieht es aber mit dem gemeinsamen Kampf aus?

Aktionen gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit und die Beschlüsse des Bundeskabinetts kamen zunächst nur mühsam in Gang. Als erstes waren es (leider wieder einmal)

Deutsche - meistens Intellektuelle - die auf die Beschlüsse mit öffentlichen Erklärungen reagierten. Die Breite, in der diese Stellungnahmen abgegeben wurden, signalisiert u.E., daß zahlreiche Kräfte erkannt haben, daß die repressive Ausländerpolitik der Bundesregierung einen Teil des Rechtswidrigen darstellt, den die BRD gerade vollzieht. Von den Wohlfahrtsverbänden über Kirchen und Einzelgewerkschaften bis hin zu prominenten Einzelpersonen waren Verlautbarungen zu hören, die außer der humanitären Komponente auch eine stark politische Komponente enthielten. Sehr klar Stellung bezog eine Gruppe deutscher Professoren, die sich in einem "Gegenmanifest" zum "Heidelberger Manifest" gegen die zunehmende Repression in der Politik wandten: "... Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der BRD und die Betonung unserer nationalen Rechte durch führende Politiker unseres Landes haben in der öffentlichen Meinung des Auslandes Skepsis und Bestürzung im Hinblick auf die Stabilität unserer demokratischen und humanen Gesinnung hervorgerufen. Es besteht Anlaß, daß wir uns entscheiden, ob wir mit der Berufung auf unsere "völkisch-nationalen" Rechte in die Isolation zurückkehren wollen, an deren Aufhebung wir nach 1945 mühsam gearbeitet haben oder ob wir ein humanes Glied der Gemeinschaft der Völker sein wollen..."

Nach anfänglichem Schweigen wandten sich Anfang des Jahres auch ausländische Organisationen und deutsch-ausländische Initiativgruppen mit Protesten an die Öffentlichkeit. Zunächst entstanden auf lokaler Ebene Initiativgruppen und Komitees, an denen sich ausländische und deutsche Organisationen und Einzelpersonen beteiligen. In diesen Initiativen soll versucht werden,

- a) Aktivitäten zu koordinieren.
- b) Methoden für eine Aufklärungsarbeit der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zu erarbeiten.
- c) öffentliche Stellungnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit und Ausländerpolitik abzugeben.

Diese auf regionaler Ebene angefangenen Initiativen setzten sich fort auf Bundesebene, wo ebenfalls eine Koordination versucht wird. Die bundesweite Initiative hat einen Aktionstag anläßlich der Bundesinnenministerkonferenz vorbereitet und wird am 4.

6. Juni d.J. einen Arbeitskongreß durchführen, bei dem hauptsächlich die Einschätzung der momentanen betriebenen Politik diskutiert werden soll. So positiv wir diese ersten Ansätze gemeinsamen Handelns bewerten wollen, haben wir auch einiges kritisch anzumerken:

- a) Der Aufruf zu der Initiative erfolgte in aller Regel durch deutsche Initiativen, die die Ausländer zum Mitmachen einluden. Eine Initiative von Seiten der Ausländer gab es nicht.
- b) In den Initiativen ergibt sich oft eine Interessendiskrepanz zwischen Leu-

en, die sozialarbeiterisch und denen, die politisch arbeiten wollen. Unterschiedliche Einschätzungen der Ausländerfrage werden um der Aktion willen oft nicht diskutiert, verhindern aber eine sinnvolle Arbeit.

c) Deutsche Organisationen, die sich an den Initiativen beteiligen, sind in der Regel ohne jegliche Vorkenntnis über die vergangenen 25 Jahre Ausländerpolitik und haben demzufolge ein großes "Bildungsbedürfnis". Dies soll über Kongresse und Tagungen, bei denen wieder einmal "über" Ausländer diskutiert wird, befriedigt werden. Berechtigte Ablehnung solches Vorgehens durch ausländische Organisationen stößt auf taube Ohren. Betätigten sich Deutsche also wieder nur sozialarbeiterisch?

d) Umgangssprache bei den Sitzungen der Initiativen ist "selbstverständlich" Deutsch. Aufgrund der sprachlichen Vorteile, die Deutsche gegenüber Ausländern oft besitzen, fallen wichtige Diskussionsbeiträge ausländischer Genossen häufig unter den Tisch.

Wir denken, daß die unterschiedlichen politischen Interessen von Ausländern und Deutschen an einem solchen Bündnis klar ausdiskutiert werden müssen, was evtl. zwangsläufig dazu führt, daß ein alle Gruppierungen umfassendes Bündnis unmöglich ist. Wir müssen endlich damit aufhören, sozialarbeiterische Stellvertreterpolitik zu machen. Die Ausländerfrage in der BRD ist eine Minderheitenfrage und muß auch politisch gelöst werden. Dieser Minderheit stehen Rechte zu, die gemeinsam erkämpft werden müssen. Die Forderung nach dem Kommunalen Wahlrecht für Ausländer kann dabei nur eine Minimalforderung sein. Den zu führenden Kampf können und dürfen aber deutsche und ausländische Intellektuelle nicht allein führen. Es ist unerläßlich, daß deutsche und ausländische Arbeiter sich gemeinsam für die Durchsetzung ihrer Rechte als Arbeiter einsetzen. Das bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt, daß sowohl deutsche als auch ausländische Organisationen einen Bewußtseinsprozeß in Gang setzen müssen, der vermutlich sehr langwierig und schwierig sein wird.

Obwohl die deutschen bürgerlichen Parteien bereits vor 25 Jahren ausländerpolitische Konzepte aufstichteten, fehlt bei fast allen linken Gruppierungen eine Auseinandersetzung mit dem Thema. Andererseits haben es auch die ausländischen demokratischen Organisationen jahrelang versäumt, sich intensiv mit der Frage der ausländischen Minderheit auseinanderzusetzen. Vielmehr war ihre Arbeit jahrelang hauptsächlich auf die Verhältnisse im Heimatland gerichtet. Die Annahme deutscher Politiker, die ausländischen Arbeitnehmer kehrten eines Tages ohnehin in die Heimat zurück, wurde von ihnen bis zu einem bestimmten Punkt sogar geteilt und die Erarbeitung eines Programms für die ausländische Minderheit gemeinsam mit der deutschen Linken als

unnötig betrachtet. Diese Politik, die mit dem Fuß in der BRD und dem Kopf in der Heimat gemacht wird, verkennt, daß die ausländischen Arbeitnehmer in der BRD zwar ein Teil ihrer Heimatgesellschaft sind, aber gleichzeitig auch ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft. Die Lösung der Probleme dort und hier kann also nur unter Einbeziehung der deutschen Bevölkerung geschehen. Der Versuch einer gemeinsamen Organisierung könnte ein erster Schritt in Richtung auf dieses Ziel sein.

Indes, ist es kein Zufall, daß der letzte Satz im Konjunktiv steht, die wohl beliebteste Form Artikel zuende zu bringen und Ansprüche zu formulieren, dennoch sehen wir uns nicht in der Lage, in diesem Rahmen ein fertiges Programm zur Ausländerfrage zu entwickeln; Versäumtes aus 15 Jahren läßt sich eben nicht auf einer Zeitungsseite nachholen.

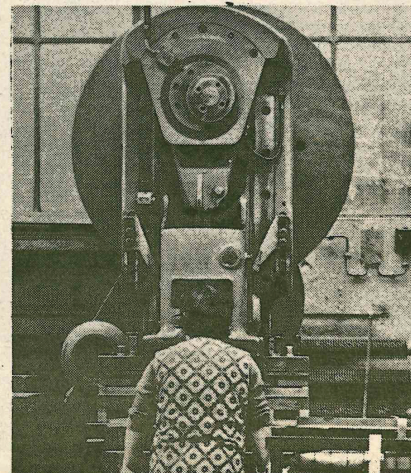
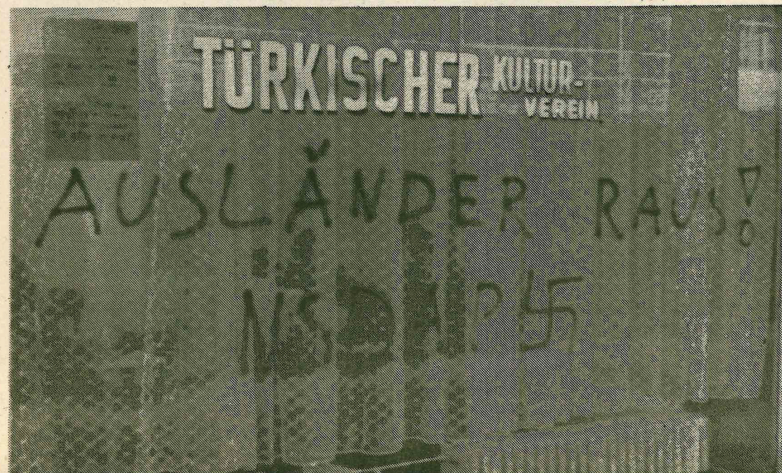
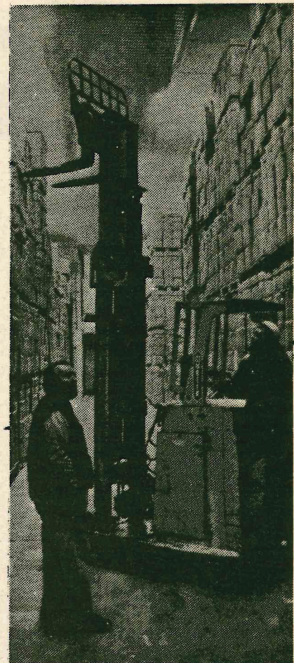
Alein die Tatsache, daß die ausländischen Mitbürger, bis heute sind es 4,5 Millionen, seit ihrer Ankunft in der BRD vor ca. 20 Jahren bislang ohne politische Vertretung geblieben sind, sei hier Beispiel genug.

Aber um einerseits der Formierung rechter Aktivisten und andererseits der staatlich sanktionierten Ausländerfeindlichkeit begegnen zu können, sind unserer Meinung nach einige Grundvoraussetzungen zu erfüllen.

Es müssen politische Forderungen entwickelt werden, die konsensfähig für ein breites Bündnis aller gegen Ausländerfeindlichkeit gerichteten Initiativen und Organisationen sind.

Wir werden außerdem nicht umhinkommen, einen bundesweiten organisatorischen Zusammenhang zu schaffen, in dem sich alle Initiativen und Gruppen, die von deutscher Seite aus gegen die Verschärfung der Lebensbedingungen für Ausländer arbeiten und die ausländischen Arbeiterorganisationen selbst wiederfinden können. Das soll nicht heißen, daß wir jetzt für die Schaffung eines organisatorischen oder zentralistischen Wasserkopfes sind, aber wir sind der Ansicht, daß das Problem der Ausländerfeindlichkeit nicht allein durch lokale Initiativen, die es bis jetzt dagegen gibt, gelöst werden kann. Wir gehen davon aus, daß, vorausgesetzt unsere Ideen sind durchführbar, wir auf diese Weise ein Druckmittel in der Hand halten würden, mit dem sich längerfristig politische Forderungen durchsetzen ließen.

Trotz der leidigen Erfahrung mit bundesdeutscher Vereinsmeierei und der Klängelei ausländischer Organisationen glauben wir nicht, daß wir hier Zweckoptimismus versprühen, wenn wir an die Durchführbarkeit dieser Ideen glauben. Denn längerfristig wird, wenn wir hier überleben wollen, uns nichts anderes übrigbleiben, als den Gruppenhader dahin zu stellen, wo sein Platz ist, nämlich auf Platz zwei der Tagesordnung.



Fabrikbesetzung bei Rockwell Golde in Frankfurt

Letzte Meldung

Rockwell Golde, die zweite Betriebs-schließung innerhalb des letzten halben Jahres, die, neben Massenentlassungen bei Adler, in Frankfurt ins Haus steht? Mindestens 120 Arbeiter von insgesamt 340 sollen entlassen werden, um dem Betrieb die Konkurrenzfähigkeit wiederzugeben, die sich sonst nur durch eine vollständige Produktionsverlagerung ins Ausland wiederfinden ließe; so die Frankfurter Betriebsleitung in den vergangenen Tagen.

Wiederum sind in erster Linie ausländische Kollegen von den drohenden Entlassungen betroffen. 70 % der Belegschaft sind Ausländer (Türken, Spanier, Griechen, Italiener), die größte Gruppe davon sind die türkischen und kurdischen Arbeiter.

Der Konflikt um den Erhalt der Arbeitsplätze hat sich bereits vor einigen Wochen abgezeichnet, als die Firmenleitung verkündete, daß sie die Fensterheber-Produktion, die neben der Schiebedächer-Fertigung bis dato ungefährdet Produktionsabteilung bei Rockwell Golde, ins Ausland verlegen wolle. Arbeitsplätze, so die Chefs, seien durch diese Maßnahme nur geringfügig gefährdet. Mit diesem Hinweis wurden die mittlerweile unruhig gewordenen Arbeiter wieder an ihren Arbeitsplatz geschickt und aufgefordert, nicht durch ihr, den Betriebsfrieden störendes Verhalten die Arbeitsplätze zu riskieren. Den Betroffenen, ohne konkrete Beweise mit denen sie ihre Befürchtungen hätten belegen können, blieb nichts anderes übrig, als zunächst einmal abzuwarten.

Ende März wurden dann die 120 Entlassungen von der Geschäftsleitung angekündigt. Auf Intervention des Betriebsrates sollten zwar wieder 20 Entlassungen zurückgenommen werden. Ein Kompromiß indessen, von dem die betroffenen Arbeiter nicht sonderlich begeistert sind und die daraufhin, ein deutliches Zeichen setzend, am Freitagabend (16.4.) sich zu einer Betriebsbesetzung mit 'open end' entschlossen, um damit alle gefährdeten Arbeitsplätze zu retten. Als erste Reaktion hatte die Betriebsleitung den Hauptstromschalter für den Betrieb auf Null gestellt, was von den betroffenen Arbeitern als 'kalte Absperrung' interpretiert wird. Neben den Solidaritätsadressen, die vermehrt bei den Besetzern eingehen, erhalten sie aktive Unterstützung durch Freunde und Familienangehörige, während die IG Metall eher durch vorsichtiges Taktieren bzw. mit zurückhaltender Solidarität die Aktion unterstützt.

Sollte die Aktion der Arbeiter keinen Erfolg haben, oder der Betrieb tatsächlich ins Ausland verlegt werden - eine Befürchtung, die nur allzu berechtigt ist, denn schließlich läuft eine Teilverlagerung der Produktion, wie sie bereits geplant ist, auf ein Austrocknen des Frankfurter Betriebs hinaus - dann hätte dies insbesondere für die ausländischen Kollegen eine enorme Belastung zur Folge. Denn einmal ist es in dieser, durch Entlassungen im Metall-Bereich sowieso schon belasteten Region nicht möglich, einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden, zum anderen bringt Dauerarbeitslosigkeit bei Ausländern eine noch härtere Konfrontation mit den eh schon bestehenden ausländerfeindlichen Tendenzen mit sich. Denn diese Bewegung bezieht ja einen Teil ihrer Argumente aus der 'Logik', daß Ausländer als Arbeitslose und Sozialfälle die Chancen der Deutschen beeinträchtigen und Defizite sowie Lächer in den Staatshaushalt reißen, keine Berechtigung mehr haben, hier in der BRD zu leben!? Beim Herabsinken auf den Status eines Sozialhilfeempfängers würde in der Tat die Ausweisung des Betroffenen anstehen.

Die Betroffenen selbst schätzen die Erfolgsaussichten ihrer Aktion unterschiedlich ein.

Ein Teil hofft, bei gleichbleibender Solidarität, alle Arbeitsplätze in Sicherheit zu bringen, während IG Metall und Betriebsrat darauf spekulieren, mit kollektiver Kurzarbeit alle die von Entlassung bedroht sind, zu retten. Die Pessimisten hingegen wollen wenigstens einen guten Sozialplan herausholen.

○○○

Interview mit Arbeitern aus der Türkei zum Arbeitskonflikt bei Rockwell Golde

Warum habt ihr euch zu dieser Aktion entschlossen?

Wir haben gehört, daß die Geschäftsleitung die Firma schließen will. Die Firmenleitung hat schon Maschinen nach England und Italien verschickt, die interessiert es ja nicht, wenn wir auf der Straße stehen, da sie in den neuen Ländern billiger produzieren können.

Im Betrieb arbeiten heute noch 340 Arbeiter, davon sollen 120 entlassen werden. Das ist eben eine Taktik von der Betriebsleitung, man will uns spalten; heute werden 120 entlassen, und morgen sitzen alle vor der Tür. Deswegen haben wir uns zur Besetzung entschlossen, um klar zu machen, daß wir um jeden Arbeitsplatz hier kämpfen werden.

Wie verhalten sich die deutschen Arbeiter in dem Konflikt?

Einige Deutsche machen ja mit, aber in der Mehrheit wird diese Auseinandersetzung von uns, den Türken, den Spaniern, den Griechen und den Italienern getragen. Wir glauben, daß die Deutschen erst abwarten wollen. Sie meinen, wenn die Ausländer raus sind, behalten sie vielleicht ihren Arbeitsplatz. Die Deutschen verstecken sich hinter uns. Wenn wir Erfolg haben, dann werden sie kommen.

Unterstützen sie die Besetzung wenigstens passiv?

Ja, es sieht so aus.

Sind im Moment Deutsche hier dabei?

Jetzt sind ein paar da, du siehst ja selbst, daß fast ausschließlich ausländische Kollegen hier sind.

Wie sieht die Unterstützung durch die Gewerkschaft aus?

Es kommen einige Sekretäre von der IG Metall, die sagen, daß sie uns verstehen und unsere Sache unterstützen wollen. Offiziell gibt es aber noch keine Reaktion. Natürlich, der Betriebsrat unterstützt uns.

Wie lange wollt ihr durchhalten und welche Forderungen habt ihr?

Wir bleiben, bis es klar ist, daß kein Arbeitsplatz verloren geht, und so sieht auch unsere Forderung aus: kein Abbau von Arbeitsplätzen bei Rockwell. Wenn wir unsere Arbeitsplätze verlieren, was sollen wir machen, was sollen unsere Kinder machen! Wir werden so lange kämpfen, bis die Entlassungen verhindert sind.

Was sagt die Betriebsleitung zu eurer Aktion?

Die haben uns den Strom abgestellt. Sonst kommen von denen nur Lügen. Erst haben sie die alten Maschinen aus der Firma geholt und gesagt, daß sie die durch neue ersetzen wollen, aber nichts ist passiert. Wir wissen schon, daß sie den Betrieb hier am liebsten schließen würden. Aber als ausländische Kollegen sind wir hier schon fast alt geworden, und wir müssen hier um unsere Arbeitsplätze kämpfen.

Wenn euer Arbeitsplatz verloren ginge, was würdet ihr dann machen?

Wenn wir heute unsere Arbeit verlieren, dann werden wir keine neue mehr finden, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als in die Türkei zurückzufahren. Obwohl ich persönlich und viele Kollegen das nicht wollen, aber wenn wir hier keine Möglichkeiten mehr haben, was sollen wir machen? Würdet ihr denn in der Türkei einen Arbeitsplatz finden?

Wir wissen es ganz genau, daß es in der Türkei viele Arbeitslose gibt. Wir hätten keine Chance, da was für uns zu finden. Wir sehen aber auch hier keine Möglichkeit; jeden Tag machen hier zwei bis drei Firmen zu und es gibt auch hier zwei Millionen Arbeitslose.

Wenn ihr in die Türkei zurückfahren wollt, seid ihr denn mit der Situation, die dort zur Zeit ist, einverstanden?

Nein. Was gibt es in der Türkei schon, mit dem man zufrieden sein kann? Wir haben keine Regierung in der Türkei, wenn wir eine hätten, dann sähen die Lebensumstände für das Volk besser aus. Unsere Regierung hat es zugelassen, daß wir uns hier als Sklaven verkaufen mußten, dann sagt sie, daß wir nicht zurückkommen sollen. Die wollen von uns die Devisen haben, damit sie die Türkei noch mehr ruinieren können.

Den Generälen geht es heute natürlich gut, während das Volk nichts zu essen hat. Die Generäle sind nur fähig, aus der Türkei einen Kasernenhof zu machen und die Bevölkerung im Gleichschritt Marsch darüber zu hetzen. Dafür geb ich kein Geld mehr.

Kommentar eines Betriebsrats zum Verhalten der deutschen Kollegen in den Auseinandersetzungen bei Rockwell Golde.

"Die Deutschen beteiligen sich nur sporadisch an den Auseinandersetzungen um die Entlassungen oder die Schließung des Frankfurter Rockwell Golde Betriebes. Sie warten ab.

Dies hat aber in erster Linie seine Ursache in der Arbeitsaufteilung, die im Betrieb stattfindet. An den schlecht bezahlten Arbeitsplätzen, für die auch keine besondere Qualifikation erforderlich ist, stehen fast ausnahmslos ausländische Kollegen. Die Vorarbeiter- und Meisterposten sind hingegen

alle mit Deutschen besetzt. In der Verwaltung sind auch keine Ausländer beschäftigt.

Das ist die Ursache dafür, daß die Auseinandersetzungen von den ausländischen Kollegen angeleiert wurden, sieht man einmal von den Deutschen ab, die aktiv im Betriebsrat mitarbeiten.

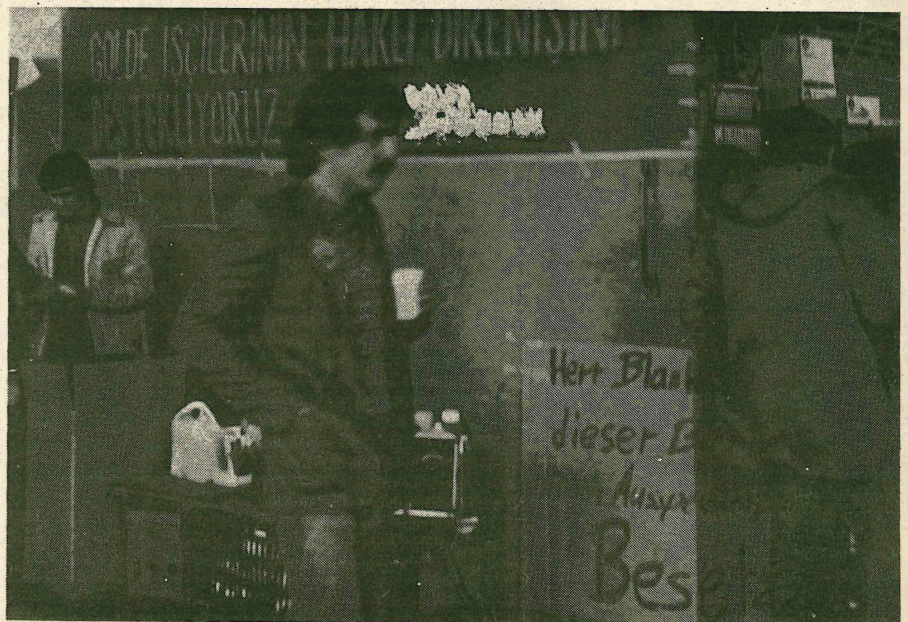
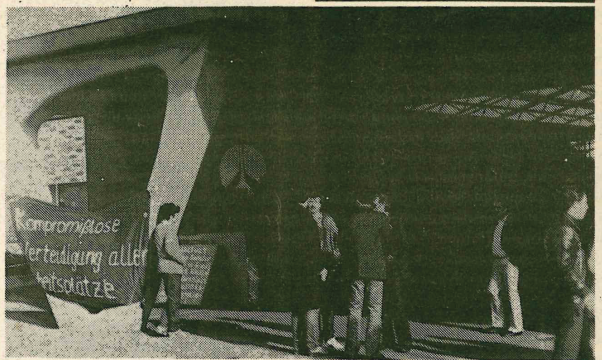
Die von den Meistern und Vorarbeitern bislang praktizierte 'abwartende Neutralität' geht auf deren Spekulation zurück, sich durch Wohlverhalten den Arbeitsplatz zu sichern, oder die vage Hoffnung, daß Massenentlassungen, die die Betriebsleitung vornehmen will, nur die ausländischen Kollegen treffen werden. Daß der Kelch der Arbeitslosigkeit also an ihnen vorbeigeht, war bisher Ursache für selbstauferlegte Zurückhaltung aus dieser Ecke. Nachdem sich die Gerüchte um eine Betriebsverlegung nach Italien oder England verdichteten, wurden die Deutschen etwas hellhöriger und begannen sich für Aktionen, die für den Erhalt der Arbeitsplätze unternommen wurden, zu interessieren.

Dieses Interesse ist aber in der Regel noch nicht über passive Anteilnahme hinausgegangen.

Längerfristig hoffen wir aber, daß ihre Sympathie auch offensivere Formen annehmen wird.

Von den Leuten, die in der Verwaltung arbeiten, können wir im Augenblick nicht viel erwarten. Sie haben die Auseinandersetzungen von Anfang an sehr argwöhnisch beobachtet und eine Distanzierung in Wort und Tat geübt."

Ausländische Arbeiter bei der Besetzung Rockwell Golde in Frankfurt



Über Armut und Verelendung in der Türkei zu schreiben, heißt sicherlich, das vorhandene Zahlenmaterial den Lesern zugänglich zu machen und dies geschieht auch im folgenden. Dennoch ist es wichtig, zunächst festzustellen, daß die verfügbaren Zahlen jene Klassen und Schichten in der Türkei betreffen, denen es vergleichsweise noch besser geht als breiten Teilen der Bevölkerung. In den Statistiken über die Entwicklung des Reallohnes beispielsweise sind in der Türkei nur jene Arbeiter erfaßt, die an der Sozialversicherung beteiligt sind. Versicherung sind aber nur rund 30 Prozent der Arbeiter. Die Mehrzahl der Arbeiter (70 Prozent) haben im Normalfall einen geringeren Lohn als die Sozialversicherten. Doch damit nicht genug: Die Mehrzahl der Menschen in der Türkei sind auch heute noch in der Landwirtschaft tätig. Aussagekräftige Statistiken über ihre Situation sind kaum erhältlich. Die türkische Industrie, die fast ausschließlich im Westen der Türkei - und auch dort in wenigen Zentren wie Istanbul und Izmir - konzentriert ist, ist der Hauptgegenstand der verfügbaren Statistiken. Die Situation im Osten der Türkei, vor allem in den kurdischen Provinzen, wird in offiziellen Darstellungen totgeschwiegen. Deshalb ist dieser Bericht, sind die genannten Zahlen eine Darstellung der Spitze eines Eisberges. Und wie bei Eisbergen üblich, liegt das wahre Problem der Verelendung und der Armut in der Türkei unterhalb der Wasseroberfläche der statistischen Zahlen.

Mitte der Siebzigerjahre geriet die türkische Wirtschaft international in Zahlungsschwierigkeiten. Selbst die wichtigsten Importe konnten mangels Devisen nicht mehr vorgenommen werden. Es entwickelte sich eine umfassende Wirtschaftskrise. Die Lasten der Krise aber wurden nach bewährtem kapitalistischen Muster auf den Schultern der Werktätigen abgeladen. Der wichtigste Mechanismus, um den Arbeitern und Angestellten ihr hart verdientes Geld aus der Tasche zu ziehen, war die Inflation. Zwar erkämpften sich die Arbeiter immer wieder Lohnerhöhungen, aber in kürzester Zeit hatte die davongaloppierende Inflation die Lohnerhöhungen wieder aufgefrisst. Deshalb hatte die Inflation für die Kapitalisten ihre ausgesprochen positive Seite: Sie sorgte gewissermaßen automatisch für eine Umverteilung des Volkseinkommens zu ihren Gunsten. Auf dem Papier stiegen zwar die Löhne an, in der Realität aber fraß die Inflation mehr an Kaufkraft, als durch die Lohnerhöhungen ausgeglichen wurde.

Entwicklung des Reallohnes für versicherte Arbeiter in der Türkei 1976 bis 1980 (Quelle: TOSIAD)

Jahr	Brutto-lohn (in türk. Lira)	Netto-lohn (in türk. Lira)	Reallohn (Inflationsbereinigt)
1976	115,30	75,39	64,21
1977	146,53	92,08	62,25
1978	207,93	122,01	50,94
1979	294,31	160,35	40,93
1980	426,96	216,71	28,47

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des durchschnittlichen Tagesverdienstes eines versicherten Arbeiters an. Der Reallohn ist von 1976 bis 1980 von 64,21 Lira auf 28,47 Lira gesunken, sodaß sich ein durch-

DAS TÄGLICHE BROT

(Armut und Verelendung in der Türkei)

schnittlicher versicherter Arbeiter 1980 nicht einmal mehr die Hälfte dessen kaufen konnte, was er 1976 sich leisten konnte. Das rapide Absinken der Kaufkraft der Mehrzahl der Bevölkerung hatte verheerende Folgen. Als ein Beispiel von vielen steht hier die Schilderung von Dr. Sükrü Güner, Generalsekretär des Zentralkomitees der türkischen Ärztevereinigung:

"Da die Kaufkraft der Bevölkerung es nicht zuläßt, lebenswichtige Nahrungsmittel zu kaufen, wird sich eine ungesunde Generation entwickeln. Aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten tauchen in den letzten Jahren häufig Knochenkrankheiten auf. Bei den meisten kranken Kindern, die die Flure der Krankenhäuser füllen, zeigen sich Zeichen von Ernährungs-mängeln. Wir beobachteten, daß in der letzten Zeit Kinder mit Untergewicht zur Welt kommen. Die Sterblichkeitsrate bei Säuglingen liegt in der Türkei bei 15,3 Prozent. Der Hauptgrund für diesen hohen Prozentsatz liegt in der unzureichenden Ernährung." (zitiert nach 'Demokrat', 30.8.1980).

ZWEI METHODEN DER UMVERTEILUNG

Die genannten Zahlen zeigen, daß die Inflation im Sinne der Kapitalisten ganze Arbeit geleistet hatte: Je tiefer die Wirtschaftskrise wurde, umso mehr wurde den Werktätigen das Geld aus der Tasche gezogen. Doch für das kapitalistische System in der Türkei hatte die Inflation auch negative Folgen: Früher hatte der Mittelstand, der über gewisse Reichtümer verfügte, sein Geld auf die Banken getragen, um es durch die Bankzinsen zu vermehren. So standen den Kapitalisten bei den Banken Gelder für neue Investitionen und andere wirtschaftliche Tätigkeiten zur Verfügung. Als aber die Inflation immer mehr ins Uferlose stieg, erreichte sie den Punkt, an dem die Inflationsrate höher wurde als die Bankzinsen. Nun war es für den Mittelstand ein Verlustgeschäft, Geld zur Bank zu tragen, denn trotz der Zinsen wurde das Geld real weniger. Die Folge war, daß der Mittelstand sein Geld von den Banken abhob, um es in Sachwerten (Wohnung, Auto etc.) anzulegen, denn Sachwerte verlieren durch die Inflation nicht an Wert. So war die Inflation für die Kapitalisten ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite war sie ein wünschenswerter und effektiver

Mechanismus, um das Volkseinkommen zugunsten der Kapitalisten umzuverteilen, auf der anderen Seite war es für die Kapitalisten immer schwieriger bei den Banken Kapital zu erhalten. Es mußte also im Interesse des Kapitals eine Methode der Umverteilung gefunden werden, die genauso effektiv ist wie die Inflation, aber nicht den Kapitalmarkt untergräbt. Die neue Methode wurde gefunden, und sie fand sich in Chicago bei Milton Friedman, dem 'Vater des Monetarismus'. Die Logik der neuen Methode ist einfach: Wenn den Arbeitern das Streikverbot verboten wird, reicht eine weit-aus geringere Inflationsrate schon aus, um eine effektive Umverteilung zu erreichen, denn Streikverbot bedeutet das Einfrieren der Löhne und Gehälter ohne daß sich die Arbeiter gegen die Inflation zur Wehr setzen könnten. Eine niedrigere Inflationsrate aber ermöglicht die Entwicklung eines Kapitalmarktes, denn der Mittelstand trägt sein Geld wieder auf die Bank. Das einzige Problem dieser monetaristischen Methode der Umverteilung ist die Durchsetzung des Streikverbotes. Eine zivile Regierung war dazu nicht in der Lage, darum wurde sie durch den Militärputsch im September 1980 abgeschafft. Damit war der Weg frei, um alle verfügbaren Gelder den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen.

DIE ZAHLENTRICKS DER JUNTA

Nachdem in den Siebzigerjahren die Reallohne immer rascher abgenommen haben, scheint nach den offiziellen Zahlen sich das Bild geändert zu haben:

Entwicklung des Reallohnes für versicherte Arbeiter in der Türkei

Zeitraum	Reallohn
1. Halbjahr 1980 bis 1. Halbjahr 1981	
1. Halbjahr 1980:	29,3 Lira
2. Halbjahr 1980:	27,7 Lira
1. Halbjahr 1981:	26,1 Lira

Nach diesen Zahlen sind die Reallohne zwar weiterhin gesunken, aber ver-liehen mit der Entwicklung vor 1980 hat sich der Rückgang verlangsamt. Doch Statistiken besitzen die unangenehme Eigenschaft, daß sich mit ihnen fast alles beweisen läßt, solange man nicht hinter die Kulissen schaut. Auch in diesem Fall täuschen die Zahlen und die Realität sieht anders aus. Um

dies darzustellen, ist ein kleiner Exkurs über Inflationsberechnung notwendig:

Oblicherweise wird die Inflationsrate durch ein sogenanntes Warenkorbverfahren ermittelt. Das heißt, an einem Stichtag (in der Türkei meist 1963) wird untersucht, welche Waren eine durchschnittliche Familie sich kauft. Die Preise der Waren in diesem Warenkorb werden notiert. Von nun an wird in regelmäßigen Abständen immer wieder erhoben, wieviel die Waren des Warenkorbes kosten und um wieviel der Warenkorb im Vergleich zum Stichtag teurer geworden ist. Die Verteuerung des Warenkorbes ist das Maß für die Inflationsrate. Diese Berechnungsmethode hat jedoch einen großen Haken: Es wird Jahr um Jahr der gleiche Warenkorb verwendet, auch wenn sich das Kaufverhalten der Bevölkerung entscheidend verändert hat. Gerade dies ist in der Türkei geschehen. Da die Kaufkraft der Bevölkerung immer weiter zurückgegangen ist, sind zahlreiche Waren, die der Warenkorb enthält, für die Mehrzahl der Bevölkerung unerschwinglich geworden. Zwar wird im Warenkorb zum Beispiel die Preisentwicklung für Fleisch berücksichtigt, aber die Mehrzahl der Bevölkerung kann sich Fleisch nicht leisten. Die Warenkorb-untersuchung verfälscht also die wirkliche Belastung der Bevölkerung durch die Inflation.

Doch damit nicht genug. Die Einführung der monetaristischen Wirtschaftspolitik in der Türkei brachte noch eine weitere Verfälschung der Inflationsrate mit sich. Da unter der alten Wirtschaftspolitik der Mittelstand sein Geld in Sachwerten wie Autos, Kühlschränken etc. anlegte, bestand trotz der Wirtschaftskrise eine große Nachfrage nach solchen dauerhaften Konsumgütern. Als Folge davon stiegen bei diesen Waren die Preise besonders drastisch an. Unter der monetaristischen Wirtschaftspolitik ging die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern rasch zurück, sodaß die Produzenten über-füllte Lager haben und die Preise nicht weiter erhöhten und zum Teil sogar senkten, um wenigstens noch einen Teil zu verkaufen. Da auch dauerhafte Konsumgüter im Warenkorb berücksichtigt werden, führte der Rückgang der Inflation bei den dauerhaften Konsumgütern dazu, daß

auch die Warenkorbinflationsrate einen stärkeren Rückgang verzeichnete, als es für die Mehrzahl der Bevölkerung tatsächlich der Fall ist. Der veraltete Warenkorb zusammen mit der Preisentwicklung bei dauerhaften Konsumgütern führte dazu, daß die offizielle Inflationsrate heute viel weniger die tatsächliche Belastung der Bevölkerung wiedergibt als vor der monetaristischen Politik. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn offiziell die Reallohne einen geringeren Rückgang verzeichnen als früher, denn die Reallohne werden vermittels der offiziellen Inflationsrate ermittelt.

Da die immer geringere Kaufkraft der Massen dazu führt, daß fast nur noch unbedingt lebensnotwendige Waren gekauft werden, läßt sich die tatsächliche Verelendung am deutlichsten anhand der Preisentwicklung bei den unbedingt lebensnotwendigen Waren darstellen.

In der folgenden Tabelle sind für verschiedene Grundnahrungsmittel und für einige dauerhafte Konsumgüter die Preise aufgelistet.

Preisentwicklung ausgewählter Waren im Zeitraum Januar 1980 bis Dezember 1981 (Quelle: Cumhuriyet, 21.-24.12.1980)

	1.1.1980	1.12.1980	%
1 Kg Brot	15,63	37,50	+140
1 Kg Mehl	29,00	60,00	+200
1 Kg Reis	39,65	122,00	+202
Müdeln	12,50	38,00	+204
Zucker	18,00	90,00	+400
Tee	100,00	250,00	+150
Milch	37,50	100,00	+166
Staubsauger 7 200	12,50	60,00	+74
Waschmaschine 2 250	48,45	94,00	+94
Renault 12 530 000	990 000		+ 87

Zunächst einmal ist auffällig, daß die Grundnahrungsmittel in den letzten zwei Jahren eine erheblich höhere Inflationsrate hatten als dauerhafte Konsumgüter. Außerdem ist offenkundig, daß die dauerhaften Konsumgüter für die große Mehrzahl der Bevölkerung unerschwinglich sind. Der gesetzliche Mindestlohn liegt bei 10 000 Lira im Monat, häufig wird nicht einmal dieser Lohn bezahlt. Ein Auto aber kostet das 99-fache des Mindestlohnes. Da die Absatzchancen für derart teure Waren in den letzten Jahren immer geringer geworden sind, versuchen die Konzerne durch die Preisgestaltung den Absatz zu verbessern. Daraus erklärt sich die geringere Inflationsrate bei den dauerhaften Konsumgütern. Als Maß für die steigende Belastung der Bevölkerung durch die monetaristische Politik muß jedoch die Entwicklung bei den lebensnotwendigen Gütern gelten. Die Nahrungsmittelpreise sind überdurchschnittlich gestiegen und ein Großteil der Ausgaben einer durchschnittlichen Familie sind Ausgaben für Nahrungsmittel. Ferner findet sich in den offiziellen Statistiken über die Inflationsrate kleingedruckt der Hinweis 'Mieten werden als konstant betrachtet'. Angesichts der sprunghaften Verteuerung bei den Mieten ist dies der reine Hohn. Die Miet-erhöhungen werden offiziell nicht berücksichtigt, obwohl sie zusammen mit den Nahrungsmitteln den größten Ausgabeposten einer durchschnittlichen Familie darstellen.

Da die offiziellen Statistiken dies alles nicht berücksichtigen, ist davon auszugehen, daß die Reallohne unter der monetaristischen Politik mindestens ebenso gesunken sind wie in den Jahren davor. Dazu kommt ein zweiter wichtiger Punkt: Der Angriff auf die Reallohne erfolgt unter der monetaristischen Politik immer stärker auf die lebenswichtigen Güter ausgerichtet. Vor der monetaristischen Politik stiegen die Preise für Luxusgüter schneller als die Preise für lebensnotwendige Güter. Nun hat sich das umgekehrt, am schnellsten steigen die Preise für lebenswichtige Waren. Oder auf einen kurzen Nenner gebracht: Die frühere Politik führte zur Armut breiter Bevölkerungsschichten, die monetaristische Politik führt zur Verelendung. Am Brot, als besonders wichtigem Grundnahrungsmittel, sei dies verdeutlicht.

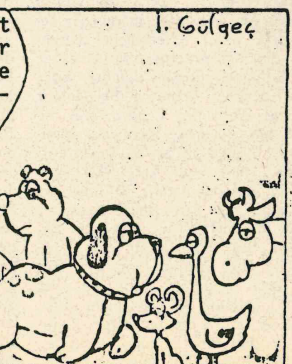
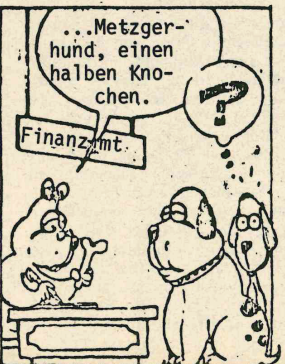
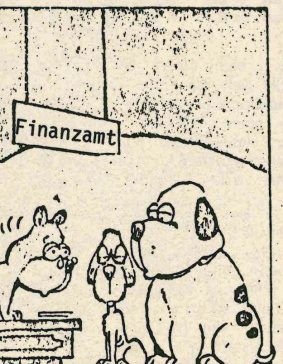
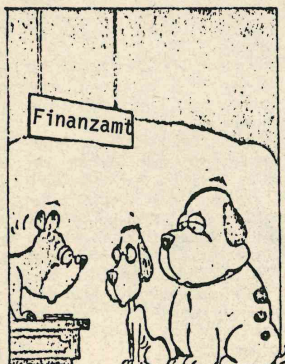
Arbeitszeit um sich 1 Kg Brot kaufen zu können (Quelle: Cumhuriyet, 6.3.82)

Jahr	Arbeitszeit (Minuten)
1963	44 Minuten
Mai 1981	59 Minuten
Jan. 1982	73 Minuten
	+34,1 %
	+23,7 %

Mußte 1963 ein Arbeiter 44 Minuten arbeiten, um sich ein Kilogramm Brot kaufen zu können, so mußte er 18 Jahre später schon 59 Minuten arbeiten, aber in den 8 Monaten von Mai 1981 bis Januar 1982 stieg die notwendige Arbeitszeit auf 73 Minuten. Kurz gesagt, was die frühere Politik in 18 Jahren erreicht hat, das schafft der Monetarismus in einem Jahr. Die Zahlentricks der Junta versuchen die Wahrheit zu verschleiern, daß der Monetarismus nicht anders ist als der brutale Frontalangriff auf die Lebenslage der Mehrzahl der Bevölkerung.

IMPRESSUM

türkei Information
Eberplatz 12
5000 KÖLN 1
v.i.S.d.P.: S. Akhan
Auflage: 10.000
Erscheinungsdatum: 29.4.82



Vom Cumhuriyet.

Diktatur des Knurrenden Magens

Während die Militärregierung alles Mögliche unternimmt, um den Export der Türkei auf- und auszubauen, gerät der Binnenmarkt in eine zunehmend schlimmere Lage. In den Zeitungen wird denn auch vorwiegend auf die Erfolge im Bereich des Außenhandels verwiesen, wo sich einigermaßen gute Zahlen aufzeigen lassen. Die Kommentare zu nicht exportorientiertem Gewerbe sind, wenn sie überhaupt erwähnt werden, durchweg negativ. Allein die Zahl der Plei-

der Bergbaugewerkschaften forderte in einem Bericht, daß man zumindest von der Versteuerung des Mindestlohnes absehen sollte. In der gleichen Publikation wird darauf hingewiesen, daß ein Arbeiter mit seinem Tageslohn nur 600 g Fleisch einkaufen kann. Während der Mindestlohn in den letzten drei Jahren nur von 7.000 auf 10.000 Lira angehoben wurde, stiegen in dem gleichen Zeitraum die Preise für Lebensmittel zwischen 150 und 700 %. Im Jahres-

letzten Zeit eine wahre Explosion auf. Exportiert wird massenweise, nur der Binnenmarkt trocknet langsam aber sicher aus. Fleischknappheit bedeutet natürlich, daß die Preise in die Höhe schnellen. Ein Experte der Veterinärakademie der Universität Ankara wies darauf hin, daß der Preis für ein Kilo Fleisch bald schon auf 1.000 Lira hochgehen könnte. Man halte sich einmal vor Augen, was das für unsere Verhältnisse bedeuten würde. Für ein Kilo Fleisch 10% des Monatseinkommens, d.h. ca. 120-150 DM in den unteren Einkommensbereichen. Hieraus folgt natürlich, daß Fleisch in jeglicher Form zu einem Luxusgut ersten Ranges geworden ist und kaum einer überhaupt Fleisch auf den Tisch bekommt. Zu einer ausgeglichenen Ernährung wäre es notwendig, pro Tag 40 g tierisches Eiweiß zu verbrauchen. In der Türkei liegt die Menge des verzehrten Fleisches offiziell bei 19 g pro Tag,

wobei man berücksichtigen muß, daß die Großverdiener mit ihrem hohen Konsum die Statistik in positiver Weise verfälschen.

In der Cumhuriyet wurde am 1.4.82 eine Statistik veröffentlicht, die zeigt, welche Unkosten eine vierköpfige Familie in Istanbul in einem Monat hat. Diese Angaben beziehen sich nur auf die Haushaltskosten. Hiernach entstehen dieser Familie Kosten in Höhe von 23.790 Lira. Am 13.4.82 meldete sich dann ein Beamter im Ruhestand zu Wort und kritisierte diese Aufstellung als unzutreffend. Die Mengenangaben seien viel zu hoch angenommen. Wer sich denn von den einzelnen Waren so viel erlauben könne. Dieser Mann verfügt über eine monatliche Rente von 17.500 Lira. Von diesem Betrag gehen 6.500 Lira für die Miete drauf, so daß ihm für den Haushalt noch ganze 9.000 Lira bleiben. Er fertigte auch eine Aufstellung über seine Ausgaben an und wir veröffentlichen diese Gegenüberstellung hier, um einmal genau vor Augen zu führen, mit wie wenig Nahrung man zur Zeit in der Türkei auskommen muß, wobei zu berücksichtigen ist, daß es dem Beamten im Ruhestand noch einigermaßen gut geht, wenn man sein Monatsgehalt betrachtet:

Bankiergeschädigte

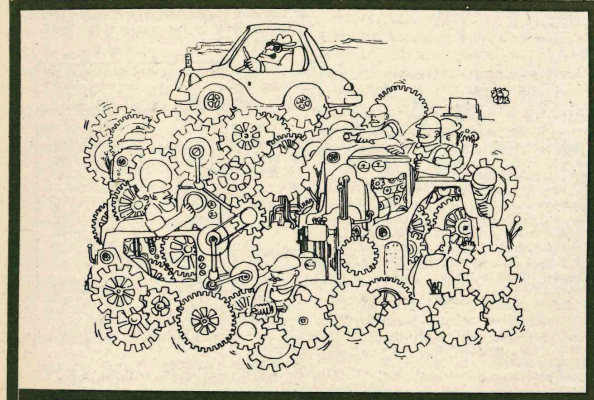
Der Krach der Privatbankiers zieht immer größere Kreise. Nach letzten Mitteilungen schädigten die Privatbankiers ca. 1 Million Sparer, mit ihren Familien etwa 5 Millionen Menschen.

Inzwischen haben Bankiergeschädigte in Ankara ein Oberkomitee gebildet, dem die Vorsitzenden aller Unterkomitees in den Provinzstädten beitreten sollen. Der zum Vorsitzenden gewählte Necati Özdemir, Oberst a.D., erklärte: 'Die Türkei verfügt über eine tatkräftige Regierung. Sie wird unsere Probleme lösen... Bankiergeschädigte zählen Hunderttausende, ja eine Million. Ihre Lage ist hoffnungslos. Um ihre Rechte zu erkämpfen, wollen wir alle gesetzlich erlaubten Wege gehen.'

Nicht verwunderlich war es deshalb, daß die Angelegenheit auch in der Beratenden Versammlung zur Sprache kam. Mehrmals wurde darauf hingewiesen, daß der Staat am Krach der Privatbankiers schuld sei. Die Brenzlage der Sache liegt darin, daß hier der Mittelstand, die Hauptstütze des Regimes, auf dem Spiel stehe. Zuletzt wurde von zwei Mitgliedern der Beratenden Versammlung, Dr. Besir Hamitogullari und Dr. Hayati Gürtan, ein Bericht verfaßt, in dem es u.a. heißt: 'Es ist bekannt, daß der Staat bei der Entstehung und Entwicklung der Bankierpleiten maßgeblich beteiligt war.'

Um genauer zu sein: Die Schuld an dieser ökonomischen Katastrophe tragen einige Regierungsmitglieder, die im Namen der Regierung zu sprechen autorisiert sind... Ca 1,5 Millionen unserer Staatsbürger sind direkt oder indirekt von dieser Katastrophe berührt. Das ist aber nicht die einzige Dimension der Sache. Was noch viel schlimmer ist:

Sie führt dazu, daß Einzelpersonen und Gruppen bewußte oder unbewußte Gerüchte verbreiten, wonach unsere Regierung und die Beratende Versammlung an der Katastrophe schuld sein sollen... Wir schlagen vor, daß sich der Staat für diese Entwicklung verantwortlich erklärt und grundsätzlich bereit ist, für die entstandenen Schäden aufzukommen. Der Staat muß die bankiergeschädigten Bürger entschädigen und die Bankiers später zur Kasse bitten.' (Quelle: Cumhuriyet)



ten nahm im letzten Jahr um 10 % zu, und man kann sicher sein, daß diese hauptsächlich den Binnenmarkt betrafen. Parallel zum Niedergang des nicht auf das Ausland ausgerichteten Gewerbes verschärft sich auch die Lage der Arbeiter in nicht mehr zu ertragender Weise. Wir wollen an dieser Stelle anhand verschiedener in den türkischen Zeitungen erschienenen Berichte und Statistiken aufzeigen, in welcher miserablen Lage die Arbeiter sich befinden. Man fragt sich tatsächlich, wie es denn unter diesen Bedingungen noch möglich ist, überhaupt zu existieren.

Der Mindestlohn für einen Arbeiter beträgt in der Türkei 10.000 Lira. Von dieser Summe bleiben nach Abzug aller zu leistenden Abgaben ca. 7.000 Lira übrig. Die Föderation

berichtet der EG für das Jahr 1981, der in der Zeitschrift 'Europa' veröffentlicht wurde, wird auch die Kaufkraft der Arbeiter in den verschiedenen Ländern Europas dargestellt. In der Türkei muß ein Arbeiter für 1 kg Brot hiernach 36 Minuten arbeiten, um einen Kühlschrank kaufen zu können, ganze 600 Stunden. Ein Vergleich mit einigen anderen Ländern ist hier angezeigt: In der BRD verdient ein Arbeiter das Geld für 1 kg Brot in 18 Minuten, in Frankreich in 16 Minuten und in Luxemburg in 9 Minuten. Will ein deutscher Arbeiter einen Kühlschrank kaufen, so muß er dafür 30,5 Stunden arbeiten, in Frankreich 56 Stunden und in Luxemburg knapp 29 Stunden. Die Preise für Fleisch wiesen in der

Aufstellung der Zeitung		Aufstellung des Beamten	
Schafskäse	4,0 kg 1.400 TL	1,0 kg	350 TL
Olivens	1,5 kg 450 TL	1,0 kg	150 TL
Eier	90 stck. 1.080 TL	30 stck.	380 TL
Puderrucker	6,0 kg 540 TL	6,0 kg	525 TL
Tee	0,8 kg 400 TL	0,2 kg	100 TL
Brot	60 stck. 1.200 TL	93 stck.	1.860 TL
Reis	4,0 kg 560 TL	5,5 kg	680 TL
Nudeln	2,0 kg 200 TL	1,0 kg	80 TL
Mehl	3,0 kg 225 TL	4,0 kg	190 TL
Kartoffeln	8,0 kg 280 TL	8,0 kg	240 TL
Milch	15,0 kg 1.050 TL	-	-
Joghurt	15,0 kg 2.100 TL	1,7 kg	180 TL
Fleisch	15,0 kg 7.500 TL	1,0 kg	360 TL
Fisch	-	5,0 kg	700 TL
Hülsenfrüchte	4,5 kg 585 TL	3,5 kg	440 TL
Gemüse	30,0 kg 1.800 TL	14,5 kg	705 TL
Früchte	30,0 kg 2.250 TL	16,0 kg	820 TL
Zwiebeln	6,0 kg 280 TL	3,5 kg	90 TL
Margarine	2,0 kg 350 TL	3,7 kg	600 TL
Sonnenbl.Öl	1,0 kg 310 TL	-	-
Olivensöl	1,0 kg 230 TL	-	-
Butter	0,5 kg 340 TL	-	-
Gas	1 Flasche 730 TL	1gr. Flasche	750 TL
		1kl. Flasche	130 TL
Insgesamt :	23.790 TL	Insgesamt :	9.330 TL

Gewerkschaftliche Rechte ADE: Streiks kaum noch möglich

Das neue Streikgesetz hat jetzt seine letzte Form angenommen. Wie zu erwarten war, bringt es einen weiteren Einbruch für die Rechte der Arbeiter mit sich. Es wird so gut wie unmöglich gemacht, einen Streik durchzuführen. Im Vordergrund steht der sogenannte ungesetzliche Streik, also der wilde Streik, mit dem die Arbeiter ihre Forderungen direkt und schnell umsetzen konnten. Auch gibt es weitreichende Einschränkungen bei den Firmen und Industrien, die überhaupt bestreikt werden dürfen.

Generelles Verbot des Streiks

Im Paragraphen 20 des neuen Gesetzes wird angeführt unter welchen Umständen und in welchen Industrien Streiks generell nicht möglich sind. Hier ist zunächst einmal der Kriegsfall oder die generelle bzw. teilweise Mobilmachung aufgeführt. Des weiteren gilt generelles Streikverbot für die gesamte Gesundheitsindustrie mit Ausnahme der Firmen, die Medikamente herstellen. Ebenso dürfen Angestellte von Beerdigungsunternehmen und Beschäftigte auf Friedhöfen nicht streiken. Die Liste läßt sich wie folgt fortsetzen: Versicherungen, Wasserwerke, Bergwerke, Elektrizitätswerke und die angeschlossenen Verteilern. Verkehrsmittel (Schiff, Flugzeug, Bus) dürfen nicht streiken, wenn sie sich

auf einer Reise befinden. Banken und Notariatsbüros sind ebenso ausgeschlossen. Lehr- und Lerneinrichtungen, Forschungsinstitute und Kindergärten schließen den Reigen. In sämtlichen Rüstungsbetrieben kann ein Streikbeschluß nur gefaßt werden, wenn die Obere Schiedsstelle auf Antrag der jeweiligen Gewerkschaft über die Lage in dem betreffenden Betrieb einen Beschluß gefaßt hat.

Aufschiebung von Streiks

In Katastrophenfällen kann der Ministerrat in den entsprechenden Betrieben oder in dem Arbeitszweig den Streik verbieten. In den Gebieten, die unter Kriegsrecht stehen, hat die Kriegsrechtskommandantur die Befugnis, Streiks befristet oder unbefristet zu verbieten. Bei Gefahr für das Wohl des Landes oder die nationale Sicherheit kann der Ministerrat Streiks bis zu 30 Tagen aussetzen. Diese Frist kann verlängert werden um höchstens 30 Tage pro Verlängerung. Das Revisionsgericht kann in Verfahren gegen den Beschluß des Ministerrats zur Aussetzung des Streiks innerhalb von 15 Tagen befinden. Wenn die Frist der Aussetzung 30 Tage nicht überschreitet, kann die betroffene Seite sich an den Richter zur Lösung des Konfliktes wenden; dauert die Aus-

setzung nicht länger als 90 Tage, wendet sich das Arbeitsministerium an die Obere Schiedsstelle. Diese faßt dann einen Beschluß. Vom Zeitpunkt des Antrags an die Obere Schiedsstelle darf kein Streik durchgeführt werden.

Der legale Streik

Zunächst einmal muß ein Protokoll über den Konflikt von Seiten der Gewerkschaft angefertigt werden. Innerhalb von 6 Tagen, nachdem dieses erstellt wurde, hat dann der Beschluß über den Streik gefaßt zu werden, sonst wird das Protokoll ungültig. 50 % der Arbeiter in dem jeweiligen Betrieb müssen sich für den Streik aussprechen. Bei einem Entschluß zugunsten des Streiks muß die zuständige Gewerkschaft dieses innerhalb von 15 Tagen dem Richter mitteilen. Die Gewerkschaft muß dann innerhalb von 6 Tagen dem Arbeitgeber mitteilen, daß sie die Befugnis erhalten hat, einen Streik durchzuführen. All diese Vorgänge müssen vom Notar durchgeführt und beglaubigt werden. Innerhalb von 60 Tagen muß die Gewerkschaft dann mitteilen, wann der Streik beginnt. Die Mitteilung muß über den Notar eingereicht werden und das 12 Tage vor dem Beginn des Streiks. Fängt der Streik nicht

am mitgeteilten Tag an, so verfällt das Streikrecht. Gleiches gilt, wenn die Frist von 60 Tagen nicht eingehalten wird.

Im Falle des Streiks sind die Arbeiter gezwungen, das Gelände der Firma zu verlassen. Sie dürfen auch nicht die Ein- bzw. Ausfahrt der Firma versperren oder in der Umgebung Gruppen bilden. Ebenso darf die An- oder Auslieferung von Waren nicht behindert werden. Der Arbeitgeber hingegen darf während der Dauer des Streiks die Arbeiter nicht aus den Wohnungen hinauswerfen.

Der ungesetzliche Streik

Ein wilder Streik ist von nun an in der Türkei überhaupt nicht mehr möglich. Sollte er dennoch durchgeführt werden, so verlieren die beteiligten Arbeiter sofort ihre Arbeit. Der Arbeitgeber hat das Recht, eine fristlose Kündigung ohne vorherige Ankündigung auszusprechen und ist nicht verpflichtet, noch ausstehende Prämien auszuzahlen. Wird ein ungesetzlicher Streik von einer Gewerkschaft unterstützt, so hat diese alle dem Arbeitgeber entstehenden Schäden zu bezahlen. Wurde der Streik ohne Beteiligung der Gewerkschaft durchgeführt, so haben die Arbeiter das Geld aufzubringen.

MONOPOLISIERUNG UND PLEI-TEN

Die Politik des knappen Geldes und die hohen Zinsen haben die binnenmarktorientierten Kapitalisten an die Grenzen ihrer Existenz gebracht. 1981 mußten 2300 Firmen Konkurs anmelden. In den ersten zwei Monaten des Jahres 1982 haben die Bankrotterklärungen gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres um 92 % zugenommen. Ganze Geschäftszweige gehen in die Hände der Großkonzerne über. Durch Kapitalverwertungen erlangen die Großaktionäre die Kontrolle über die Betriebe.

UNGEDECKTE SCHECKS

Um der Politik des knappen Geldes zu entgehen, haben die Geschäftsleute eine originelle Methode erfunden. Sie produzieren sich sozusagen ihr eigenes Geld, indem sie ungedeckte, bis auf einige Monate befristete Schecks ausstellen. Das Volumen der so auf den Markt gebrachten Schecks beläuft sich nach pessimistischen Schätzungen auf 500 Milliarden TL (ca. 8 Milliarden DM). Es wird befürchtet, daß die nicht gedeckten Schecks eine Kettenreaktion auslösen und den Handel zum Kollaps bringen. Diese Befürchtung wird durch die Tatsache verstärkt, daß die nicht termingerechten eingelösten Wechsel Ende 1981 eine Höhe von 120 Milliarden TL erreicht haben. Dies ist eine Zunahme von 125 % gegenüber dem Vorjahr.

Anläßlich der zentralen Funktionärsveranstaltung der IG Bau am 24.2.82 in Essen griff der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Rudolf Sperner, in seiner Rede auch in die Debatte um die Asylanten ein.

Zunächst ein Auszug aus dieser Rede:

„... Eine zusätzliche Belastung, die an die finanzielle Substanz der kommunalen Haushalte geht, ist der ständige Zustrom von Asylbewerbern, deren Zahl 1980 erstmals die 100.000 Grenze überschritt hat. Eine nicht unerhebliche Zahl von Asylbewerbern wird über den Ostberliner Flughafen Schönefeld nach Berlin West eingeschleust. Nachweislich sind nur 10 % der Asylbewerber tatsächlich politisch Verfolgte. Die anderen kommen aus wirtschaftlichen Gründen hierher, da in ihrer Heimat die Lebensbedingungen und die Verhältnisse wesentlich schlechter sind. Wir müssen wieder dahin kommen, daß das im Grundgesetz verbriefte Asylrecht so bleibt wie es gedacht war, nämlich ein Niederlassungsrecht, eine Heimat für diejenigen, die aufgrund ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen verfolgt werden und deshalb in ihrem Heimatland keine Lebensgrundlage mehr finden. Deswegen fordern wir Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechtes und die Beschleunigung der Asylverfahren. Dies tun wir nicht leichtfertig, denn die finanziellen Leistungen für die Sozialhilfe sind für die Kommunen erheblich und kaum noch länger zu verkraften.“

Einige Beispiele:

So gaben im Jahr 1981
Berlin 60 Mio. DM
Hamburg 45 Mio. DM
Frankfurt 32 Mio. DM
Stuttgart 12 Mio. DM
an Sozialhilfeleistungen an Asylbewerber aus.

Die Unterbringungskosten erfordern noch einmal die gleichen Beträge. Was nicht geschehen darf, ist, daß die Asylbewerber alle in einen Topf geworfen werden. Dies würde zur Aushöhlung des Asylrechtes führen. Es würde den aus politischen Grün-

den verfolgten Asylbewerber benachteiligen...“

Die Guten bleiben, die Schlechten sollen vertreiben!

So der Tenor, in dem Sperners Redebeitrag zur Asylantenfrage gehalten war. Seine Bemerkungen, die er einerseits durch Zahlen aufzubessern sucht, zwielichtige Aussagen, die angeblich das Verhältnis von 'echten' zu 'falschen' Asylanten offenlegen und die andererseits den juristischen Linien des sowieso schon verschärferten Asylrechts folgen, können nur ein Ziel haben, sieht sich der Leser Sperners andere Argumentationskette an, nämlich zur rechten Zeit in einen Verteilungskampf um frei zu werdende Ressourcen aus der Sozialhilfe einzusteigen, wenn hoffentlich bald die neuen Asylgesetze eingreifen und entsprechend viele Asylbewerber das Land verlassen müssen.

Sind 90 % aller Asylbewerber nämlich diejenigen, die sich hier Asyl 'erschleichen wollen', außer Landes, dann können sich Sperner und Konsorten über die freiwerdenden Geldmittel hermachen, die für die einen Arbeit und Brot, für die anderen Ruhe und ein gesichertes Funktionärsleben bedeuten.

Da immerhin 35.000 Mitglieder der IG Bau/Steine/Erde ausländische Kollegen sind (mit den Familienmitgliedern sind ca. 100.000 Ausländer durch den Verband gebunden), müssen im Redebeitrag Sperners auch einige ausgewogenere und neutralere Formulierungen auftauchen, mit denen das im Grunde genommen 'Verantwortungsbewußte Handeln' der Gewerkschaft im Interesse aller unterstrichen werden soll.

Den Gewerkschaftskollegen, denen die Ausländer schon immer ein Dorn im Auge waren und die gerade jetzt angesichts der Krise im Baugewerbe nach Zuzugs- und Aufenthaltsbeschränkungen für ausländische Arbeitnehmer rufen, werden die Asylbewerber als Mitverursacher der Krise vorgeführt, zum 'Abschuß' freigegeben.

Ausländerfeindlichkeit mit gebremstem Schaum ist zugelassen, als Ventil u.U. sogar erwünscht, es muß eben

nur die richtigen treffen. Den anderen, den 'legalen' ausländischen Arbeitern kann man unter diesen Umständen schon mal ein Integrationsangebot machen, quasi als dankeschön für ehrlichen und selbstlosen Arbeitseinsatz, mit dem sie sich um den Aufbau der bundesdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft bemüht haben', das kommunale Wahlrecht ist in diesem feuchten Händedruck allerdings nicht mehr enthalten, denn das, so Sperner an anderer Stelle in seiner oben zitierten Rede, 'ist wenig hilfreich'.

Aber auch in der Beurteilung der ausländischen Arbeiter nach illegal und legal in der BRD Anwesenden haben die Protagonisten einfacher, indes nicht minder gefährliche Weltansichten-Konjunktur, wenn zur Bereinigung dieses Mißstandes von Sperner in der gleichen Rede weiter gefordert wird, '... unser Kampf

muß denen gelten, die illegal zu uns gekommen sind, sich bei Menschenhändlern verdingen und unsere gesetzlichen und tariflichen Vereinbarungen gefährden.'

Daß hier die Falschen geprügelt werden sollen, steht wohl außer Frage. Gewerkschaftern stünde es besser an, in diesem Zusammenhang ihre Kräfte für die Legalisierung dieser Kollegen einzusetzen, und auf diese Weise mit dazu beitragen, den 'Menschenhändlern' das Handwerk zu legen, als das Geschäft der Hetzer in Sachen Ausländerfeindlichkeit mitzubetreiben.

Sollte die Forderung der IG Bau/Steine/Erden nach Ausweisung aller sog. Asylerschleicher tatsächlich einmal verwirklicht werden, dann stünden, glaubt man den Milchmädchenrechnungen dieser Biedermänner, ungefähr 720 Mio. DM aus den Sozialhilfefonds für Asylanten der (Bau)

Wirtschaft auf Abruf zur Verfügung. Ein schöner Grundstock für die hochgesteckten Ziele dieser Gewerkschaft, nämlich ein Sofortprogramm für 50.000 Sozialwohnungen anzukurbeln, für das ein Bauvolumen von 5,5 Milliarden DM veranschlagt wird, mit dem 100.000 Bauarbeiter in Brot und Lohn, hingegen ein Teil der 90.000 zurückgeschickten Asylbewerber in Gefängnissen ihrer Heimatländer verschwunden oder andauernder politischer Verfolgung ausgesetzt wären.



Bundesweiter Aktionstag der Initiativgruppen gegen Ausländerfeindlichkeit

(am 24.4.1982)

Beim letzten Treffen der bundesweiten Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit war beschlossen worden, den 24. April zum bundesweiten Aktionstag zu machen. Anlaß hierfür war die am 29.4.82 in München stattfindende Innenministerkonferenz, von der weitere Verschärfungen in der Ausländerpolitik erwartet werden.

Die Frankfurter Initiative hatte beschlossen, in Stadtteilen mit ausländerfeindlichen Parolen an Hauswänden und Verteilerkästen, diese zu übermalen. Dem vorausgegangen war ein Brief der Initiative an OB Walter Wallmann, der auch der Presse zugegangen war, indem die Stadt aufgefordert wurde, dafür Sorge zu tragen, daß ausländerfeindliche Parolen von Frankfurts Hauswänden verschwinden. Als bis zum 19.4.82 immer noch keine Antwort des OB vorlag, griff die Initiative zur Selbsthilfe und zog mit Farbe, Pinseln und Plakaten ins Frankfurter Nordend, wo diese Schmierereien besonders massiv auftreten. Die Presse, die zu diesem 'malerischen Spaziergang' eingeladen war, zeigte großes Interesse und war mitsamt Fotografen erschienen. Zunächst wurden Parolen in der Merianstraße übermalt, dann folgten die Schmierereien im Bäckerweg.

Die Übermalaktion fand regen Anklang, viele Passanten blieben stehen und nickten zustimmend bei der Entfernung der Parolen. Auch in der

Presse wurde weitestgehend positiv über diese neue Aktionsform berichtet. Unverständnis oder Mißmut über die Aktion zeigten nur wenige.

Zum 24.4.82 wurde dann von der Frankfurter Initiative ein Flugblatt mit Fotos der Malaktion angefertigt, in dem die am häufigsten gebrauchten Argumente gegen Ausländer aufgeführt und widerlegt wurden. Diese Flugblätter wurden wiederum im Nordend und angrenzenden Stadtteilen verteilt. Beim Verteilen der Flugblätter machten die Mitglieder der Initiative erstmals die Erfahrung, daß sie außer - wie sonst immer üblich - beschimpft zu werden, auch positive Resonanz erhielten. Viele Passanten erkundigten sich eingehend nach der Arbeit der Initiative und in den nächsten Treffen, andere wollten selbst mehrere Flugblätter verteilen oder an Freunde, Bekannte und Nachbarn weitergeben. Der Erfolg der Aktion gibt den Leuten aus der Initiative recht, die fordern, daß neue, witzige und originelle Aktionsformen für die Aufklärungsarbeit entwickelt werden müssen.

Auch in anderen Städten fanden ähnliche Aktionen anlässlich des 24.4. statt. Bei Redaktionsschluß lag uns lediglich ein Bericht der Gruppe Köln vor. Dort hatte amnesty international zu einer Demo unter dem Thema "Ja zu Asylanten" aufgerufen, an der sich Menschen beteiligten. An mehreren Stellen im Stadtgebiet fanden Infostände statt.



Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit

(Detlev Lüderwald)

Brief an den Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann
Sehr geehrter Herr Dr. Wallmann!
Wir wenden uns heute an Sie im Auftrag der Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, eines Zusammenschlusses von Organisationen und Personen aus Bereichen der Politik und Kirche, der Betriebe und Hochschulen, der Jugendverbände und Kultur. Ziel unserer Initiative ist es, die wachsende Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen und uns für eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit von Deutschen und Ausländern einzusetzen.

Schon einmal haben Rassismus und Ausländerhaß zu Faschismus und Krieg geführt. Deswegen gilt es heute, schon den Anfängen zu wehren. Wir sind zutiefst besorgt über bestimmte Erscheinungen der Ausländerfeindlichkeit, z.B. die zahlreichen Wandschmierereien mit ausländerfeindlichen Parolen z.T. in Verbindung mit Hakenkreuzen, die in verschiedenen Frankfurter Stadtteilen zu finden sind. Im Nord-

end steht z.B. seit längerem auf dem zur Nassauischen Heimstätte gehörenden Haus Merianstr. 16 "Türken raus!" mit einem Hakenkreuz. Die gleiche Schmiererei an Garagen, die zum Wohnhaus Bäckerweg 26 - 8 gehören (ebenfalls Nassauische Heimstätte). Wir betrachten solche Parolen als Beleidigung unserer ausländischen Kollegen und als Aufhetzung zu Angriffen und Anschlägen, wie sie sich in letzter Zeit mehrten. Die Beseitigung dieser Hetzparolen liegt im öffentlichen Interesse. Es ist deshalb Aufgabe der Stadtverwaltung bzw. des Stadtreinigungsamtes, sie unverzüglich zu beseitigen. Wenn das aufgrund von Personalmangel z.Zt. nicht möglich sein sollte, erklären wir uns gerne bereit, die Schmierereien vorläufig zu übermalen. Eine sachgerechte Entfernung wäre dann trotzdem zu einem späteren Zeitpunkt notwendig.
Hochachtungsvoll

Prof. Rainer Roth
5.4.1982 : Prof. Stephen Castles

Fortsetzung von Seite 11

Wer glaubt, der DGB habe sich bei der Entscheidung über die "sozialverantwortliche Steuerung des Familiennachzugs" für die ausländischen Arbeitnehmer eingesetzt, der irrt. Vielmehr hatte der DGB nichts Eiligeres zu tun, als am 21.12.81 eine Erklärung abzugeben, in der es u.a. heißt: "Der DGB hat sich von Anbeginn der Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der BRD für die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung dieser Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und dabei für die rechtmäßig in unserem Lande Lebenden und Arbeitenden entscheidende Verbesserungen durchgesetzt.... Ebenso deutlich hat der DGB aber darauf hingewiesen, daß die BRD - und zwar unabhängig von der seit Jahren andauernden Wirtschaftskrise - und Beschäftigungskrise - nicht in der Lage ist, die Schwierigkeiten anderer Länder durch Aufnahme weiterer Arbeitsmigranten zu lösen Wer die Bemühungen um die soziale Integration der hier rechtmäßig lebenden ausländischen Arbeitnehmer nicht noch weiter erschweren, wenn nicht sogar unwirksam machen will, muß zu Regelungen bereit sein, die den weiteren Zuzug aus Ländern, die nicht Mitglied der EG sind, einschränken... Der DGB begrüßt die Entschlüsse der Bundesregierung vom 2.12.81 zur "sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten" als konsequente Fortschreibung der Beschlüsse vom 19.3.80 und erklärt, daß diese Neuregelung gerade auch im wohlverstandenen Interesse der hier lebenden und integrationsbereiten ausländischen Kolleginnen und Kollegen liegt. Der DGB fordert alle damit befaßten Stellen auf, diese Beschlüsse sozialverantwortlich umzusetzen." Diese Stellungnahme heißt gleichzeitig die Fortschreibung einer Politik, die bereits seit Jahren gekennzeichnet ist von Konzeptlosigkeit und totaler Ignoranz.